



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Sturm, Konstantin Paul Iskander:

Transformation der grünen Rüstungspolitik
Eine Kritische Diskursanalyse der ideologischen
Wandlung der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Zuge
des Ukrainekriegs.

Masterarbeit, Wintersemester 2025

Gutachter*in: Fischer, Karsten

Sozialwissenschaftliche Fakultät
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Politikwissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.124751>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2025

Konstantin Paul Iskander Sturm

**Transformation der grünen
Rüstungspolitik. Eine Kritische
Diskursanalyse der ideologischen
Wandlung der Partei Bündnis
90/Die Grünen im Zuge des
Ukrainekriegs.**

Masterarbeit bei
Prof. Dr. Karsten Fischer
2025

Inhaltsverzeichnis

1	<u>EINLEITENDE WORTE</u>	1
2	<u>HISTORIE DER PARTEI BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</u>	4
2.1	GRÜNDUNG UND URSPRÜNGLICHE PAZIFISTISCHE AUSRICHTUNG	4
2.2	IDEOLOGISCHE ANPASSUNG AUFGRUND AUßENPOLITISCHER HERAUSFORDERUNGEN.....	5
2.3	INTERNE AUFARBEITUNG UND REFLEKTION DES WANDELS.....	8
3	<u>DER RUSSISCH-UKRAINISCHE KRIEG – ANLASS ZUR KURSÄNDERUNG</u>	11
3.1	ABLAUF UND ZEITLICHE EINORDNUNG	11
3.2	SANKTIONEN UND WAFFENLIEFERUNGEN	16
4	<u>METHODOLOGIE</u>	20
4.1	THEORETISCHE IMPLIKATIONEN DER KRITISCHEN DISKURSANALYSE.....	20
4.2	METHODE DER KRITISCHEN DISKURSANALYSE	21
4.2.1	UNTERSUCHUNGSZEITRAUM UND CORPUS	22
4.2.2	STRUKTUR- UND FEINANALYSE	24
5	<u>DARSTELLUNG UND INTERPRETATION DER ANALYSEERGEBNISSE</u>	26
5.1	VOR DER INVASION RUSSLANDS	26
5.1.1	DER VORRANG DER GEWALTFREIHEIT UND DIPLOMATIE	26
5.1.2	SCHUTZ VON MENSCHENRECHTEN; DEMOKRATIE UND GRUPPENBEZIEHUNGEN.....	30
5.1.3	ABRÜSTUNG UND KONTROLLE VON RÜSTUNGSEXPORTEN	36
5.2	VERÄNDERUNG UND KONSISTENZ NACH DER INVASION RUSSLANDS	43
5.2.1	BEFÜRWORDUNG VON WAFFENLIEFERUNGEN	44
5.2.2	DIPLOMATIE	53
5.2.3	VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN UND AUFRÜSTUNG	57
5.2.4	MÖGLICHE ERKLÄRUNGEN FÜR DIE GRÜNE EINIGKEIT	62
6	<u>ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT</u>	66
7	<u>LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS</u>	69
8	<u>ANLAGEN</u>	81

1 Einleitende Worte



(Bündnis 90/Die Grünen, 2021c)

Noch im Bundestagswahlkampf 2021 warb die Partei Bündnis 90/Die Grünen mit diesem Wahlplakat und der Forderung, „Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete“ zu exportieren. Lediglich ein halbes Jahr später startete das russische Militär eine großangelegte Invasion in der Ukraine und weitete damit den Russisch-Ukrainischen Krieg massiv aus. In Reaktion beschloss die Bundesregierung – mit grüner Beteiligung – erste Waffenlieferungen an die Ukraine und zudem wurde ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht und sich zu einer langfristigen Erhöhung der Verteidigungsausgaben bekannt. Alles Maßnahmen, von denen sich Omid Nouripour, damals Co-Vorsitzender der Partei sicher war, dass die Grünen diese „vor wenigen Wochen nicht getan hätten“ (Schneider, 2022). Vieles erinnert dabei an die erste Regierungszeit der Grünen auf Bundesebene, als die Debatten über Bundeswehreinsetze im Kosovo und in Afghanistan und das Mittragen dieser als Teil der Rot-Grünen-Koalition zur Zerreißprobe für die Grünen wurden. Doch dieses Mal blieben derartige parteiinterne Auseinandersetzungen aus, stattdessen wird der neue Kurs mit einer für viele Beobachter:innen überraschenden Einigkeit getragen. Es stellte sich die Frage, ob dieser „Zumutungen“: „Wie halten die Grünen das nur aus?“ (Reimann & Hoffmeister, 2022). Doch die Grünen hielten diesen Kurswechsel nicht nur aus, in der Debatte um Waffenlieferungen wurden sie zu einer Treiberin in der Regierung, welche mehr und schwerere Waffensysteme für die Ukraine forderte und den Kanzler für seine zurückhaltende Art kritisierte. Und auch die Wähler:innen der Grünen sind zu Beginn der Waffenlieferungen mit die stärksten, mit weiterem Kriegsverlauf dann die stärksten Unterstützer:innen von Waffenlieferungen an die Ukraine (Statista, 2024a, 2024b, 2024c). Dieser Umstand ist das zentrale

Forschungsinteresse dieser Arbeit, welchem aus einer ideologietheoretischen Perspektive nachgegangen wird. Die Arbeit orientiert sich dabei an dem wertfreien und totalen Ideologiebegriff nach Mannheim, wonach nicht (einzelnen) Akteur:innen falsches (ideologisches) Wissen vorgeworfen wird, sondern grundsätzlich jede:r als ideologisch aufgefasst wird, da Ideologien schlicht die Perspektive sind, durch die Politik eingeordnet und wahrgenommen wird (Mannheim, 1929/2015, S. 70–72). Unter der Annahme eines Wechselspiels zwischen Ereignissen, Diskursen und Ideologien, wird die Invasion Russlands in der Ukraine im Februar 2022 als ein „diskursives Ereignis“ (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 25) betrachtet, also ein Ereignis von derartiger Relevanz, dass es den Diskurs grundlegend änderte. Dem diskurstheoretischen Blick folgend wird davon ausgegangen, dass Ideologien durch den Diskurs angeeignet, reproduziert und abgeändert werden (Van Dijk, 2013, S. 175). Da Ideologien die Basis der Einordnung von Politik sind, können diese wiederum das Handeln politischer Akteur:innen erläutern. In Bezug auf diese Arbeit bedeutet dies also, dass durch die Betrachtung des Diskurses und seiner Veränderung durch den Angriff Russlands auf die Ukraine auch die Veränderung der Ideologie der Grünen nachvollzogen werden kann, deren Positionsveränderungen und die Geschlossenheit in dieser Frage. Vor diesem Hintergrund wird folgender zentralen Forschungsfrage nachgegangen:

Wie hat sich die Ideologie der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Kontext des Russisch-Ukrainischen Kriegs verändert und welche Diskursstrategien haben diesen Wandel begleitet?

Diese Fragestellung zielt darauf ab, die ideologischen Anpassungen der Grünen im Hinblick auf Friedens- und Sicherheitspolitik sowie ihre Haltung zu Rüstungsexporten zu untersuchen. Dabei soll geklärt werden, welche Werte und Prinzipien die Argumentationen der Partei leiten und wie diese im Lichte neuer geopolitischer Realitäten neu interpretiert wurden. Insbesondere wird hinterfragt, wie die Partei die Balance zwischen ihrer historischen Verwurzelung in der Gewaltfreiheit und der Notwendigkeit eines pragmatischen Umgangs mit militärischen Herausforderungen herstellt.

Zur Bearbeitung dieses Forschungsinteresses wird in dieser Arbeit wie folgt vorgegangen: Zunächst wird die Historie der Partei Bündnis 90/Die Grünen dargestellt (2.), mit einem Fokus auf die Entwicklung ihrer Positionen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Besondere Aufmerksamkeit gilt den entscheidenden Wendepunkten, die bereits in der Vergangenheit zu ideologischen Anpassungen geführt haben. Anschließend wird der Ablauf des Russisch-Ukrainischen Kriegs in groben Zügen zusammengefasst (3.), da die Vorgeschichte der russischen Invasion und die Ausweitung des Krieges durch diese wichtiger Kontext für die Interpretation des Diskurses

sind. Danach wird die Methodologie der Arbeit beschrieben (4.). Hierfür wird zunächst auf die theoretischen Implikationen der Kritischen Diskursanalyse eingegangen. Anschließend wird die Methode im Detail vorgestellt. Dabei wird auch dargelegt, wie der Untersuchungszeitraum und der Corpus festgelegt wurden und welche spezifischen methodischen Anpassungen vorgenommen wurden, um sich dem Untersuchungsgegenstand angemessen zu widmen. Daraufhin werden die Ergebnisse dieser Analyse präsentiert (5.). Zunächst wird der Diskurs vor der Invasion Russlands untersucht, gefolgt von der Analyse des Diskurses nach dieser Ausweitung des Russisch-Ukrainischen Krieges. Der Vergleich dieser beiden Zeiträume lässt Rückschlüsse auf die Veränderungen in der ideologischen Ausrichtung der Partei zu. Durch das Nachvollziehen der Argumentation können auch die Diskursstrategien der Grünen nachvollzogen werden. Zuletzt werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und ein Fazit gezogen (6.).

2 Historie der Partei Bündnis 90/Die Grünen

2.1 Gründung und ursprüngliche pazifistische Ausrichtung

Die mittlerweile fest etablierte Partei Bündnis 90/Die Grünen hat seit ihren Gründungstagen tiefgreifende Veränderungen durchlaufen. Im Folgenden soll die Historie der Partei insbesondere im Hinblick auf ihre Haltung zu militärischer Gewalt und einschneidende Momente für deren Entwicklung dargestellt werden. Dies ist für die kommende Analyse aus mehreren Gründen wichtig. Einerseits ist die (Entstehungs-)Geschichte der Partei wichtig als Kontext für die Diskursanalyse, um Aussagen einordnen zu können, sowohl dafür, warum manche Aussagen geäußert werden, als auch warum es signifikant sein kann, dass gewisse Aussagen nicht (mehr) oder anders getroffen werden. Andererseits gab es in der Geschichte der Partei bereits vor dem aktuellen Russisch-Ukrainischen Krieg Fälle, in denen sie mit Realitäten von Krieg und Gewalt konfrontiert wurde (und teilweise auch Entscheidungen zu diesen treffen musste), was schon einmal zu einem Wandel der außenpolitischen Ideologie der Partei geführt hat (Schmuck-Soldan, 2004). Diese historischen Momente, der damalige Umgang der Partei mit diesen und die dazu bestehende Forschung, was diese Ereignisse mit der Partei und ihren Politiker:innen gemacht haben, sind wichtige Informationen, um den erneuten Wandel der Ideologie der Partei im Zuge des Russisch-Ukrainischen-Krieges im Kontext dieser vorhergehenden Ereignisse zu betrachten und den Wandel der Partei besser einschätzen zu können sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit vergangenen Entwicklungen zu erkennen.

Für die Entstehung grüner Parteien in den 1970er und 80er-Jahren gibt es mehrere sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze (Probst, 2013, S. 509). Eine der wichtigsten Theorien ist der von Inglehart (1977) postulierte postmaterialistische Wertewandel der westlichen Nachkriegsgesellschaft. Basierend auf der maslowschen Bedürfnispyramide wird die These aufgestellt, dass – nachdem während des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg materialistische Werte zunächst noch dominant waren – mit zunehmendem Wohlstand, kombiniert mit der Bildungsexpansion, die Relevanz postmaterialistischer Werte stieg (Probst, 2013, S. 509). Neben Umweltthematiken und geschlechtlicher Gleichstellung gewinnen dabei auch Pazifismus und Abrüstung an Bedeutung. In Kombination mit einem zunehmenden Anspruch auf politische Teilhabe bietet dies den Nährboden für zahlreiche aktivistische Bewegungen wie die Umwelt-, Studenten- und Friedensbewegung, aus welchen langfristig eine neue „ökologisch-libertäre Parteienfamilie“ entstand (Switek, 2021, S. 142).

Auch in Deutschland ging bei der Gründung im Jahr 1980 die Partei „Die Grünen“ aus verschiedenen dieser Bewegungen hervor. Die Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren und die sehr eigenständigen Landesverbände führten zu Beginn zu einem breiten Spektrum an inhaltlichen Positionen (Switek, 2021, S. 143). In dem 1980 auf dem Gründungsparteitag beschlossenen Bundesprogramm war jedoch eine der „vier grundlegenden Säulen“ der Partei neben „ökologisch, sozial und basisdemokratisch“ die Gewaltfreiheit (Probst, 2013, S. 526). Da die Friedensbewegung bei der Gründung der Grünen eine entscheidende Rolle gespielt hatte, hatte Militärkritik bei der Partei stets eine herausgehobene Bedeutung (Raith, 2006, S. 63). Ziel der Grünen war die „dauerhafte Eliminierung der militärischen Gewalt“ (Schmuck-Soldan, 2004, S. 43). Der Pazifismus war Teil der Identität der Partei (Switek, 2012, S. 133) und es wurde davon ausgegangen, dass immer „nichtmilitärische Konfliktlösungen möglich seien“ (Philippi, 1997, S. 128).

Auch die andere Vorgängerorganisation der Partei Bündnis 90/Die Grünen, das Bündnis 90, ist – noch in der DDR – zunächst in Form von gemeinsamen Wahllisten, ab 1991 als Partei aus verschiedenen sozialen Bewegungen wie unter anderem der Initiative Frieden und Menschenrechte hervorgegangen (Schikowski, 2021). In dem Assoziationsvertrag zwischen dem Bündnis 90 und den Grünen, aus dem im Jahr 1993 die heutige Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ hervorging, wird eine „umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft“ angestrebt und „Krieg als Mittel der Konfliktlösung“ abgelehnt (Bündnis 90 & Die Grünen, 1993, S. 15). In ihrem ersten gemeinsamen Bundestagswahlprogramm forderte die Partei die Auflösung der NATO (Bündnis 90/Die Grünen, 1994).

2.2 Ideologische Anpassung aufgrund außenpolitischer Herausforderungen

Eine erste große Auseinandersetzung über die pazifistischen Prinzipien erlebte die Partei 1995 im Zuge des Bosnienkriegs. Auch wenn bei der Abstimmung über die deutsche Beteiligung der UN-Friedensmission in Bosnien (UNPROFOR) eine große Mehrheit der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen gegen diese Beteiligung stimmte, gab es bereits Abweichler (Ja-Stimmen: 4, Nein-Stimmen: 41, Enthaltungen: 1 (Deutscher Bundestag, 1995, S. 4017–4019)). Durch den nur wenige Monate später stattfindenden Völkermord von Srebrenica ist dann eine Debatte innerhalb der Partei entbrannt, die maßgeblich als Konflikt über die Abwägung zwischen den Gestaltungszielen der Partei „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Völkermord“ zu verstehen ist. Die hinzugekommenen Einsatzbefürworter (darunter der spätere Außenminister

Joschka Fischer) unterstützten militärische Maßnahmen und argumentierten, dass das Massaker von Srebrenica mit angemessener Ausstattung und adäquaten Konzepten der Blauhelm-Truppen hätten verhindert werden können. Die verbliebenen Einsatzgegner hingegen bevorzugten nach wie vor friedliche Mittel der Konfliktlösung zur Kriegsvermeidung (Riedel, 2021, S. 78–80). Bei der Abstimmung über die deutsche Beteiligung an der neuen Mission zur Sicherung des Waffenstillstands (IFOR) war die Bundestagsfraktion gespalten. 22 Abgeordnete stimmten für den Regierungsantrag, 22 Abgeordnete dagegen, fünf enthielten sich (Riedel, 2021, S. 77).

Ab 1998 wurden die Bündnisgrünen nicht mehr nur als Oppositionspartei, sondern als Teil der Rot-Grünen-Bundesregierung mit außenpolitischen Herausforderungen dieser Art konfrontiert, was dazu führte, dass die Partei dem „Zerbrechen nahe“ war (Pfetsch, 2003, S. 381 f.). Mit zunehmender Eskalation im Kosovokrieg, wenige Tage vor der Regierungsübernahme, stimmte der Bundestag über eine deutsche Beteiligung an der NATO-Operation Allied Forces ab. Diese hatte den Zweck, vor dem Hintergrund des Versagens im Bosnienkrieg eine erneute humanitäre Katastrophe im Zuge der Jugoslawienkriege zu verhindern. Noch nicht als Regierungspartei, aber mit dem Wissen, dies in Kürze zu werden, stimmten fast zwei Drittel der Abgeordneten der Grünen dem Antrag zu (Ja-Stimmen: 29, Nein-Stimmen: 9, Enthaltungen: 8 (Deutscher Bundestag, 1998, S. 23161–23163; Nachtwei, 2019, S. 103)). Die Einsatzbefürworter unterstützten die NATO-Intervention mit der Begründung, einen Völkermord verhindern zu wollen. Sie stellten damals also das Ziel „Nie wieder Völkermord“ vor das Ziel „Nie wieder Krieg“ und zogen Parallelen zum Massaker in Srebrenica und dem Holocaust. Dabei sahen sie in der militärischen Intervention die einzige Möglichkeit, die Zivilbevölkerung vor drohenden „ethnischen Säuberungen“ zu schützen, betonten aber auch, dass sie die Anwendung von Gewalt nach wie vor grundsätzlich skeptisch betrachteten (Riedel, 2021, S. 109). Die Unentschiedenen sahen ebenfalls die Notwendigkeit, die Zivilbevölkerung zu schützen, waren jedoch unsicher über die Wirksamkeit militärischer Mittel. Sie kritisierten das fehlende UN-Mandat und waren unschlüssig in der Abwägung der Ziele „Nie wieder Völkermord“ und „Einhaltung des Völkerrechts“. Außerdem gaben sie der internationalen Gemeinschaft eine Mitschuld an der Eskalation des Konflikts. Ihr Zögern führte zu Enthaltungen bei der Abstimmung (Riedel, 2021, S. 113 f.). Die Einsatzgegner lehnten eine militärische Intervention strikt ab und bevorzugten zivile Mittel. Sie sahen in der NATO-Intervention eine Verschlechterung der Lage im Kosovo und eine Gefährdung des Völkerrechts. Sie forderten eine sofortige Beendigung der Luftangriffe und betrachteten die NATO-Strategie als gescheitert (Riedel, 2021, S. 115 f.). Bei der Abstimmung über die deutsche Beteiligung an einer NATO-Notfalltruppe (Extraction Force) ein Jahr später, war die Anzahl an Nein-Stimmen und Enthaltungen deutlich zurückgegangen (Ja-Stimmen: 38,

Nein-Stimmen: 5, Enthaltungen, 1 (Deutscher Bundestag, 1999, S. 1715–1717). Als Grund für die Änderungen des Abstimmungsverhaltens gilt unter anderem, dass namenhafte Politiker nach Antritt ihrer Regierungsämter (Ludger Vollmer und Jürgen Trittin) auch in Einklang mit der Regierungslinie stimmten, außerdem wurde durch die Fraktionsführung auf Abweichler mit persönlichen Gesprächen Einfluss genommen (Riedel, 2021, S. 117 f.), was sich unter dem Aspekt des „Loyalitätsdrucks“ als Regierungspartei zusammenfassen lässt (Schmuck-Soldan, 2004, S. 216).

Diese Entscheidungen führten zu starken innerparteilichen Spannungen, da der pazifistische Flügel diesen als Verrat an den eigenen Prinzipien sah (Probst, 2013, S. 616). Symbolisch für die Auseinandersetzung steht der Farbbeutelangriff auf Joschka Fischer auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen im Mai 1999, einem außerordentlichen Parteitag, auf welchem Fischer den Einsatz von Bundeswehr im Rahmen der NATO-Operation rechtfertigte (Hannemann, 2024). Auch in Zahlen ist der parteiinterne Konflikt zu beobachten. In Folge der Befürwortung der militärischen Intervention im Kosovokrieg kam es zum stärksten Rückgang an Parteimitgliedern in der Parteigeschichte durch tausende Parteiaustritte (Switek, 2017, S. 152).

Zwei Jahre später führte die Debatte um den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan als Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September erneut zu Diskussionen bei Bündnis 90/Die Grünen. Auch wenn bei der entsprechenden Abstimmung im Bundestag eine große Mehrheit der grünen Abgeordneten für den Einsatz stimmte (Ja-Stimmen: 43, Nein-Stimmen: 4 (Deutscher Bundestag, 2001, S. 19893–19895)), kritisierten zahlreiche Abgeordnete in einer persönlichen Erklärung, dass die Entscheidung mit der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers verknüpft wurde und erklärten, dass allein dies der Grund war, warum sie für den Antrag stimmten. Zählt man diese kritischen Abgeordneten hinzu, kann von circa 15 Abgeordneten gesprochen werden, welche Gegner der deutschen Beteiligung an dem Einsatz waren (Riedel, 2021, S. 146). Die Einsatzbefürworter argumentierten, dass die Operation notwendig sei, um die Bündnispflichten gegenüber den USA einzuhalten und die grüne Regierungsbeteiligung zu sichern. Ein weiterer machttaktischer Grund war, dass im Fall von Neuwahlen der erneute Einzug von Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag fraglich war. Sie betonten zwar ihre Bedenken gegenüber militärischen Maßnahmen, sahen aber keine Alternative, die den Terrorismus effektiv bekämpfen könnte (Riedel, 2021, S. 147–149). Die Einsatzgegner hingegen sahen den Militäreinsatz als kontraproduktiv an und befürchteten, dass er den Terrorismus eher verstärken würde. Außerdem gaben sie zu bedenken, dass der Einsatz das pazifistische Profil der Grünen beschädigen

würde. Zudem lehnten sie den Einsatz wegen völkerrechtlicher Bedenken ab und forderten, dass sich die Solidarität mit den USA auf humanitäre und strafrechtliche Maßnahmen beschränken solle (Riedel, 2021, S. 152–156).

Diese Ereignisse verdeutlichen, wie die Partei Bündnis 90/Die Grünen ihre Ideologie des Pazifismus aufgrund internationaler Herausforderungen und Anforderungen der Regierungsbeteiligung modifizieren musste. Die politische Praxis zwang sie dazu, ihre Ideale flexibler anzuwenden. So wurde beispielsweise der Begriff der Gewaltfreiheit nicht mehr als unveränderliches Prinzip, sondern als langfristig angestrebtes Ziel verstanden (Schmuck-Soldan, 2004, S. 220). Dies ermöglichte eine Verschiebung von einer radikal-pazifistischen hin zu einer pragmatischeren Außen- und Sicherheitspolitik. Durch diese ideologische Anpassung konnte eine „programmatische Kontinuität“ hergestellt werden, um „damit die Vertrauenswürdigkeit der Partei zu erhalten“ (Schmuck-Soldan, 2004, S. 220).

2.3 Interne Aufarbeitung und Reflektion des Wandels

Auch in ihrer eigenen Aufarbeitung dieser Geschehnisse beschreibt die Partei diesen Bruch mit ehemaligen Grundüberzeugungen:

„Die von den GRÜNEN mitverantworteten ersten Kriegsbeteiligungen der Bundesrepublik Deutschland waren eine Zäsur in der bundesdeutschen Außenpolitik. Sie standen im Widerspruch zur friedenspolitischen Programmatik der BÜNDNISGRÜNEN von 1998 und zum antimilitaristischen Selbstverständnis vieler ihrer Mitglieder. Was für die Mehrheit ein zentraler Wertekonflikt zwischen Menschenrechtsschutz und Gewaltfreiheit war und eine Güterabwägung in Regierungsverantwortung, galt anderen als Prinzipienverrat“ (Roth et al., 2008, S. 41).

Das Zitat illustriert, dass der Bruch in der außenpolitischen Ideologie im Wesentlichen darin bestand, dass dieser Konflikt zu Gunsten des Menschenrechtsschutzes entschieden wurde. Über die Abwägung dieser Prinzipien vor dem Hintergrund, selbst tatsächlich Regierungsentscheidungen treffen zu müssen, und die Adaption des Konzepts der Gewaltfreiheit als langfristiges Ziel reflektiert die Partei selbst folgendermaßen:

„Die Erfahrungen mit der Regierungsverantwortung führten zu einem anderen Verständnis des Grundwertes Gewaltfreiheit: Wo grüne Mitverantwortung für das staatliche Gewaltmonopol und den Schutz der Bevölkerung vor illegaler Gewalt tragen, ist prinzipielle Gewaltfreiheit nicht durchhaltbar. Gewaltfreiheit bleibt aber ein Grundwert auch für staatliche Politik: als Gewaltprävention, als Schutz vor illegaler Gewalt, als Minimierung rechtsstaatlicher Gewalt und als

Politik gegen Gewaltursachen. Uns ist bewusst, dass Gewalt nur zu leicht Gegengewalt hervorruft und dazu neigt, sich zu verselbstständigen“ (Roth et al., 2008, S. 44).

Es wird erkennbar, die praktische Politik und die damit verbundene Verantwortung zwangen die Partei, ihre strikt pazifistische Haltung zu überdenken. Die Erfahrungen in der Regierung zeigten, dass absolute Gewaltfreiheit in bestimmten Situationen nicht möglich ist. Daher wurde die strikte Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung aufgegeben zugunsten eines differenzierten Verständnisses von Gewaltfreiheit, das die Notwendigkeit staatlichen militärischen Handelns in bestimmten Situationen anerkennt. Dies ist die Einsicht, dass ein kompromissloser Pazifismus nicht mit Regierungsverantwortung vereinbar ist. Trotz dieses Eingeständnisses bleibt Gewaltfreiheit ein zentraler Wert, der die Politik der Partei leitet. Das ursprüngliche Ideal wird nicht vollständig aufgegeben, sondern neu interpretiert. Die Betonung der Gefahr einer Gewaltspirale zeigt sich als Bestätigung des ursprünglichen Ideals in angepasster Form. Daraus entsteht eine Selbstverpflichtung zu verantwortungsbewusstem Umgang mit Gewalt und zur Betonung der Suche nach friedlichen Lösungen.

In den Bedingungen, unter welchen das Ziel der Gewaltfreiheit nicht mehr eingehalten werden kann, sind bereits Muster des Prinzips „Responsibility to Protect“ (RtoP) der Vereinten Nationen zu erkennen, auf welche sich die Friedens- und Sicherheitspolitische Kommission der Grünen auch explizit bezieht. Das Prinzip RtoP ist die Verantwortung zum Schutz von Bevölkerung vor „Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Einstimmig verabschiedete die UN-Vollversammlung im Jahr 2005 den Grundsatz der RtoP als Selbstverpflichtung aller Staaten (United Nations, 2016), welche auf drei „Säulen“ baut:

„die Verantwortung jedes Staates, seine Bevölkerung zu schützen (Säule I); die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, die Staaten beim Schutz ihrer Bevölkerung zu unterstützen (Säule II); und die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, Schutz zu gewähren, wenn ein Staat es offensichtlich versäumt, seine Bevölkerung zu schützen (Säule III)“ (United Nations, 2016).

Das Konzept wurde in der Kommission der Grünen vollumfänglich befürwortet und dessen Entwicklung und das Ziel der tatsächlichen Verankerung als international geteiltes Prinzip bekräftigt (Roth et al 2008, 16). Darüber hinaus wird jedoch betont, dass es nicht nur eine Verantwortung zu schützen („protect“), sondern auch vorzubeugen („prevent“) gibt (Roth et al., 2008, S. 15). Damit wird unterstrichen, dass – im Sinne der Minimierung von Gewalt – zivile Krisenprävention die bevorzugte Form ist, um der Schutzverantwortung nachzukommen und

militärische Maßnahmen nur als letztes Mittel infrage kommen dürfen. Für diesen Fall hat die Partei eine letzte wichtige Lehre aus den Einsätzen im Kosovo und in Afghanistan gezogen. So wird betont, dass militärische Einsätze generell zulässig sind „zur Wahrung und Wiederherstellung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens sowie zum Schutz von Bevölkerungsgruppen vor Vertreibung und Völkermord“ (Roth et al., 2008, S. 53), aber nur legitim gerechtfertigt werden können mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Partei Bündnis 90/Die Grünen auf Basis der Regierungsverantwortung und vor dem Hintergrund der Konfrontation mit außenpolitischen Herausforderungen sich von dem Prinzip der absoluten Gewaltfreiheit zu Gunsten des konkreten Schutzes von Menschenrechten schon vor dem Russisch-Ukrainischen-Krieg verabschiedete. In ihrer eigenen Aufarbeitung machte die Partei deutlich, dass das Ideal der Gewaltfreiheit jedoch nicht aufgegeben, sondern als wichtiger Grundsatz und langfristiges Ziel in einen Modus des verantwortungsbewussten Umgangs mit Gewalt überführt wurde. Diese Entwicklung spiegelt eine Selbstverpflichtung wider, stets nach friedlichen Lösungen zu suchen und so die ursprünglichen Ideale nicht vollständig aufzugeben. Durch die Verankerung des Prinzips RtoP und der Bedingung eines VN-Mandats für militärische Einsätze zeichnet sich jedoch ab, dass die Partei sich in diesem Zuge von einer pazifistischen Partei der Gewaltfreiheit entwickelt hat zu einer Partei der Menschenrechte und der Vereinten Nationen mit starkem Bekenntnis zur multilateralen Zusammenarbeit.

Für die spätere Betrachtung in dieser Arbeit muss diese Entwicklung im Hinterkopf behalten werden, da dies der ideologische Ausgangspunkt vor dem Analysezeitraum dieser Arbeit sein wird und somit die Basis auf der die Partei den Herausforderungen des Russisch-Ukrainischen Kriegs begegnet. Der grobe Verlauf dieses Konfliktes soll nun in aller Kürze dargestellt werden, um anschließend zu analysieren, wie die Partei auf die jeweiligen Herausforderungen vor und nach der groß angelegten Invasion Russlands im Februar 2022 reagierte und welche Rückschlüsse dies jeweils auf die Ideologie der Partei und deren Entwicklung zulässt.

3 Der Russisch-Ukrainische Krieg – Anlass zur Kursänderung

3.1 Ablauf und zeitliche Einordnung

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine begann bereits lange vor der großangelegten Invasion Russlands in die Ukraine am 24.02.2022. Erste Kriegshandlung stellt die Annexion der Krim durch Russland im März 2014 dar, weshalb dies auch als Beginn des Russisch-Ukrainischen-Kriegs gelten kann. Die Krim-Annexion wird dabei auch als „Reaktion Putins“ auf den Euromaidan eingeordnet (Sasse, 2022, S. 67), weshalb die historische Darstellung in dieser Arbeit an diesem Punkt beginnt. Generell besteht jedoch Uneinigkeit darüber, wann der Konflikt an sich genau begann und wie dessen Gründe darzustellen sind. Dies hat den Hintergrund, dass (wie in internationalen Auseinandersetzungen üblich) Ereignisse in „unterschiedliche Sinnzusammenhänge“ gestellt und unterschiedlich interpretiert werden, um jeweils andere Geschichten über die Ursprünge und Schuld an dem jeweiligen Konflikt zu erzählen (Fathi, 2024, S. 51). Die eigenen Darstellungen dieser Arbeit erheben also keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr deckt sich die historische Aufarbeitung mit dem festgelegten Beginn des Untersuchungszeitraums für die spätere Diskursanalyse (ab Beginn der 18. Legislaturperiode des Bundestages im Jahr 2013 – also kurz vor dem Euromaidan). Die folgenden Beschreibungen dienen also maßgeblich als Kontext für die Analyse des Diskurses innerhalb der Partei Die Grünen im untersuchten Zeitraum.

Ende des Jahres 2013 kam es auf dem Kiewer Maidan aufgrund der überraschenden Ankündigung der ukrainischen Regierung, ein Assoziationsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, zu Protesten. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Grund für die Nicht-Unterzeichnung war, dass Russland Druck auf den damaligen prorussischen Präsidenten Janukowytsch ausgeübt hat (Specht & Goebbel, 2022). Tieferliegende Ursache für den Protest war jedoch auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem „korrupten und autoritären Regime“ in der Ukraine (Sasse, 2018). In den nächsten Monaten entwickelte sich ein Massenprotest mit Zentrum auf dem Maidan, mit landesweit kleineren Demonstrationen zur Unterstützung. Die Polizei ging immer wieder gewaltvoll gegen die Demonstrant:innen vor. Die Gewalt eskalierte Mitte Februar 2014, bei den Auseinandersetzungen wurden mehr als 100 Menschen von den Sicherheitskräften erschossen. Nach dem Abschluss eines Abkommens zur Beilegung der Krise am 21.02.2014 floh der Präsident Janukowytsch nach Russland und eine Übergangsregierung übernahm die Amtsgeschäfte (bpd.de, 2023; Sasse, 2018).

In Folge dieser Ereignisse demonstrierten auf der Krim pro-russische Gegner:innen und pro-europäische Befürworter:innen des Machtwechsels, zwischen welchen es am 26.02.2014 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Bereits am nächsten Tag begann die Invasion der Halbinsel durch russisches Militär. Tags darauf wurde im besetzten Regionalparlament Sergej Aksjonow (Politiker der Partei „Russische Einheit“) unter verfassungswidrigen Umständen als neuer Chef der Regionalregierung gewählt. Für den 16.03.2014 wurde ein Referendum über die zukünftige Anbindung der Krim angesetzt, deren offizielles Ergebnis (95% der Stimmen für einen Anschluss an die Russische Föderation) sowohl im Hinblick auf die Wahlbeteiligung als auch das Abstimmungsergebnis als „unglaublich“ gilt. Bereits zwei Tage später wurde der Beitrittsvertrag unterschrieben, mit dem die Krim seitdem von russischer Seite als Teil des eigenen Staates angesehen wird (bpb.de, 2024). Die Annexion der Krim kann als die Realisierung eines bereits ausgiebig vorbereiteten Plans Russlands, in Reaktion auf die Euromaidan-Proteste und ihre Folgen verstanden werden. Sie gilt als der Beginn des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine (Sasse, 2022, S. 69). Außerdem begannen zu dieser Zeit bereits Vorbereitungen Russlands, die Krim zu einem späteren Ausgangspunkt für die großflächige Invasion in die Ukraine im Februar 2022 zu machen, beispielsweise mit der Errichtung von Militärstützpunkten (Unterseher, 2023, S. 17).

Im darauffolgenden Monat kam es auch im Osten der Ukraine zu Demonstrationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen pro-europäischen und pro-russischen Demonstrierenden. In den beiden Oblasten Luhansk und Donezk (der Donbas-Region) begannen pro-russische Aktivisten bei Ausschreitungen Regierungs- und Verwaltungssitze zu besetzen und riefen die Volkrepubliken Donezk und Luhansk aus. Am 11. Mai wurden unter ähnlichen Bedingungen wie auf der Krim Unabhängigkeits-Referenden abgehalten, welche in ihrem Ergebnis fragwürdig und international nicht anerkannt sind. Ab April setzte die ukrainische Regierung Streitkräfte im Rahmen einer „Anti-Terror-Operation“ gegen die Aufständischen ein, zunächst allerdings mit mäßigem Erfolg. In den folgenden Monaten gelang es der ukrainischen Seite, vermehrt Gebiete zurückzuerobern (Fischer, 2019, S. 8–9; lpb-bw.de, 2024). Mit diesen gewaltsamen Auseinandersetzungen gegen pro-russische Separatisten trat der Krieg in seine zweite Phase ein (Sasse, 2022, S. 82).

Am 25. Mai wird der westlich-orientierte Kandidat Petro Poroschenko zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt und signalisiert Gesprächsbereitschaft mit Russland. Die Verhandlungen zwischen Russland (ohne die Teilnahme von Separatisten aus den Gebieten Donezk und

Luhansk) und der Ukraine wurden im Rahmen des Normandie-Formats – unter Vermittlung Frankreichs und Deutschlands – bereits im Juni 2014 aufgenommen. (Fischer, 2019, S. 9).

Als die Separatisten im August 2014 „kurz vor dem militärischen Aus standen“, schickte Russland erstmals eigene Kräfte zur Unterstützung und fügte dem ukrainischen Militär herbe Niederlagen zu. Vor dem Hintergrund dieser Geschehnisse schlossen die Konfliktparteien mit dem ersten Protokoll von Minsk im September 2014 einen ersten Waffenstillstandsvertrag (Fischer, 2019, S. 9). Das Minsker Protokoll wurde innerhalb der „trilateralen Kontaktgruppe“ durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), die Ukraine und Russland inklusive Separatisten der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Luhansk abgeschlossen. Die OSZE (welche für die Überwachung der Einhaltung der Vereinbarung zuständig war), beobachtete wiederholt Verstöße gegen den Waffenstillstand auf beiden Seiten und wurde insbesondere durch die (pro-)russische Seite in ihrer Arbeit behindert (Pleines, 2022). Im Januar 2015 eskalierten die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine erneut, woraufhin am 12. Februar ein zweites Minsker Protokoll mit konkreteren Maßnahmen beschlossen wurde (Fischer, 2019, S. 9). Neben der Waffenruhe sind die wichtigsten Vereinbarungen die Einrichtung einer Sicherheitszone und der Abzug schwerer Waffen, die vollständige Kontrolle der fraglichen Gebiete durch die ukrainische Regierung, Neuwahlen und Autonomierechte für Donezk und Luhansk, sowie eine Verfassungsreform in der Ukraine, welche diese zu einem dezentralen Staat machen soll. Auch wenn das zweite Minsker Abkommen die Eskalation des Konflikts begrenzen konnte, kam es nicht zu einem dauerhaften Waffenstillstand (Specht & Goebbel, 2022). Die meisten der vereinbarten Maßnahmen der Minsk-Protokolle wurden nie umgesetzt und waren von Beginn an unrealistisch (Pleines, 2022). Im Gegensatz zu der häufig verwendeten Formulierung war der Konflikt nicht „eingefroren“. Vielmehr schwelte er mit vergleichsweise niedrigen, aber konstanten Zahlen an Todesopfern weiter. Wie für Konflikte dieser Art üblich, nahm die Berichterstattung und damit auch die Wahrnehmung des Kriegs und seines Eskalationspotenzials in Westeuropa ab (Specht & Goebbel, 2022).

Mit der Wahl von Wolodymyr Selenskyj zum Präsidenten der Ukraine im April 2019 erhielt der Konflikt eine neue Dynamik. Seine Kampagne wurde von den Hoffnungen der Bevölkerung auf Veränderung getragen, ein ausgearbeitetes politisches Programm hatte er nicht. Seine Wahl spiegelte die zunehmende Unzufriedenheit mit der Amtsführung seines Vorgängers Petro Poroschenko wider. Selenskyj versprach einerseits innenpolitische Reformen, andererseits ein Ende der langwierigen Kämpfe im Osten des Landes. So kam es bis Ende des Jahres 2019 zu einer leichten Entspannung. Doch trotz einiger Fortschritte in Friedensverhandlungen setzte

sich der Konflikt auch unter Selenskyjs Führung fort, da vereinbarte Waffenruhen erneut scheiterten, was zu weiteren Spannungen führte (Specht & Goebbel, 2022). Trotz der Annexion der Krim, der Unterstützung der Separatisten im Donbas und „weiterer Destabilisierungsversuche“ gelang es aber Russland weiterhin nicht, „sein strategisches Ziel der mittelbaren Kontrolle des Nachbarlandes zu erreichen“. Die Ukraine konnte die kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten des Landes eindämmen, stabilisierte sich zunehmend, und orientierte sich stärker gen Westen. Auch Selenskyj, der anfänglich zur Beendigung des Konflikts diplomatisch auftrat, zeigte sich gegenüber Russland immer entschlossener. Ab dem Sommer 2021 bereitete sich die Ukraine intensiv auf mögliche russische Invasionsversuche vor, was durch militärische Übungen und Drohnenangriffe auf die Separatisten untermauert wurde. Beobachter analysieren, dass Russland deutlich wurde, dass die bisherigen Bemühungen, Einfluss auf die Ukraine zu nehmen, gescheitert waren (Härtel, 2021).

Schon seit März 2021 verstärkte Russland seine Truppenpräsenz an der ukrainischen Grenze und führte umfangreiche Militärmanöver durch. Diese dienten sowohl dazu, die Kampffähigkeit der neuen Einheiten, als auch dazu, schnelle Truppenverlegungen aus anderen Regionen Russlands zu testen (Richter, 2023, S. 4). Die USA reagierten darauf einerseits mit Warnungen, aber auch mit einem Gesprächsangebot an Russland. Im Juni 2021 trafen sich die amerikanischen und russischen Präsidenten und Außenminister zu Gesprächen in Genf. Das Treffen endete mit Absichtserklärungen zur besseren diplomatischen Zusammenarbeit, aber ohne konkrete Ergebnisse (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, 2021). Dennoch weckten die Gespräche Hoffnungen für eine diplomatische Lösung der angespannten Situation im russisch-ukrainischen Grenzgebiet (Sasse, 2022, S. 93). Obwohl Teile der russischen Truppen im Sommer 2021 abgezogen wurden, blieb schweres militärisches Gerät in Grenznähe stationiert. Dies ermöglichte es Russland, in Zukunft mit geringerem zeitlichem Vorlauf militärisch im Osten der Ukraine einzugreifen (Richter, 2023, S. 4). Im Dezember 2021 veröffentlichte Russland ein Dokument mit Forderungen an die USA und die NATO, welche im Kern aus der Zusicherung eines Endes der NATO-Osterweiterung (also die Absage für einen möglichen Beitritt der Ukraine und anderer vormaliger Sowjetrepubliken), einem Abzug von NATO-Truppen und Waffen aus NATO-Mitgliedsländern, welche nach 1997 der NATO beigetreten sind¹ und einem Ende von Militärmanövern in der Region bestanden – Forderungen, welche die NATO als inakzeptable „Maximalforderungen“ zurückwies (Sasse, 2022, S. 94–96; Blanke, 2021). Gleichzeitig begann Russland erneut, Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine

¹ Dies würde die Staaten Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Albanien, Kroatien, Montenegro und Nordmazedonien betreffen (bpb.de, 2022).

zusammenzuziehen. So schätzen US-Geheimdienste, dass zu diesem Zeitpunkt etwa 70.000 Soldaten dort stationiert wurden (Blanke, 2021). Im Januar 2022 spitzte sich die Situation weiter zu. Bis zu diesem Zeitpunkt versammelte Russland circa 150.000 Soldaten und weiteres militärisches Gerät an der ukrainischen Grenze, sowie weitere 30.000 Soldaten in Belarus (Fathi, 2024, S. 51).

Am 21. Februar 2022 erkannte Russland offiziell die Separatistengebiete Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten an und entsandte Truppen dorthin. In einer Rede stellte Präsident Putin die Existenzberechtigung der Ukraine als souveräner Staat infrage und bezeichnete das Land als historisch russisches Territorium (Richter, 2023, S. 8). Wenige Tage später, am 24.02.2022 begann Russland eine groß angelegte Invasion in die Ukraine mit Truppeneinmärschen aus Russland, der russisch besetzten Krim und Belarus (Knodt & Wiesner, 2023, S. 449). Augenscheinlich war die Strategie der russischen Armee, durch einen schnellen Vorstoß aus verschiedenen Richtungen die ukrainische Verteidigung zu überwältigen und durch schnelle, größere Gebietsgewinne sowie die Einnahme Kiews die Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen. In den ersten Kriegstagen schien diese Strategie aufzugehen und Russland konnte weit in ukrainisches Territorium vordringen, insbesondere nördlich von Kiew und im Südosten des Landes. Dennoch kam es zu einem starken Widerstand der Ukraine, wodurch es gelang, die Geländegewinne einzudämmen und viele Angriffe erfolgreich abzuwehren. Dies kombiniert mit Nachschubproblemen der russischen Armee, zwang die Militärführung zu einem Strategiewechsel. Ab Ende März begannen die russischen Truppen, sich zurückzuziehen und sich auf den Südosten der Ukraine, insbesondere die Donbas-Region zu konzentrieren. Hier begann Russland nun eine stabile Front aufzubauen und im Gegensatz zur ursprünglichen Invasion in Kolonnenverbänden systematisch Geländeabschnitte zu kontrollieren (Mitrokhin, 2023, S. 2 f.).

Nach dem Rückzug der russischen Truppen fand die ukrainische Armee bei Ihrer Rückkehr Anfang April in Butscha – einem Vorort von Kiew – über 400 Leichen getöteter Zivilisten, einige davon mit Folterspuren, welche Teils noch auf den Straßen lagen (UN Human Rights Office of The High Commissioner, 2022). Auch wenn Butscha nicht die einzige Stadt war, in der russische Truppen Gräueltaten begangen hatten (Amnesty International, 2022), so wurden das Massaker von Butscha und die Bilder der leblosen Körper auf den Straßen doch zum Symbol für diese (Wünsch, 2024). Im Diskurs wurde der Name des Ortes (stellvertretend für das dort stattgefundene Massaker) ein „zentraler argumentativer Bezugspunkt“ für die „Amoralität“ Russlands und die „Delegitimierung von Forderungen nach Friedensverhandlungen mit

Russland“ und zugleich die Befürwortung von Mehrausgaben für Rüstungsgüter (Tripps & Friedemann, 2022, S. 61).

Nach einer Verhärtung der Front, kam im Sommer 2022 eine Veränderung in das Kriegsgeschehen durch die Lieferung fortschrittlicher westlicher Waffensysteme (insbesondere durch das amerikanische mobile Artilleriesystem HIMARS), welche es der Ukraine erlaubten, militärische Ziele hinter der russischen Verteidigungslinie anzugreifen. In Kombination mit einer durch starke Verluste geschwächten russischen Armee gingen ukrainische Streitkräfte ab dem August in eine Gegenoffensive über und konnten einige strategisch wichtige Städte zurückerobern. Nach anfänglichen Erfolgen geriet die Gegenoffensive jedoch allmählich ins Stocken, ab Oktober kam es kaum zu weiteren Veränderungen des Frontverlaufs. Durch eine Mobilmachung hatte Russland seine Streitkräfte wieder aufgestockt, sodass es an der Front zunehmend zu einer Pattsituation mit geringen Geländegewinnen kam (Mitrokhin, 2023, S. 3 f.) und sich die militärischen Auseinandersetzungen zu einem langwierigen „Abnutzungs- und Zermürbungskrieg“ entwickelten (Fathi, 2024, S. 51).

3.2 Sanktionen und Waffenlieferungen

Der Schock der Invasion Russlands in die Ukraine bewegte die EU-Staaten, aber auch andere westliche Länder zu schnellen Verabschiedungen von Sanktionen gegen Russland und Belarus (Unterseher, 2023, S. 33). Bis zum Sommer 2024 wurden diese Sanktionen immer wieder verschärft und erweitert, sodass es bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt 14 Sanktionspakete gegen Russland gab (Bundesregierung, 2024). Die Sanktionen konzentrieren sich vor allem auf den Energiesektor, Finanzinstitute und wichtige Industriezweige. Der Import von russischem Öl in die EU wurde weitgehend gestoppt, und ein Preislimit von 60 US-Dollar pro Barrel soll die Einnahmen Russlands reduzieren. Zudem wurden russische Banken aus dem globalen Zahlungssystem SWIFT ausgeschlossen, Vermögenswerte von Oligarchen und wichtigen Politikern eingefroren und Exportverbote für Schlüsseltechnologien verhängt (Yalcin, 2024). Erhofftes Ziel der Sanktionen war dabei nicht, Russland zu einem unmittelbaren Rückzug seiner Streitkräfte zu führen. Jedoch war beabsichtigt, Russland insbesondere die Mittel zur Finanzierung des Krieges, aber auch technische Fähigkeiten zu entziehen, sowie das Signal zu senden, dass der Angriffskrieg nicht folgenlos bleibt (Grauvogel & Soest, 2023, S. 33). Dennoch bleiben die Sanktionen hinter den Erwartungen zurück. Während 2022 mit einem Rückgang der russischen Wirtschaft um 10% gerechnet wurde, ging die russische Wirtschaft 2023 Schätzungen zur Folge nur zwischen 2,2% und 3,9% zurück (Unterseher, 2023, S. 33). Gründe dafür,

dass die Sanktionen nicht so effektiv wie erhofft waren, sind allgemein hohe Öl- und Gaspreise und der verstärkte Handel Russlands mit asiatischen Ländern, insbesondere mit China und Indien, wodurch sich der Energiesektor stabilisierte. Außerdem umgeht Russland teilweise die Sanktionen durch veränderte Handelswege, unter anderem über die Türkei, die die Sanktionen nicht vollständig übernommen und ihren Handel mit Russland ausgebaut hat (Yalcin, 2024).

Neben Sanktionen gegen Russland wurde die Ukraine insbesondere durch westliche Waffenlieferungen unterstützt. Um die Entwicklung der Position der Bundesregierung² zur Lieferung von Rüstungsgütern an die Ukraine zu verstehen, muss auf deren Vorgeschichte eingegangen werden. Nachdem die USA bereits 2015 in Folge des Einmarsches russischer Soldaten auf der Krim von ihrer ursprünglichen Haltung, keine Waffen an die Ukraine zu liefern (deutschlandfunk.de, 2015), abrückten und begannen, der Ukraine Militärausrüstung zur Verfügung zu stellen (Zeit Online, 2015), versuchte die US-Regierung, auch die Bundesregierung zu Lieferungen zu bewegen. Bis zur Eskalation des Krieges 2022 veränderte die Bundesregierung aus zwei maßgeblichen Gründen ihren Standpunkt allerdings nicht: Erstens sollte Russland nicht provoziert werden und der Konflikt nicht weiter eskalieren. Zweitens berief sich die Regierung auf die außenpolitische Maxime, dass die Bundesrepublik keine Rüstungsgüter in Krisengebiete exportiere (Küstner, 2023). Bei letzterem Punkt bezog sich die Bundesregierung auf die „Politische[n] Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“, welche erstmals 1971 gefasst und von da an regelmäßig mit leichten Änderungen neu beschlossen wurden (Ley, 2022). In diesem Dokument heißt es:

„Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder,

- die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht,
- in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden.

Lieferungen an Länder, die sich in bewaffneten äußeren Konflikten befinden oder bei denen eine Gefahr für den Ausbruch solcher Konflikte besteht, scheiden deshalb grundsätzlich aus, sofern nicht ein Fall des Artikels 51 der VN-Charta vorliegt“ (Bundesregierung, 2019, S. 7).

² Nach Art. 26, Abs. 2 GG wird für die Herstellung, Beförderung und Inverkehrbringung von Kriegswaffen eine Genehmigung der Bundesregierung benötigt. Über die Genehmigung von Rüstungsexporten entscheidet diese im Bundessicherheitsrat, welcher „als Kabinettsausschuss eine ständige Einrichtung der Bundesregierung“ ist (bpb.de, 2020).

Artikel 51 der VN-Charta stellt dabei das Recht auf Selbstverteidigung von Staaten dar (Vereinte Nationen, o. J.)³. Die Möglichkeit für eine Ausnahme von den eigenen Beschränkungen und eine Argumentationsmöglichkeit für Waffenlieferungen an die Ukraine hat also schon damals existiert. Auf der Basis des Rechts auf Selbstverteidigung sprach sich Robert Habeck im Mai 2021, während eines Besuchs des Krisengebiets in der Ostukraine für die Lieferung sogenannter „defensiver Waffen“ an die Ukraine aus, was damals als ein „Affront“ gegen die eigene Partei aber auch die Bundesregierung galt (Bullion, 2021) und von diesen Seiten auf deutlichen Widerspruch stieß (Der Spiegel, 2021).

Noch im Januar 2022, als Russland bereits über hunderttausend Soldaten an der ukrainischen Grenze zusammenzog, kündigte die Bundesregierung an, der Ukraine 5000 Militärhelme zu liefern, auch wenn zu diesem Zeitpunkt der ukrainische Botschafter in Berlin 100.000 Helme und darüber hinaus bereits „defensive Waffen“ gefordert hatte. Die vorhergehenden Unterstützungen der Bundesregierung für das ukrainische Militär beschränkten sich auf medizinische Ausstattung (Kolb & Krüger, 2022). Zu dieser Zeit zeichnete sich auch bei der FDP ein ähnlicher Mentalitätswechsel wie bei Robert Habeck ab. So erwägt auch Marie-Agnes Strack-Zimmermann in einem Interview die Möglichkeit von Lieferungen von „Defensivwaffen“ (Böll & Kummert, 2022). Die Bundesregierung bekräftigt zu diesem Zeitpunkt jedoch noch einmal die Ablehnung von Waffenlieferungen (FAZ, 2022).

Diese Haltung behielt die Bundesregierung auch noch in den ersten Tagen der russischen Invasion am 24.02.2022 in die Ukraine bei (welt.de, 2022). Erst mit der „Zeitenwende-Rede“ des Bundeskanzlers drei Tage später wurde auch die Kehrtwende in Bezug auf Waffenlieferungen vollzogen und begründet mit dem Argument, dass die Ukraine mit diesen ihr Land verteidigen müsse (Scholz, 2024). Hierauf folgte die Lieferung von Panzerabwehr- und Flugabwehrwaffen (Küstner, 2023). Im politischen Diskurs war die (definitiv nicht ganz eindeutige) Unterscheidung zwischen defensiven, zur Abwehr bestimmten Waffen und „schweren“ oder „offensiven“ Waffen wichtiger Teil der Debatte. Durch die Betonung der eigenen Unterstützung durch „Defensivwaffen“, wurde die „(moralisch legitime) Selbstverteidigung akzentuiert. [Der Begriff trug] zu einer vereindeutigenden Angreifer-Verteidiger-Schematisierung bei“ (Tripps & Friedemann, 2022, S. 62 & 64). Von hier an begann ein längerer Prozess der Entwicklung deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine, in welchem die militärischen Möglichkeiten der gelieferten Rüstungsgüter schrittweise wuchsen. Bei diesem Vorgehen wurden die

³ Diese Grundsätze wurde in der Vergangenheit bereits auch ohne Vorliegen von eines Falls der Selbstverteidigung gebrochen. So wurden Waffen geliefert in Staaten mit kritischer Menschenrechtslage oder an Staaten, welche „Konfliktparteien oder selbst Krisengebiete sind“ (Klug, 2022).

Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler als „zögerlich“ und „zaudernd“ kritisiert. Seltener wurde seine „geringe Entscheidungsbereitschaft“ auch als „überlegt/abwägend“ gelobt (Maurer et al., 2023, S. 10 & 20). Dagegen traten Vertreter:innen der Parteien Bündnis90/Die Grünen und der FDP mehr als Treiber weiterer Waffenlieferungen auf. In diesem Modus, während dessen zunächst die maßgeblich zur Abwehr bestimmten „Defensivwaffen“ geliefert wurden, bewegte sich die Bundesregierung schließlich bis hin zu Lieferungen von „schweren“ Waffensystemen wie dem Kampfpanzer Leopard 2 (Küstner, 2023). Auf diese Weise entwickelte sich Deutschland zu einem der wichtigsten Unterstützer der Ukraine mit militärischen Mitteln (Bomprezzi et al., 2024).

Anhand des Diskurses zu Waffenlieferungen an die Ukraine soll in dieser Arbeit also nun die Ideologie der Grünen und deren Veränderung im Laufe der Zeit nachgezeichnet werden. Hierfür wird ein zeitlicher Vergleich vorgenommen, einerseits des Zeitraums vor und nach der Invasion Russlands in die Ukraine 2022. Da die Entscheidungen zu Waffenlieferungen in einen größeren friedens- und sicherheitspolitisch-ideologischen Kontext eingebettet sind, werden auch weitere Aspekte miteinander verglichen, wozu beispielsweise auch die Einstellung zu Verteidigungsausgaben allgemein und dem Sondervermögen für die Bundeswehr gehören. Das konkrete methodische Vorgehen und die Analysekategorien werden im Folgenden genauer vorgestellt.

4 Methodologie

Die Entwicklung der Ideologie der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu Friedens- und Sicherheitspolitik soll mit Hilfe einer Kritischen Diskursanalyse (KDA) untersucht werden. Diese ist einerseits ein paradigmatisches Forschungsprogramm, welches sich eher als „soziale Bewegung“ unabhängig von konkreten Methoden versteht (Fairclough, 2023, S. 176), jedoch andererseits auch der Überbegriff für verschiedene Ansätze mit konkreten Forschungsmethoden (Wodak, 2021, S. 35). So orientiert sich diese Arbeit an der konkreten methodischen Ausgestaltung der KDA durch Jäger und Jäger (2007), was in der Erläuterung des methodischen Vorgehens in dieser Arbeit (4.2) weiter ausgeführt wird. Der Einsatz der KDA mit ihrer paradigmatischen Grundausrichtung bringt jedoch immer theoretische Grundannahmen und Begriffsverständnisse mit sich. Die für diese Arbeit nötigen Konzepte sollen im Folgenden ausgearbeitet werden.

4.1 Theoretische Implikationen der Kritischen Diskursanalyse

Diskurse bestehen nicht nur für sich gestellt auf einer abstrakten Ebene. Diskurse formen – immer zwischengeschaltet durch die Tätigkeit von Subjekten – unsere Wirklichkeit und werden auf diese Weise materialisiert (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 21 f.) So haben „alle Ereignisse diskursive Wurzeln“, genauso wie Ereignisse auch auf den Diskurs rückwirken. Haben Ereignisse eine so herausgehobene Bedeutung und gesellschaftliche Präsenz, dass sie den Diskurs grundlegend ändern, so werden diese als „diskursive Ereignisse“ bezeichnet (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 25). Als ein solches diskursives Ereignis wird in dieser Arbeit die Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 aufgefasst, da damit viele Diskurse erschüttert und grundlegend neu ausgerichtet wurden. Ziel ist also in einem zeitlichen Vergleich herauszufinden, wie dieses diskursive Ereignis über den Diskurs auch die (beziehungsweise bestimmte Aspekte der) Ideologie der Grünen veränderte.

Eine diskursanalytische Perspektive bietet sich für die eingangs gestellte Forschungsfrage an, da sie neben der Analyse des Diskurses auch Augenmerk auf die Verbindung des Diskurses zu anderen sozialen Elementen wie beispielsweise Ideologien wirft (Fairclough, 2023, S. 11). Die Annahme ist, dass Ideologien diskursiv „angeeignet, verbreitet und reproduziert“ werden (Van Dijk, 2013, S. 175). Demzufolge ist eine Betrachtung des Diskurses notwendig, um zu verstehen, wie Ideologien „entstehen, verbreitet und durch soziale Gruppen genutzt werden“ (Van Dijk, 2013, S. 176), aber eben auch, wie die Ideologien im Laufe der Zeit durch den Diskurs

beeinflusst und angepasst werden (müssen). Damit geht ein bestimmtes theoretisches Verständnis von Ideologien einher, welchem zufolge Ideologien zu verstehen sind als „Glaubenssysteme, die nur von einer bestimmten (ideologischen) Gruppe von Menschen geteilt werden“ (Van Dijk, 2013, S. 177). Im Gegensatz zu anderen Ansätzen wird Ideologie hier nicht als „Instrument der Beherrschung“ gesehen (Van Dijk, 2013, S. 177) oder als eine schlechte Eigenschaft, welche nur bei bestimmten Personen(gruppen) vorliegt. Stattdessen wird im mannheimischen Sinne mit einem wertfreien und totalen Ideologiebegriff gearbeitet, wonach alle Menschen und Parteien als ideologisch aufgefasst werden – schlicht und ergreifend, da Ideologien das Mittel und die Perspektive sind, mit dem Politik vermittelt, eingeordnet und verstanden werden kann (Mannheim, 1929/2015, S. 70, 77). Im Hinblick auf Ideologien, aber auch auf Wahrheit allgemein gilt demnach, dass kein Individuum, keine Gruppe oder Organisation über immanent wahres Wissen verfügt, andere hingegen über Falsches. Vielmehr wird Wahrheit durch „vielfältige Zwänge produziert“. Es gibt also keine objektive Wirklichkeit, welche lediglich erkannt werden muss. Vielmehr wird die Wirklichkeit unterschiedlich und immer wieder neu gedeutet auf Basis eigener Interessen, Ziele und Geschichte. Diese „politischen Deutungskämpfe“ können mithilfe der Diskursanalyse nachvollzogen und verstanden werden (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 7 f.). Bezogen auf diese Arbeit sind also entscheidende Fragen:

Wie deuten die Grünen die (neue) Wirklichkeit neu? Aufgrund welcher Zwänge – seien es physische Zwänge oder politische Zwänge, produzieren die Grünen andere Wahrheiten, als sie dies in der Vergangenheit taten? Wie werden diese Wahrheiten jeweils argumentativ begründet?

4.2 Methode der Kritischen Diskursanalyse

Zur Untersuchung der ideologischen Wandlung der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Verlauf des Ukrainekriegs wird die Methode der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger und Jäger angewandt. Durch eine konkrete Anleitung zum Vorgehen und eine „Werkzeugkiste“ (S. Jäger et al., 2019) leitet und strukturiert die KDA die Analyse, gibt aber gleichzeitig den Freiraum, das Vorgehen dem Gegenstand anzupassen. Die KDA kann in sieben Analyseschritte eingeteilt werden: 1. Wahl und Begründung des Gegenstands, 2. Festlegung des Untersuchungszeitraums, 3. Ermittlung des Corpus, 4. Strukturanalyse, 5. Auswahl von signifikanten Texten, 6. Feinanalyse, 7. Interpretation und Kritik (S. Jäger et al., 2019, S. 24f.). Im Folgenden werden die einzelnen Schritte der KDA beschrieben und erläutert, wie diese in der vorliegenden Arbeit umgesetzt wurden.

Gegenstand der Analyse (Schritt 1) ist der Diskurs innerhalb der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu Friedens- und Sicherheitspolitik, insbesondere im Hinblick auf Rüstungsexporte an die Ukraine. Der zu analysierende Diskurs liegt also maßgeblich auf der politischen Diskursebene⁴ (im Gegensatz beispielsweise zur medialen oder wissenschaftlichen Diskursebene), da die direkten Meinungsäußerungen und Rechtfertigungen der Politiker:innen oder der Partei zum Verstehen deren Weltbilds als Analysegegenstand dienen werden. Andere Diskursebenen spielen lediglich eine Rolle, wenn diese durch Politiker:innen genutzt werden, um ihre Position zu vermitteln (bspw. Gastkommentar oder Interview in einer Zeitung (mediale Ebene)) (S. Jäger, 2002, S. 114). Das Thema wurde gewählt, weil es nicht nur aktuelle geopolitische Entwicklungen widerspiegelt, sondern auch die internen Spannungen und Transformationen innerhalb einer bedeutenden politischen Partei in Deutschland aufzeigt. Gezeigt werden kann auch, wie sich diese Prozesse diskursiv darstellen und auswirken auf die Ideologie der Partei. Besondere „Brisanz“ (S. Jäger et al., 2019, S. 34) besitzt das Thema, da auf Basis dieses Diskurses Regierungshandeln bestimmt wurde, welches weitreichende Auswirkungen auf den Kriegsverlauf in der Ukraine und die allgemeine sicherheits- und rüstungspolitische Ausrichtung der Bundesrepublik hatte.

4.2.1 Untersuchungszeitraum und Corpus

Der Untersuchungszeitraum (Schritt 2) ist wie oben bereits beschrieben durch das diskursive Ereignis des großflächigen Angriffs Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 geteilt. Zur Analyse der Ideologie vor diesem Ereignis kann generell bis zum Ende der Rot-Grünen-Bundesregierung im Jahre 2005 zurückgegangen werden. Wie oben bereits beschrieben fanden in den 1990er-Jahren und der Zeit der Rot-Grünen-Bundesregierung erste große Debatten über die außenpolitische Grundhaltung bei der Partei Bündnis 90/Die Grünen statt, was zu einer Abkehr von der bisherigen Ideologie des reinen Pazifismus zu einer pragmatischeren außenpolitischen Haltung führte. Für den Vergleich und die Betrachtung, welchen Einfluss der russische Angriff auf die Ideologie der Grünen hatte, ist jedoch ein Fokus auf die Jahre unmittelbar vor dem Angriff von Vorteil. Die Betrachtung dieses Zeitraumes ist aber auch deshalb sinnvoll, weil schon vor dem Februar 2022 ein Krieg in der Ukraine geführt wurde. So können der Verlauf des Diskurses und mögliche ideologische Veränderungen in dieser Zeit ebenfalls untersucht

⁴ Diskursive Ebenen sind die „sozialen Orte“ an denen Diskurse stattfinden und an denen in den sprachlichen Austausch getreten wird. Auf den unterschiedlichen diskursiven Ebenen finden unterschiedliche Diskurse statt, welche voneinander weitgehend getrennt stattfinden können, aber auch aufeinander wirken oder gegenseitig für den eigenen Diskurs genutzt und aufgenommen werden können (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 26)

werden. Aufgrund dieser Kriterien ist der Untersuchungszeitraum vor der großangelegten Invasion Februar 2022 zurück bis in das Jahr 2013 mit Beginn der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, kurz vor der Invasion Russlands auf der Krim festgelegt. Die Orientierung an der Legislaturperiode ist auf die ausführliche Analyse von Bundestagsreden zurückzuführen, auf welche unter Schritt 3 (Ermittlung des Corpus) genauer eingegangen wird. Es werden vereinzelt auch wichtige frühere Dokumente zur Analyse miteinbezogen, diese Jahre allerdings nicht systematisch erhoben.

Der zweite Untersuchungszeitraum beginnt nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022. Da nicht vor der Analyse gesagt werden kann, wann die ideologische Wandlung der Grünen abgeschlossen war, ist es vielmehr nötig, den Diskurs fortschreitend zu analysieren, bis eine Sättigung eintritt und keine „neuen strukturellen und thematischen Phänomene“ (S. Jäger, 2002, S. 122) gefunden werden. Dieses Vorgehen spielt insbesondere eine Rolle bei der systematischen Auswertung der Bundestagsreden. Dennoch gilt generell, dass der Untersuchungszeitraum bis zum Zeitpunkt der Analyse in dieser Arbeit gesehen wird.

Wie bei der Festlegung des Untersuchungszeitraums, verhält es sich auch bei der Ermittlung des Corpus an relevanten Aussagen, Dokumenten und Symbolen, den Diskursfragmenten (Schritt 3) (S. Jäger et al., 2019, S. 27). Diese können nicht vor der Analyse abschließend bestimmt und ausgewählt werden, sondern sie müssen kontinuierlich erweitert werden, bis die Analyse eine Sättigung erreicht (S. Jäger, 2002, S. 122). Dies bedeutet auch ein iteratives Vorgehen aus Analyse (Schritt 4 und 5) und erneuter Suche nach neuem Analysematerial. Auf Basis dieses Vorgehens wurde jeweils ein Corpus für den Untersuchungszeitraum vor und nach dem großflächigen Angriff auf die Ukraine festgelegt, welche in den Anlagen 1 und 2 aufgeführt sind. Systematisch analysiert wurden insbesondere Bundestagsreden mit Thema Ukrainekrieg oder Rüstungspolitik, welche mithilfe der Website „openparlament.tv“ per Themensuche gefunden und vollumfänglich erhoben werden konnten. Für den Zeitraum vor dem 24.02.2022 wurden sämtliche Bundestagsreden von Politiker:innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu diesen Themen ab 2013 analysiert. Für den zweiten Untersuchungszeitraum nach dem 24.02.2022 wurden sämtliche Reden ab diesem Datum bis zum 31.03.2023 analysiert. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Kehrtwende der Position der Bundesregierung zu Waffenlieferungen an die Ukraine vollzogen, von der Ablehnung jeglicher Waffenlieferungen an die Ukraine hin zur Lieferung des Kampfpanzers Leopard 2. Damit ist auch die Argumentation der Partei Bündnis 90/Die Grünen und deren Beitrag zu diesem Positionswechsel der Bundesregierung enthalten. Weiterer Gegenstand der Analyse waren Partei- und Wahlprogramme, Wahlplakate,

Reden, Interviews, Pressemitteilungen und andere öffentliche Beiträge der Partei und ihrer Vertreter beispielsweise auf jeweiligen Websites, welche auch über den Zeitraum der systematisch ausgewerteten Bundestagsreden hinaus erfasst wurden. Kriterium für die Aufnahme einzelner Dokumente waren dabei beispielsweise die besondere Relevanz für den Diskurs, die thematische Relevanz durch Bezugnahme auf wichtige Ereignisse oder die explizite Bezugnahme auf das Verständnis oder Darlegung der parteieigenen Ideologie (beispielsweise Erläuterung zum eigenen Verständnis von Pazifismus).

4.2.2 Struktur- und Feinanalyse

Im 5. Schritt folgt die Strukturanalyse des gesamten Analysematerials. Diese dient der Schaffung eines Überblicks über das Material und ist wichtiger Schritt in der Bewältigung großer Materialmengen. Untersucht wird, welche Themen und Unterthemen in diesem vorhanden sind und wie häufig diese jeweils auftreten. Zudem werden Inhaltsangaben erstellt, Kollektivsymbolik analysiert, die Diskursfragmente auf übergreifende Aussagen⁵ und Verschränkungen zwischen Diskurssträngen untersucht. Auch ist es sinnvoll, die Strukturanalyse um eine konkrete Auswertungsstrategie zu ergänzen. Hierfür wird die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) eingesetzt. Diese Analysemethode hilft insbesondere bei der Untersuchung im Hinblick auf Über- und Unterthemen des Diskurses durch die deduktive Kategorienbildung einerseits und die induktive Kategorienfindung andererseits (Mayring & Fenzl, 2019, S. 640). Konkret durchgeführt wird dieser Analyseschritt mithilfe einer manuellen Codierung in MAXQDA. Durch die deduktive Kategorienbildung können Teile des Analyseleitfadens (insbesondere die Ideologiekategorien nach van Dijk) in der Codierung während der Strukturanalyse bereits mitgedacht werden. Dadurch wird ein Teil der Feinanalyse bereits während der Strukturanalyse an einem größeren Corpus durchgeführt. Die systematische Codierung ermöglicht außerdem im Nachhinein auch codierte Segmente eines (Sub-)Codes einer vertieften Analyse (mit oder ohne Zuhilfenahme des Leitfadens) zu unterziehen oder im zeitlichen Verlauf aufeinander zu beziehen und gemeinsam zu interpretieren.

Weiterer Zweck der Strukturanalyse ist die Definition von einem oder mehreren Diskursfragmenten, welche für die tiefergehende Feinanalyse besonders geeignet sind (Schritt 5). Ausschlaggebend für die Auswahl der Dokumente für die Feinanalyse können mehrere Aspekte

⁵ Im foucaultschen Diskursverständnis sind Aussagen dabei mehr als bloße Äußerungen durch Einzelpersonen, sondern als „Atome des Diskurses“ sind sie „der inhaltlich gemeinsame Nenner, der aus Sätzen und Texten gezogen werden kann“ (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 26).

sein. Dazu zählen die herausgehobene Relevanz des Diskursfragments für den Diskurs oder eine exemplarische Argumentation für einen Diskursstrang. Eine vollständige Auflistung der Dokumente, welche für die Feinanalyse gewählt wurden, einerseits vor und nach dem 24.02.2022, ist jeweils in der Anlage 3 und Anlage 4 zu finden.

In der Feinanalyse (Schritt 6) werden diese exemplarischen Texte mithilfe eines „komplexen Leitfadens“ analysiert (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 301). Dabei bestehen mehrere Vorlagen für solche Analyseleitfäden von Jäger und Jäger, welche sprach-, kultur- und sozialwissenschaftliche Instrumente enthalten (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 297–301; S. Jäger, 2002, S. 119 f.). Die Leitfäden müssen jedoch auf den jeweiligen Gegenstand angepasst werden (S. Jäger et al., 2019, S. 56 f.). Für die Fragestellung dieser Arbeit ist maßgeblich die Erweiterung zur Dekonstruktion der Ideologie in den vorliegenden Texten nötig. Hierfür wird auf das „Ideologie-Schema“ von Van Dijk (2013, S. 178) zurückgegriffen, welches explizit für die diskursanalytische Betrachtung von Ideologien entwickelt wurde. Bei der Frage nach der Struktur von Ideologien identifiziert Van Dijk sechs Kategorien: Identität, Aktivitäten, Ziele, Normen und Werte, Gruppenbeziehungen und Ressourcen (Van Dijk, 2013, S. 178). Mit den jeweils hinterlegten Fragen zur Erfassung dieser Kategorien bietet dieses Schema ein Analyseraster, welches dem Leitfaden für die Feinanalyse hinzugefügt werden kann. Der mit diesen Modifikationen erstellte Leitfaden ist in der Anlage 5 angehängt.

Die Kombination der Erkenntnisse aus Struktur und Feinanalyse ist, was die tatsächliche Diskursanalyse in Schritt 7 (Interpretation) zulässt. Jäger und Jäger betonen dabei, dass es sich bei der Strukturanalyse nicht nur um einen „pragmatischen Behelf“ zur Bearbeitung größerer Textmengen handelt, sondern das Zusammenspiel beider Analysen das Verständnis bereichert. Während die Strukturanalyse den „Aussagenrahmen“ verstehen lässt, gibt die Feinanalyse einen detaillierten Einblick in die „filigranen Wirkungsmittel und -strategien“ (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 34). Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können gemeinsam interpretiert werden. Dabei bedeutet Interpretation jedoch nicht, dass versteckte Sinngehalte aus den Aussagen heraus interpretiert werden sollen, sondern von den einzelnen Äußerungen zu „den Aussagen zu gelangen, die den Diskurs ausmachen“ (S. Jäger et al., 2019, S. 69).

5 Darstellung und Interpretation der Analyseergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse des soeben beschriebenen finalen Schritts der Kritischen Diskursanalyse dargestellt, wofür die Ergebnisse der Struktur- und Feinanalyse gemeinsam mit deren Interpretation aufgearbeitet werden. Zu diesem Zweck werden zunächst die ideologischen Muster der Partei im Hinblick auf außen-, sicherheits-, friedens-, und rüstungspolitische Aspekte vor der Invasion Russlands am 24.02.2022 (5.1). untersucht. Basierend auf van Dijks Ideologieschema wurden zunächst die wichtigsten Normen und Werte der Partei für diese Politikbereiche identifiziert und entlang dieser die Darstellung der Analyse sortiert: Der Vorrang der Gewaltfreiheit und Diplomatie (5.1.1), Schutz von Menschenrechten und Demokratie (5.1.2) sowie Abrüstung und die Kontrolle von Rüstungsexporten (5.1.3). Ausgehend von diesen Werten der Partei werden die Verbindungen zu den anderen Kategorien des Ideologieschemas analysiert. Dies gilt als Ausgangslage für den Vergleich.

Anschließend folgt die Analyse für den Zeitraum nach der Invasion Russlands (5.2). Hierbei werden anhand von Aspekten, in welchen Veränderungen zu beobachten waren, die neuen Positionen aufgearbeitet: Die Befürwortung von Waffenlieferungen an die Ukraine (5.2.1.) und damit zusammenhängend, die Verschiebung der Priorität von Diplomatie im Friedensschaffungsprozess (5.2.2) sowie die eigene Aufrüstung beziehungsweise das Mittragen des Sondervermögens und höherer Verteidigungsausgaben (5.2.3). Durch die Orientierung an der Argumentation der Politiker:innen der Grünen werden dabei die Diskursstrategien nachgezeichnet. Abschließend werden noch auf Basis der Ideologiekategorie mögliche Erklärungen für die Einigkeit unter den Grünen bei ihrem neuen Kurs dargelegt (5.2.4.).

5.1 Vor der Invasion Russlands

5.1.1 Der Vorrang der Gewaltfreiheit und Diplomatie

Wie unter den Ausführungen zur Historie der Partei Bündnis 90/Die Grünen dargestellt wurde, gab es in der Zeit der Rot-Grünen Bundesregierung innerhalb der grünen Partei intensive Debatten und Spannungen über die außenpolitischen Entscheidungen und die eigene Parteiausrichtung. Vor allem die Entscheidung zur Teilnahme an militärischen Einsätzen im Kosovo-Krieg und später in Afghanistan führten zu innerparteilichen Konflikten, da dies im Widerspruch zu den pazifistischen Grundsätzen stand, die die Partei seit ihrer Gründung vertreten hatte. Diese Entscheidungen markierten einen Wendepunkt in der außenpolitischen Positionierung der Grünen und zwangen die Partei dazu, ihre Ideale an die praktischen Anforderungen

des Regierens anzupassen. Aus diesen Debatten ist maßgeblich der Grundsatz hervorgegangen, dass Gewaltfreiheit angestrebt wird, da die „Anwendung militärischer Gewalt [...] immer ein Übel“ ist (Bündnis 90/Die Grünen, 2019, S. 142). Aber militärische Mittel werden als letzte Option, insbesondere zum Schutz von Menschenrechten nicht weiter ausgeschlossen. Dabei bekennt sich die Partei zu einer Schutzverantwortung im Sinne des Konzepts „Responsibility to Protect“:

„Es gibt jedoch Situationen, in denen militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne der Schutzverantwortung der UN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2019, S. 142).

Die Norm der Gewaltfreiheit blieb jedoch für die Partei ein zentrales, wenn auch nicht mehr unantastbares Ziel. Für die Verwirklichung gibt es auf der Ebene der Aktivitäten nach Ansicht der Grünen ein „Primat des Zivilen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2019, S. 142). Mittels (ziviler) Konfliktprävention und Diplomatie soll so bereits die Entstehung von (bewaffneten) Auseinandersetzungen verhindert werden:

„Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Deutschland soll bei der politischen Entschärfung von Konflikten und in der zivilen Konfliktbearbeitung auf globaler Ebene eine treibende Kraft werden“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2020a, S. 245).

Für die Lösung existierender Auseinandersetzungen wird auf Diplomatie und multilaterale Verhandlungslösungen gesetzt:

„Unser Ziel ist eine Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst werden“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2020a, S. 245).

Mit der rhetorischen Figur der „Stärke des Rechts, statt dem Recht des Stärkeren“, wird dabei die Bevorzugung einer kooperativen vor einer konfrontativen Konfliktbearbeitung deutlich. Zudem ist die Betonung einer regelbasierten Weltordnung einerseits Ausdruck des Bekenntnisses zur bestehenden internationalen Ordnung und Organisationen, andererseits aber auch eine Absage an unilaterales Vorgehen. Die Präferenz für Multilateralismus ergibt sie aus mehreren Gründen, beispielsweise dem Willen, denjenigen eine Stimme zu geben, die sonst schwer Gehör finden und so politische Teilhabe zu ermöglichen (Bündnis 90/Die Grünen, 2013, S. 303) oder die Einsicht, dass viele globale Herausforderungen (etwa die Verhinderung einer

Klimakrise) nur durch verstärkte internationale Zusammenarbeit zu lösen sind (Bündnis 90/Die Grünen, 2020b, S. 224).

Wenn die kooperativen Mittel der Konfliktprävention und diplomatischen Konfliktbearbeitung erschöpft sind, kann auf Sanktionen als Mittel des Zwangs zurückgegriffen werden. Und nur, falls auch diese keine Lösung des Konflikts herbeiführen können, kann als letzte Option militärische Gewalt legitim eingesetzt werden:

„Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel. Er kommt nur in Betracht, wenn alle alternativen Möglichkeiten wie Sanktionen oder Embargos aussichtslos sind“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2020b, S. 107).

In dem untersuchten Material mit den Aussagen einzelner Politiker:innen (vor Februar 2022), wurde militärische Gewalt als legitimes Mittel in vereinzelt Fällen angesprochen („Überall mit am Tisch zu sitzen, würde aber auch bedeuten, generell mehr Verantwortung zu übernehmen, notfalls militärisch“ (Decker, 2015)). Es ist deutlich zu betonen, dass diese Äußerungen nicht zum Thema Russland-Ukraine-Krieg fielen, sondern beispielsweise in Bezug auf eine theoretisch mögliche militärische Bekämpfung des IS. Und auch in diesem Fall wurde deutlich, dass bei einem potenziellen Einsatz von militärischer Gewalt mehr in diplomatische Lösungswege investiert werden muss, da eine reine militärische Bearbeitung keine andauernde Konfliktlösung darstellt. So überwog im beobachteten Zeitraum deutlich die Betonung von gewaltfreien Lösungswegen und die Kritik an „Militarisierungen“ von Konflikten, mit dem Argument, dass diese keine nachhaltige Lösung für Krisen bieten, wie es zivile Krisenprävention und Diplomatie können.

Diese sicherheitspolitischen Muster spiegeln sich auch in der Sicht auf das Verhältnis der NATO zu Russland wider. Die Bestrebung ist, militärische Streitkräfte in Europa zu reduzieren und Friedenssicherung über multilaterale Diplomatie zu ermöglichen:

„Auch die NATO wollen wir so reformieren, dass sie in diese multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Ihre bisherige starke Ausrichtung auf die militärische Absicherung von Staaten genügt nicht unseren Ansprüchen an Friedenspolitik. Nach dem Ende der Block-Konfrontation muss sie ihre Aufgaben neu ausrichten. Das kann nur gelingen, wenn Russland und alle osteuropäischen Länder eingebunden werden“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2013, S. 314).

Dies hängt auch mit dem Russlandbild der Partei zusammen, welches davon ausgeht, dass mit Russland diese diplomatischen Wege möglich sind, und mit dem unbedingten Glauben, dass Frieden in Europa nicht „gegen“, sondern nur „mit Russland“ organisiert werden kann:

„Das heißt gleichzeitig, immer wieder den Dialog mit Russland zu suchen [...]. Deswegen ist das Wohl und Wehe von uns Europäern untrennbar miteinander verknüpft. Es geht um gemeinsame Sicherheit, um gemeinsame Freiheit und um gemeinsamen Wohlstand – dies nicht in Feindschaft, sondern in Partnerschaft mit unseren Nachbarn in Russland“ (Trittin, 2017).

In Bezug auf den Russisch-Ukrainischen-Krieg wird zwar eine gemeinsame Antwort gefordert und die NATO gilt angesichts der kämpferischen Handlungen in der Ukraine als sinnvolle „Rückversicherung“. Allerdings werden zugleich militärische Aktionen der USA und des Bündnisses als schädlich für die eigenen Sicherheitsinteressen kritisiert:

„War der US-Raketenschirm – übrigens an der NATO vorbei – im europäischen Interesse? Ich finde, nicht. Er hat nämlich eine der Begründungen für die Kündigung des INF-Vertrages geliefert [...]. Ist es klug, dass in Deutschland immer noch Piloten trainieren, amerikanische Atombomben abzuwerfen? Nein, das ist nicht klug, und das ist nicht in unserem Interesse [...]. Und wenn die Frage gestellt wird: „Ist es im europäischen Interesse, aus diesem Anlass [der Krimannexion und dem Krieg im Donbass] eine dauerhafte Truppenstationierung in Osteuropa durch die USA zu haben?“, dann sagen wir: Nein, das ist nicht in unserem Interesse, weil das gegen die NATO-Russland-Akte wäre, und die sollten wir hochhalten“ (Trittin, 2020).

Vielmehr besteht eine klare Präferenz für diplomatische Lösungen, um auf diese Weise eine militärische Eskalation zu vermeiden. So wird deutlich gemacht, dass der Konflikt nur politisch gelöst werden kann, durch eine diplomatische Einbeziehung sowohl Russlands als auch der Ukraine („Es gibt keine militärische Lösung dieses Konflikts“). Zu diesem Zweck wird auf damalige/bisherige diplomatische Gesprächswege wie den NATO-Russland-Rat und das Normandie-Format verwiesen (Trittin, 2021).

Als das russische Militär an der Grenze zur Ukraine seine Truppen zusammenzog, wurde dies durchaus als Aggression auch gegen die europäische Friedensordnung und diplomatische, multilaterale Konfliktlösungswege gesehen:

„Meine Damen und Herren, mit der Charta von Paris haben wir 1990 eine gemeinsame europäische Friedensordnung geschaffen, eine Friedensordnung, in der die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des vermeintlich Stärkeren, [...] eine Friedensordnung, in der Konflikte am Verhandlungstisch und nicht auf Schlachtfeldern gelöst werden. Präsident Putins militärische Drohgebärden an der Grenze zur Ukraine richten sich gegen die gesamte europäische Friedensordnung“ (Wagener, 2021).

Aber trotz der Tatsache, dass der Truppenzusammenzug als militärische Drohung wahrgenommen und als Angriff auf die europäische Friedensordnung (und damit die eigenen Werte) gesehen wurde, wurden weiter die Lösungswege eben dieser Friedensordnung zur Konfliktlösung mit Russland als zielführend betrachtet:

„Wir sind gewählt, um die Macht des Wortes zu nutzen und im Dialog die Spannungen abzubauen, aber nicht in einem Dialog zum schönen Schein, sondern ernst gemeint und mit substanziellen Gesprächen über die Wiederherstellung der vollen territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine“ (Wagener, 2021).

5.1.2 Schutz von Menschenrechten; Demokratie und Gruppenbeziehungen

Die Wahrung von Menschenrechten hat eine hervorgehobene Stellung unter den Werten der Partei, wie auch daran zu erkennen ist, dass ihr Schutz selbst eine Einschränkung des Grundsatzes der Gewaltfreiheit rechtfertigen kann. Die Grünen verstehen Menschenrechte als universelles Prinzip, das ihre außenpolitische Orientierung prägt. Sie sind der moralische Kompass ihrer Politik und prägen ihr Selbstverständnis als eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, für Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit einzutreten.

„Unser Kompass sind Frieden, Demokratie und die Menschenrechte. Diesen Zielen zu folgen, bedeutet der europäischen Verantwortung für eine solidarische Welt gerecht zu werden“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2014, S. 95).

Das Ziel ihrer Politik ist also, die Menschenrechte „zu achten und zu schützen“, aber auch international zu fördern. Das spiegelt sich darin wider, dass die Menschenrechte eine Säule der sogenannten „wertegeleiteten Außenpolitik“ der Partei bilden (Bündnis 90/Die Grünen, 2020b, S. 110). Diesen Zielen diametral entgegengesetzt sind Menschenrechtsverletzungen autoritärer Regime, für welche Sanktionen und diplomatische Isolation gefordert werden durch menschenrechtsachtende Demokratien. So wird der Wert der Menschenrechte in Verbindung mit Demokratie zu der zentralen Kategorie der Definition einerseits der Identität (Wer sind wir?) der Partei, andererseits im gleichen Zuge aber auch der Gruppenbeziehungen (Wer sind unsere Freunde und unsere Feinde?).

Bei der Frage nach der Identität, dem „Wir“, geht es im außenpolitischen Zusammenhang nicht um ein parteiinternes „Wir“. So positionieren sich die Grünen häufig als Teil einer größeren Gemeinschaft, die sich an westlichen Werten wie Demokratie und Menschenrechten aber auch

Rechtsstaatlichkeit und Freiheit orientiert. Sie sehen sich als Vertreter einer bestimmten Wertordnung, die oft mit Europa und „dem Westen“ assoziiert wird. In diesem Sinne ist das „Wir“ breiter gefasst als nur als parteipolitische Identität – es geht um die Zugehörigkeit zu einem globalen, westlichen Wertekanon und die Frage der eigenen Identität verschmilzt mit der Frage auf Ebene der Gruppenbeziehungen: „Wer sind unsere Freunde?“. Dabei wird die ideologische Wertegemeinschaft als offen und zugänglich für jeden definiert, der sich für westliche, universelle Werte wie Menschenrechte und Demokratie einsetzt. Dies können vorrangig andere demokratische Staaten, aber auch NGOs und demokratische Bewegungen und Oppositionen in autoritären Staaten sein. Hier zeigt sich eine ideologische und moralische Zugehörigkeit zu einer transnationalen Gemeinschaft.

Im Gegenzug wird diese eigene Identität über die Ebene der Gruppenbeziehungen und ein gemeinsames Feindbild verstärkt. Diese Feinde sind autoritäre Staaten, welche Menschenrechte verletzen und diese sowie demokratische Prinzipien grundsätzlich verachten sowie als Ziel haben, die regelbasierte und multilaterale Ordnung zu destabilisieren oder zu untergraben:

„Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen Ländern diese Werte mit Füßen treten. Sie dürfen nicht als unsere „Verbündeten“ betrachtet und politisch und militärisch gestützt werden“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2017, S. 80).

Deshalb wird die Notwendigkeit gesehen, gegen von diesen Feinden ausgehende Gefahren für die Menschenrechte und demokratische Bestrebungen gemeinschaftlich vorzugehen, woraus ein „globaler Systemwettbewerb“ entsteht:

„Der globale Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen ist real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt uns vor derart beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum Scheitern verurteilt wäre. Mit einer Demokratieoffensive treten wir diesem Trend entgegen und stärken die globale Zusammenarbeit von Demokratien und Demokrat*innen. In eine Partnerschaft für Demokratie sollten die Länder, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parlamentarier*innen einbezogen werden, die sich zu ambitionierten demokratischen Standards bekennen. Zudem wollen wir die Stärkung von demokratischer Rechtsstaatlichkeit, regionaler Integration, Zivilgesellschaft und Menschenrechten ressortübergreifend besser koordinieren und ausbauen. Wir präferieren die regelbasierte, multilaterale Zusammenarbeit gegenüber informellen Formaten“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2020a, S. 218).

Das Zitat verdeutlicht auch, dass die Zusammenarbeit einer gleichgesinnten demokratischen, wertegeprägten Gemeinschaft zugleich als Ressource ihrer Macht in diesem Systemwettbewerb

gesehen wird. Da „jede Form des Alleingangs zum Scheitern verurteilt wäre“, ergibt sich aus dem Zusammenschluss die Stärke im Kampf gegen die systemischen Rivalen. Wie bei den Mitteln zur Ermöglichung des Ziels der Gewaltfreiheit, wird im globalen Wettbewerb gegen autoritäre Staaten auf Diplomatie, Multilateralismus und internationale Institutionen gesetzt, da diese Mittel der Vernetzung und Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern, aber auch Plattform zur Durchsetzung der eigenen Wertvorstellungen sind:

„Eine an Frieden, Freiheit, Solidarität, Gewaltfreiheit, Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit orientierte Politik braucht Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben – gerade weil offene Gesellschaften und freiheitliche Demokratien immer stärker auch im globalen Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen stehen. Deutschland und Europa müssen sich selbstbewusst diesen Auseinandersetzungen stellen. Multilaterale Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2020b, S. 98).

Aber erneut – wie bei dem Einsatz dieser Mittel zur Realisierung der Gewaltfreiheit und Friedenssicherung – werden Diplomatie und Multilateralismus nicht nur als Mittel gegen den gemeinsamen Feind gesehen, sondern es wird auch die Notwendigkeit zum Gespräch und zur Zusammenarbeit mit den Rivalen betont:

„China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen, etwa in Xinjiang und Tibet und zunehmend auch in Hongkong. Es braucht auch einen konstruktiven Dialog mit China, der dort eine Kooperation sucht, wo es zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit ist, und klare Gegenstrategien bereithält, wo China systematisch versucht, internationale Standards zu schwächen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2020a, S. 228).

Ein weiteres Beispiel, in dem die Gruppenbeziehungen verdeutlicht werden, war das Erdgaspipeline-Projekt Nord Stream 2, da die Grünen früher als andere Parteien hierin eine Gefahr identifizierten, die von Russland für die eigenen Werte, den Zusammenhalt der eigenen Wertegemeinschaft und auch den Partner Ukraine ausgeht. So wird darauf verwiesen, dass Russland immer wieder internationale Normen verletzt. Es wird kritisiert, dass, statt für die eigenen Werte einzustehen, indem das Projekt unterbunden wird, Russland signalisiert wird, dass es seine aggressiven und menschenrechtsverletzenden Handlungen fortsetzen kann, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen:

„Trotz des Krieges in der Ukraine, trotz der Verbrechen in Syrien, trotz des Angriffs mit chemischen Kampfstoffen in Salisbury, trotz der Hackerattacken in Deutschland – auch auf dieses Hohe Haus – und trotz des Auftragsmordes im Tiergarten – direkt vor den Türen dieses Hohen Hauses – hat die Bundesregierung dieses Projekt immer weiter vorangetrieben und dabei völlig verkannt, dass sie damit die Botschaft in den Kreml sendet: Egal was ihr tut, wirtschaftliche Gewinne gehen für uns über Klimaschutz, über Sicherheitspolitik und über Menschenrechte“ (Brugger, 2020).

Darüber hinaus wird kritisiert, dass ein Festhalten an dem Projekt gegen die Bedenken der eigenen (europäischen) Partner eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt der Wertegemeinschaft darstellt und dies die kollektive Fähigkeit der europäischen Staaten schwächt, geschlossen aufzutreten und ihre Werte zu verteidigen. Dies erscheint besonders kritisch vor dem Hintergrund, dass die Zusammenarbeit mit der Wertegemeinschaft als Ressource der eigenen Macht gesehen wird, um eben jene Werte zu verteidigen.

„Aber diese europäische Souveränität und europäische Solidarität kann es schwer geben, wenn das größte Land, das auch gerade noch die Ratspräsidentschaft innehat, bei einem zentralen europäischen Infrastrukturprojekt, Nord Stream 2, selbst nicht europäisch denkt und handelt [...]. Diese Gaspipeline Nord Stream 2 spaltet Europa. Die Pipeline untergräbt die strategische außenpolitische Souveränität, und sie konterkariert die europäischen Klima- und Energieziele“ (Baerbock, 2020).

Außerdem werden durch eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 Gefahren für den wertegemeinschaftlichen Partner Ukraine befürchtet, da durch neue Kapazitäten des Gastransits über Nord-Stream 2 die Möglichkeit bestehen würde, die durch die Ukraine laufenden Pipelines weniger auszulasten oder ganz stillzulegen. Dies würde die Ukraine im Konflikt mit Russland einerseits wirtschaftlich schädigen, da die Durchleitungsgebühren im Staatshaushalt fehlen würden, andererseits aber auch die politische Position der Ukraine schwächen, da die Ukraine für Russland als Transitland keine (so starke) Bedeutung mehr hätte:

„Diese Pipeline ist nicht nur eine Wette gegen die europäischen Klimaziele, weil Sie diesbezüglich von einem höheren Gasbedarf ausgehen; sie destabilisiert auch die Ukraine [...]. Wenn Sie nämlich nicht zusätzliches Gas abnehmen wollen, dann wird die Ukraine-Leitung abgeschaltet [...].Die entsprechende Verpflichtung besteht nur noch bis 2024“ (Baerbock, 2020).

Auch die Autokratisierung und angespannte Menschenrechtslage Russlands wird bereits früh kritisiert.

„Wir stellen uns gegen autoritäre und menschenfeindliche Tendenzen, wie sie beispielsweise auch in Russland zunehmen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2014, S. 110).

Mit fortschreitender Entwicklung dieser Tendenzen wird Russland klar als den eigenen Prinzipien widersprechend behandelt und darüber hinaus als Akteur, der seine Machtressourcen nutzt, um einen Keil in die eigene westliche Wertegemeinschaft zu treiben (wo doch diese als Basis für die eigene Macht und Handlungsfähigkeit nach den eigenen Prinzipien gesehen wird):

„Mit ihrem autoritären Hegemonialstreben zwingen Staaten wie China und Russland, die Menschen- und Bürger*innenrechte systematisch aushebeln, andere Staaten nicht nur in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit, sondern sie wollen auch Europa spalten“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2020a, S. 218).

Auf Basis der gruppenbestimmenden Werte spiegeln sich diese Gruppenbeziehungen auch im Diskurs um den Russisch-Ukrainischen Krieg wider. Nach dem Euromaidan und den damit verbundenen Bestrebungen der Ukraine, sich der EU anzunähern, sowie der fortschreitenden Demokratisierung wird die Ukraine als Teil der eigenen westlichen Wertegemeinschaft gesehen. Dass Russland diese Entwicklung der Ukraine nicht nur nicht anerkennt, sondern die Ukraine militärisch unter Druck setzt, spiegelt einerseits in der Art des Vorgehens, aber auch in dem Ziel, die ukrainischen Bestrebungen der Westannäherung und Demokratisierung zu unterbinden, die Verachtung Russlands der für die Partei identitätsstiftenden Werte wider. Dies verfestigt im Hinblick auf den Russisch-Ukrainischen-Krieg die Zuordnung bei der Gruppenbeziehung - der Ukraine als „Freund“ und Russlands als „Feind“:

„Es war und bleibt dieser unbedingte Wille auf einen eigenständigen, demokratisch legitimierten Weg, den die Regierung in Russland nicht begreifen kann und nicht anerkennen will. Auch acht Jahre nach dem Euromaidan, nach bedeutsamen Reformen und erfolgreichen demokratischen Wahlen in der Ukraine leugnet das russische Staatsoberhaupt weiter die Souveränität der Ukraine, ignoriert deren Verfassung und degradiert unseren Partner zu einem vermeintlichen „künstlichen Konstrukt“. Es sind derlei Aussagen in Verbindung mit den wiederkehrenden militärischen Bedrohungen – sei es im Asowschen Meer oder mit den Truppenaufmärschen an der Grenze jetzt gerade –, die schmerzhaft deutlich zeigen, dass sich Präsident Putin in offener Ablehnung zu den Werten positioniert, die wir gemeinsam in Europa vereinbart haben“ (Robin Wagener, 09.12.2021).

Aber trotz der Tatsache, dass Russland systemischer Rivale ist, der die eigenen Werte, sowie die Entwicklung der Ukraine hin zu diesen Werten nicht respektiert und mit militärischen Drohungen agiert, wird die Notwendigkeit betont, nicht „gegen Russland“, sondern „mit Russland“ zu

arbeiten (Eine Formulierung, welche im späteren Teil der Diskursanalyse noch einmal relevant werden wird). Dies ist erneuter Ausdruck der klaren Präferenz eines Konfliktlösungsmodus der Kooperation und der Diplomatie vor der Konfrontation zur Eskalationsvermeidung:

„Ich sage auch deutlich: Gute Beziehungen zur Ukraine richten sich gegen niemanden, auch nicht gegen Russland. Sicherheit in Europa wird es nicht gegen Russland geben, [...] aber wir wollen Sicherheit in Europa mit Russland“ (Trittin, 2021).

Auch ein weiterer Problemlösungsansatz ist Ausdruck für den Glauben an die Wirkmächtigkeit der eigenen Wertvorstellungen von Demokratie und den darauf basierenden internen Gruppenbeziehungen. Da die eigene Gruppenzuschreibung eines Wertebündnisses generell offensteht für diejenigen, welche die Wertebasis von Demokratie und Menschenrechten teilen, können zu diesem nicht nur Staaten, sondern auch Individuen, soziale Bewegungen in autoritären Staaten gehören, welche sich für diese Werte einsetzen. Diese Bestrebungen zu unterstützen, sieht die Partei als ihre Aufgabe an, in der Hoffnung, dass diese demokratischen Oppositionen den Wandel innerhalb der autoritären Staaten zu den befürworteten Werten bringen:

„Diese Drohung richtet sich besonders an die Tausenden von mutigen Menschen in Belarus, die trotz willkürlicher Verhaftungen, die trotz Folter immer wieder auf die Straße gehen und für einen demokratischen Wandel demonstrieren. Das ist der Mut, vor dem Wladimir Putin und alle anderen Autokraten dieser Welt Angst haben. Und das ist der Mut, den wir unterstützen müssen“ (Brugger, 2020).

Wie stark der Glaube an die Kraft dieser Werte und zivilgesellschaftlicher Partner in autoritären Regimen war (und wie sehr die reale Kriegsgefahr unterschätzt wurde), zeigt die auch noch wenige Tage vor Russlands Invasion in die Ukraine vorgetragene Einschätzung, dass vor dem Hintergrund des massiven Truppenaufmarschs an der russisch-ukrainischen Grenze zu viel über Waffensysteme geredet werde und zu wenig über die Unterstützung und Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft. So sei die „außenpolitische Aggression des Kremls ... nur eine Facette der Machtsicherung des Apparats“ (Wagener, 2022b), während die demokratischen Bestrebungen im Inland immer weiter unterdrückt würden. Daher wurde gefordert, eben diese zivilgesellschaftlichen Akteure zu unterstützen als Mittel gegen weitere Autokratisierung, aber auch gegen die militärischen Drohungen, die von dieser Autokratie in Russland ausgehen:

„Den Zivilgesellschaften müssen wir unsere Aufmerksamkeit widmen. Sie und ihren Einsatz müssen wir unterstützen und damit eine neue strategische Widerstandsfähigkeit gegen Aggression und Autokratie entwickeln“ (Wagener, 2022b).

5.1.3 Abrüstung und Kontrolle von Rüstungsexporten

Weitere klare Prinzipien der Partei sind die Ziele der Abrüstung, die Verhinderung von weiterer Aufrüstung und der strikten Kontrolle von Rüstungsexporten. Die Grünen sehen es als ihre Pflicht, sich für Abrüstung, eine Welt ohne Atomwaffen und eine Reduzierung von Rüstungs- und Militärausgaben einzusetzen. Diese Handlungsmaximen werden als zentrale Wege gesehen, die Welt sicherer und stabiler zu machen.

So wird Aufrüstung grundsätzlich verurteilt und häufig vor der Logik der Rüstungsspirale kritisiert, wonach als Reaktion auf militärische Aufrüstung einer Seite von der Gegenseite mit weiterer Aufrüstung reagiert wird und die Eskalationsspirale weiter vorangetrieben wird. Dabei wird darauf verwiesen: „das ist die Spirale des Kalten Krieges. Wir sollten eigentlich etwas aus dem Kalten Krieg gelernt haben“ (Hofreiter, 2016). Entgegen der selbst bevorzugten Entwicklung hält die Partei aber durchaus fest, dass es einen weltweiten Trend zu höheren Rüstungsausgaben gibt und „die längst überwunden geglaubte Logik der Abschreckung von allen Seiten wieder in Gang gesetzt wird“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2017, S. 66). Grundsätzlich wird (auch vor dem Hintergrund der Rüstungsspirale) die These abgelehnt, dass durch Rüstung Sicherheit geschaffen wird, sondern im Gegenteil davon ausgegangen, dass diese reduziert wird („nicht mehr Sicherheit für uns, sondern mehr Unsicherheit für alle“ (Brugger, 2017). Diesen Prinzipien folgend wird das Ziel der NATO, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, als falsch und gefährlich abgelehnt. Statt mehr Geld für Rüstung auszugeben, wird gefordert, dieses Geld an anderen Stellen auszugeben, an denen es aus Sicht der Partei sinnvoller investiert ist. Hierfür werden häufig Bildung, Klimaschutz oder Entwicklungshilfe genannt. Auf Ebene der Außenpolitik gab es so beispielsweise die Forderung von Ausgaben über „0,7 Prozent für globale Entwicklung statt zwei Prozent für Aufrüstung“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2017, S. 87f.). Die Argumentation dahinter war, dass durch Entwicklungszusammenarbeit und zivile Krisenprävention eine tatsächliche und nachhaltige Verbesserung der internationalen Sicherheitslage erreicht werden kann. Dies illustriert erneut den Grundsatz des Vorrangs der Kooperation vor der Konfrontation und die bevorzugten Mittel zur Vermeidung militärischer Konflikte:

„Mehr Geld für Militär und Rüstung, das verengt die sicherheitspolitische Debatte auf das rein Militärische. Dabei gerät einmal mehr all das, was wirklich mehr Sicherheit schafft und Konflikte nachhaltig löst, erst recht aus dem Blick. Es ist auch viel Geld, das eindeutig besser in Klimaschutz, in Bildung und in zivile Krisenprävention investiert wäre“ (Brugger, 2017).

Der Überzeugung folgend, dass mehr Waffen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit schaffen, ist der Partei zufolge nicht nur eine Verhinderung weiterer Aufrüstung, sondern auch eine Verringerung bestehender Waffenarsenale durch Abrüstung nötig. So möchte sich die Partei dem globalen Trend zu mehr Rüstung entgegenstellen und fordert: „Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2017, S. 84). Ein Fokus der Partei liegt dabei auf der Abrüstung von Atomwaffen mit dem langfristigen Ziel einer „Welt ohne Atomwaffen“. Neben dem desaströsen Zerstörungspotenzial nuklearer Waffen wird argumentiert, dass Ausgaben für Atomwaffen nicht ihr Ziel erfüllen, da das Abschreckungspotenzial der Waffen nicht den erhoffen Effekt auf die Konfliktvermeidung hat: „Ein Atomkrieg ist rational nicht führbar und kann daher auch niemanden glaubhaft abschrecken“ (Keul, 2021). Ein Schritt zur nuklearen Abrüstung soll zunächst eine völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen sein (Bündnis 90/Die Grünen, 2017, S. 84). Darüber hinaus wird ein stärkerer europäischer Einsatz gefordert. Hierzu sollen Frankreich und Großbritannien als europäische Atommächte ihre Arsenale reduzieren und auch die EU „als Zivilmacht und Friedensnobelpreisträgerin darf nicht selbst zur Atommacht werden“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2014). Allgemein soll die EU zu einer Treiberin der nuklearen Abrüstung werden, indem sie einerseits nach innen Mitgliedsstaaten zur eigenen Abrüstung bewegt, aber sich auch international für diese einsetzt (Bündnis 90/Die Grünen, 2019, S. 140). Dabei ist man auch bereit, eine „Strategie kalkulierter einseitiger Vorleistungsschritte“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2014, S. 117) zu wagen, um den eigenen guten Willen zu zeigen und auf diese Weise wieder Vertrauen zu schaffen.

Auch im Bereich anderer Massenvernichtungswaffen und konventioneller Waffensysteme strebte die Partei eine Abrüstung an. Hierfür wurde beispielsweise auf die Wiederbelebung bestehender Formate wie den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) verwiesen, welcher „Russland und die NATO-Staaten zu Einschnitten in der konventionellen Rüstung zwingen würde“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2014, S. 117). Weiteres vorgeschlagenes Mittel war die Förderung internationaler Organisationen als Form für den Dialog. So solle beispielsweise die OSZE finanziell und personell besser ausgestattet werden und die Bundesrepublik in diesem Rahmen ihr Engagement für Abrüstung erhöhen (Bündnis 90/Die Grünen, 2020a, S. 249). Diese Ansätze zur nuklearen und konventionellen Abrüstung verdeutlichen erneut den oben beschriebenen Glauben der Partei an Diplomatie, Multilateralismus und internationale Organisationen zur Erreichung ihrer Ziele.

Dieser Glaube wurde auch nach der Annexion der Krim nicht erschüttert. So wurde zwar eine „veränderte Sicherheitslage“ diagnostiziert, aber eine Wiederinstandsetzung von 100 alten, ausgemusterten Kampfpanzern wurde dennoch als „Rezept des kalten Krieges“ kritisiert:

„Zum einen hilft es wirklich sicherheitspolitisch nicht viel, was Sie machen, Frau von der Leyen. Unbestritten ist: Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich verändert – ja! – durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. Und: Ja, wir müssen die Sicherheitsbedenken unserer Verbündeten ernst nehmen. Aber nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben keinen neuen Kalten Krieg in Europa, und deswegen ist es falsch, mit den Rezepten des Kalten Krieges auf die veränderte Sicherheitslage zu reagieren. [...] Die Beschaffung von über 100 Kampfpanzern ist eben keine kluge Antwort auf die veränderte Sicherheitslage. Meine Fraktion und ich sind überzeugt, dass man Wladimir Putin viel einfacher und effektiver auf einen friedvolleren Weg, auf einen Weg des Völkerrechts führen könnte, und zwar, indem man diese Mittel investieren würde in Verifikation, in Rüstungskontrolle, in Abrüstung statt in 100 Kampfpanzer, die am Ende des Tages viel Geld kosten, aber den bestehenden Sicherheitsbedenken alles andere als gerecht werden“ (Lindner, 2016).

Ein weiterer Aspekt, mit dem die Grünen zur globalen Abrüstung beitragen wollen, ist die Reduktion von deutschen Rüstungsexporten. Die Forderung „Exporte deutscher Waffen an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2021a, S. 6) war auch einer der Schwerpunkte der Partei im Bundestagswahlkampf 2021. Dies ist beispielsweise daran zu erkennen, dass diese Forderung im Kurzwahlprogramm der Partei steht (Bündnis 90/Die Grünen, 2021a) oder auf dem dazugehörigen Wahlplakat, auf welchem die Forderung mit einer weißen Friedenstaube abgebildet ist (Bündnis 90/Die Grünen, 2021b).

Aber auch vor dem Bundestagswahlkampf 2021 kritisierten die Grünen die Bundesregierung schon länger dafür, dass sie sich nicht an ihre eigenen „Politische(n) Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ hält. Wie bereits beschrieben sehen diese vor, dass die Bundesregierung keine Lieferungen von „Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern“ an Länder genehmigt, welche in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder in denen eine solche Auseinandersetzung droht, wobei auch die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine Rolle bei der Entscheidung spielt (Bundesregierung, 2000, S. 6). Besonders stark ist die Kritik an Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, da das Land einen „völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jemen“ führt (Bündnis 90/Die Grünen, 2016b). Wegen einer Beteiligung an der „Militärintervention im Jemen“ – wie der Konflikt offiziell genannt wird – wurden aber auch Rüstungsexporte an andere Staaten,

beispielsweise Katar kritisiert (Bündnis 90/Die Grünen, 2016a, S. 5). Neben der Kriegsbeteiligung beider Länder werden die Waffenlieferungen auch vor dem Hintergrund von dortigen Menschenrechtsverletzungen angeprangert:

„Rüstungsexporte in Konfliktgebiete und an Staaten mit hochproblematischer Menschenrechtssituation und Kriegsparteien wie Saudi-Arabien und Katar sofort zu stoppen und diesen Staaten keine neuen Genehmigungen zu erteilen“ (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2017).

Wie ausschlaggebend der Grundsatz, auch nicht an Staaten mit bestehenden Menschenrechtsverletzungen zu liefern, für die Grünen ist, zeigt, dass sie sich auch für die Beendigung von Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei aussprechen:

„Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Darum werden wir deutsche Rüstungsexporte in die Türkei stoppen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2017, S. 76).

Als den genannten politischen Grundsätzen der Bundesregierung widersprechend kritisierten die Grünen also die Lieferungen von Waffen an Regime „in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind [und] an Kriegsparteien“ (Brugger, 2017). Um zu unterbinden, dass es in Zukunft zu Waffenexporten an solche Staaten kommt, fordern die Grünen eine „restriktive Rüstungspolitik“. Dies ist aber keine Abweichung von der formellen Regierungslinie, welche ihren eigenen „politischen Grundsätzen“ nach in „dem Bestreben, ihre Rüstungsexportpolitik restriktiv zu gestalten“ ist (Bundesregierung, 2000, S. 1). Vielmehr werden vergangene Regierungen dafür kritisiert, diese eigentlich strengen Grundsätze „ausgehebelt“ zu haben (Bündnis 90/Die Grünen, 2016a, S. 5) und somit bestehende Werte für wirtschaftliche Interessen verkauft zu haben:

„Vor allem unter der Regierung Merkel fielen jegliche Schamgrenzen, wenn es darum ging, Milliarden deals auch mit autoritären Staaten wie Saudi-Arabien zu machen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2013, S. 309).

So unterscheidet sich die Linie der Grünen dadurch, dass sie diese offiziellen politischen Grundsätze in Bundesgesetz überführen möchten, um diese rechtlich bindend zu machen und De-Facto-Umgehungen in Zukunft zu verhindern (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2017, S. 4).

In dieses Muster der Kritik der Grünen an der Bundesregierung für eine zu wenig restriktive Rüstungsexportpolitik kam im Mai 2021 ein für damalige Verhältnisse ungewöhnlicher Impuls.

Wie in der anfänglichen Beschreibung der Diskussionen um Waffenlieferungen und deren Verlauf (3.2.) aufgearbeitet, lehnte die Bundesregierung schon in der frühen Phase des Krieges im Donbass Waffenlieferungen an die Ukraine ab mit Verweis auf die restriktive Rüstungsexportpolitik (Politische Grundsätze der Bundesregierung) und die Tatsache, dass man durch Waffenlieferungen Russland nicht provozieren und den Konflikt so weiter eskalieren lassen wolle (Küstner, 2023). Doch dann überraschte Robert Habeck bei einem Besuch in der ostukrainischen Frontregion mit einem Vorstoß, der Ukraine Defensivwaffen zu Verfügung stellen zu wollen: „Waffen zur Verteidigung, zur Selbstverteidigung, kann man meiner Ansicht nach, Defensivwaffen, der Ukraine schwer verwehren“, dies wäre lediglich „Hilfe zur Selbsthilfe“ (Bullion, 2021).

Für diese Aussagen ertete Habeck von den Linken bis zur Union parteiübergreifend Kritik und auch die Bundesregierung unterstrich ihre Linie einer restriktiven Rüstungspolitik (Der Spiegel, 2021). Insbesondere an der Reaktion seiner eigenen Partei lassen sich die beschriebenen vorherrschenden ideologischen Normen der Partei gut erkennen. So kritisierte beispielsweise Jürgen Trittin die Forderungen Habecks, da diese „unserem Grundsatz widersprechen, dass wir keine Waffen in Kriegsgebiete exportieren“. Zudem verwies Trittin darauf, dass der Konflikt politisch zu lösen sei und Waffenlieferungen bestehende diplomatische Handlungserfolge gefährden würden. Stattdessen sei mit der OSZE auf internationale Organisationen zu setzen:

„Die bisherige gemeinsame europäische Position ist, dass der Konflikt in der Ukraine nur politisch zu lösen ist und nicht militärisch. Waffenlieferungen untergraben die Umsetzung des Abkommens von Minsk weiter [...]. Jede Abwehrwaffe kann auch offensiv genutzt werden. Im Vordergrund muss stehen, die Aufklärungsmöglichkeiten der OSZE zu stärken – und nicht einseitig die einer Konfliktpartei“ Jürgen Trittin im Zeitungsinterview (Vates, 2021).

Angesichts der Kritik „präzisierte“ Habeck seine Forderung, beziehungsweise ruderte in Bezug auf Waffenlieferungen zurück. So sprach er sich lediglich dafür aus, dass man der Ukraine „Nachtsichtgeräte, Aufklärungsgeräte, Kampfmittelbeseitigung, Medivacs“ liefere (May, 2021). Von Defensivwaffen habe er nur deshalb gesprochen, da auf gepanzerten Fahrzeugen Maschinengewehre befestigt werden könnten und diese nur deswegen als Waffe eingestuft werden. Er habe sich für die Lieferung solcher Fahrzeuge ausgesprochen, da diese maßgeblich für den Transport von Verwundeten gedacht sind. Auf die Frage, ob seine Forderungen, der Ukraine Defensivwaffen zu liefern, nicht im Widerspruch zum grünen Wahlprogramm stehen, verteidigte Habeck dies mit dem Hinweis auf das Recht auf Selbstverteidigung:

„Zum Wahlprogramm oder auch zur Exportrichtlinie der Bundesregierung einmal gesagt: Die Frage ist, wie man auf die Situation schaut. Wenn ein Land angegriffen wird, dann gibt es auch die Möglichkeit zu helfen. Die Krim ist besetzt. In den getrennten Gebieten werden russische Pässe ausgegeben. Der Außenminister von Russland droht, dass seine Truppen dort einmarschieren. Scharfschützen erschießen die Soldaten an der Grenze. Da nicht defensiv zu helfen, ist schwierig, wenn man sagt, die Ukraine kämpft für ihre Freiheit“ (May, 2021).

Außerdem blieb er bei seiner Linie, dass die Ukraine stärker unterstützt werden müsse, da sie nicht nur ihre eigene Freiheit verteidige:

„Die Ukraine kämpft hier nicht nur für sich selbst, sondern die Ukraine verteidigt auch die Sicherheit Europas hier. Wenn das fällt und sie fühlen sich bedroht, dann ist das eine Einladung an Russland, andere Konflikte ebenfalls eskalieren zu lassen“ (May, 2021).

Dennoch zeigte die heftige Kritik und schnelle Eindämmung der Debatte, dass die Position Habecks aufgrund der damaligen ideologischen Überzeugungen in der Partei nicht anschlussfähig und eigentlich etwas „nicht Sagbares“ war.

Im Dezember 2021 begann erneut eine verstärkte Debatte über Waffenlieferungen an die Ukraine, da diese angesichts des russischen Truppenaufmarsches zusätzliche Waffen aus westlichen Staaten kaufen wollte. Wolodymyr Selenskyj kritisierte in diesem Zuge die deutsche Blockadehaltung, mit welcher die Lieferung von Waffensystemen in einer Kooperation mit der NATO verhindert wurde. Die deutsche Außenministerin rechtfertigte dies mit einem „Gebot der Deeskalation“ (lpb-bw.de, 2024). Zudem wurde darauf verwiesen, dass die restriktive Rüstungspolitik Deutschlands auf die Lehren aus den deutschen Kriegsverbrechen zur Zeit des Dritten Reiches zurückgehe:

„Deutschland ist für die schwersten Menschenrechtsverletzungen auf dem Boden der Ukraine verantwortlich, so auch für das Verbrechen von Babyn Jar, wo innerhalb weniger Stunden 33.771 Menschen durch SS und Wehrmacht ermordet wurden. Das ist eines von vielen deutschen Verbrechen auf dem Boden der Ukraine, Russlands und Belarus'. Die strategische Zurückhaltung bei Waffenlieferungen sollte niemals als unterlassene Hilfeleistung missverstanden werden, nicht in Kiew und schon gar nicht in Moskau. In dieser Frage kann sich niemand parteipolitische Bequemlichkeit oder simple Überschriftenpolitik leisten. Das ist eine Gewissensfrage [...]. Denn wir wollen und werden das Leben der Menschen schützen. Unsere im Koalitionsvertrag vereinbarte grundsätzlich restriktive Rüstungspolitik rührt aus der Verantwortung unserer Geschichte und ist zugleich Ergebnis der gesellschaftspolitischen Entwicklung seit 1945

[...]. Sie ist kein Ausdruck mangelnder Solidarität mit der Ukraine und steht auch dafür, dass wir fest an der Seite der europäischen Friedensordnung stehen“ (Wagener, 2022d).

Stattdessen wird auf die Erweiterung und Verschärfung der Sanktionen verwiesen, welchen eine höhere Wirksamkeit zugeschrieben wird:

„Eine überhitzte Debatte um Waffenlieferungen schafft keine Klarheit. Sie überlagert die Diskussion zu wirkungsvollen Sanktionen. Sanktionen träfen derzeit zielgenauer, als Waffen es tun, und Sanktionen gefährden nicht das Leben der Soldaten oder der Zivilbevölkerung in der Ukraine oder in Russland. Aber sie gefährden den Machtapparat im Kreml, der für die Bedrohung unseres Friedens verantwortlich ist, den Machtapparat, dem wir mit einer geschlossenen Haltung und klaren Sanktionsdrohungen entgetreten und unmissverständlich deutlich machen, dass die europäische Friedensordnung nicht verhandelbar ist und weitere Verletzungen der territorialen Integrität der Ukraine harte politische und wirtschaftliche Konsequenzen hätten, wobei wir im Übrigen keine Sanktionen voreilig vom Tisch nehmen sollten“ (Wagener, 2022d).

Zusammenfassend lässt sich über die außenpolitische Ideologie der Grünen in Bezug auf Russland und den Russisch-Ukrainischen Krieg sagen: Der Glaube daran, dass Frieden in Europa nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich sei, führt dazu, dass auf bestehende Dialogformate gesetzt wird, um den Konflikt politisch zu lösen. Auch wenn autoritäre Tendenzen, Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung internationaler Normen durch Russland mit Sorge gesehen werden und eine zunehmende Systemkonkurrenz beschrieben wird, überwiegt die Überzeugung, dass man mit Russland immer reden kann. So wird auf eine kooperative Konfliktlösung gesetzt und Waffenlieferungen abgelehnt, um den Konflikt nicht weiter eskalieren zu lassen. Die Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine spiegelt also die Grundsätze wider, Konflikte durch Diplomatie, zivile Prävention und multilaterale Verhandlungen zu lösen, statt durch militärische Mittel.

5.2 Veränderung und Konsistenz nach der Invasion Russlands

In der Nacht vom 23. auf den 24.02.2022, begann Russland mit dem – durch den Truppenzusammenzug vorbereiteten – großangelegten Angriff auf die Ukraine. Was in der deutschen Gesellschaft und Politik zuvor als Drohung wahrgenommen, aber selten als tatsächlich realistisch mögliche Option gesehen wurde, wurde wahr. In Reaktion sagte Annalena Baerbock in einer Rede am Tag der Invasion Russlands: „Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht“ (Baerbock, 2022b). Bildlich traf dies nicht nur auf die Situation der Ukrainer:innen zu, sondern auch auf das Weltbild vieler Mitglieder und Politiker:innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen, welches durch den russischen Angriff erschüttert wurde.

In den ersten Tagen nach der neuen Eskalation des Krieges verblieben die Bundesregierung und die Grünen zunächst bei ihren bisherigen Positionen. Während andere westliche Staaten begannen, Waffenlieferungen an die Ukraine zuzusagen, bekräftigte die Bundesregierung ihr Nein zu deutschen Waffenlieferungen. Gleichzeitig wurden die Forderungen der Ukraine an Deutschland zur Lieferung konkreter Waffen lauter (Melnyk, 2022). Robert Habeck, der sich wie dargestellt bereits vor der Invasion für die Unterstützung der Ukraine mit „Defensivwaffen“ ausgesprochen hatte, kommentierte die anfängliche deutsche Zurückhaltung knapp und distanziert: „Hier und heute kann ich nur die Position der Bundesregierung wiedergeben. Wir werden keine Waffen an die Ukraine liefern“ (Stiens et al., 2024). Sonst wurde von Seiten der Grünen auf Konfliktbearbeitung durch Sanktionen und eine geeinte internationale Reaktion gesetzt. Im Sinne der ideologischen Kategorie „Ressourcen unserer Macht“ bedeutet dies, dass aufgrund der starken Gruppenbeziehungen der eigenen Gruppe und der wirtschaftlichen Stärke härtere Sanktionen als Reaktion ausreichen sollen, um Russland zu Kursänderungen zu bewegen:

„Der Fokus liegt jetzt auf einer geeinten, harten und umfassenden Antwort der EU und der internationalen Gemeinschaft mit wirtschaftlichen Mitteln auf das russische Vorgehen [...]. Wir haben unmissverständlich klar gemacht, dass es jetzt harte Sanktionen geben wird“, so Robert Habeck (Stiens et al., 2024).

Doch am Abend des 26.02. folgte dann der eigene Kurswechsel und die Bundesregierung teilte mit, dass sie – unter grüner Beteiligung – die Lieferung von Panzerabwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen an die Ukraine beschlossen hat. In der Begründung wurde dabei die Pflicht Deutschlands betont, die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die „Invasionsarmee von Wladimir Putin“ zu unterstützen (Bundesregierung, 2022).

5.2.1 Befürwortung von Waffenlieferungen

Am kommenden Tag rechtfertigen Annalena Baerbock und Robert Habeck die Waffenlieferungen an die Ukraine bei einer Regierungserklärung im Bundestag – der Sitzung, in der Olaf Scholz seine Zeitenwende-Rede hielt. Auch in diesen Reden wurde das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine nach internationalem Völkerrecht betont:

„Russland hat die Ukraine rücksichtslos angegriffen. Und die Ukraine hat wie jedes Land dieser Welt ein Recht auf Selbstverteidigung, verbrieft in der Charta der Vereinten Nationen“ (Baerbock, 2022a).

Aus der Not eines angegriffenen Staates erwächst demnach die Pflicht, diesem Land bei seiner Verteidigung zu helfen. Weniger rechts-formell, aber in besonders eindringlicher Bildsprache stellt dies Habeck heraus, indem er die Invasion Russlands in der Ukraine mit einer Vergewaltigung vergleicht. Dabei interpretiert er Äußerungen Wladimir Putins dahingehend, dass die Ukraine sich in Putins Augen gegen eben diese „militärische Vergewaltigung“ nicht wehren solle, da sie nichts gegen ihr Schicksal tun könne.

„Es ist die Freiheit, die Putin fürchtet. Er hat es selbst gesagt in einer Nebenbemerkung bei einem Gespräch mit dem französischen Präsidenten Macron, als er ein russisches Kinderlied zitiert hat, das Mädchen manchmal beim Kämmen der Haare vorgesungen wird, wenn es zieht. Das ist aber auch ein Synonym für Vergewaltigung: Die Ukraine solle sich nicht so anstellen, sie würde jetzt halt vergewaltigt werden. – So hat der Präsident gesprochen. Er weiß, was er tut. Und wer bei einer militärischen Vergewaltigung zuschaut, macht sich schuldig. Deswegen müssen wir handeln, und wir müssen unsere Position so stark machen, dass wir der Ukraine in dieser Stunde der militärischen Vergewaltigungsnot helfen“ (Habeck, 2022).

Mit dieser Metapher schließt Habeck an das schon vor der Invasion vorhandene Ideologem der „Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren“ an. Möchte man ein solches regelbasiertes internationales System verteidigen, erschließt sich dadurch auch, bei der Verteidigung des „Schwächeren“ gegen den „Stärkeren“ zu helfen. Außerdem macht Habeck deutlich, dass es sich dabei um eine Beistandspflicht handelt, da jemand, der in einer solchen Notsituation Hilfe verweigert, eine Mitschuld auf sich lädt. Über die Schuld schlägt Habeck eine Brücke zu der historischen Verantwortung Deutschlands aufgrund seiner Kriegsverbrechen zur Zeit des Nationalsozialismus, mit denen Deutschland eine enorme Schuld auf sich geladen hat, aus welcher

für viele (und früher auch die Grünen⁶) eine pazifistische Pflicht erwächst. Doch vor dem Hintergrund der Pflicht, einem „schwächeren“, angegriffenen Staat in Not zu helfen, leitet Habeck auch eine Mitschuld ab bei sehender Unterlassung dieser Hilfeleistung. Daraus schlussfolgert Habeck, dass aus der historischen Schuld Deutschlands nicht eine generelle Pflicht zum Pazifismus folgt, welchen er für achtenswert, aber an dieser Stelle falsch hält. Stattdessen entsteht für Habeck aus der historischen Schuld Deutschlands die Verantwortung, keine weitere Schuld mehr auf sich zu laden. Damit knüpft Habeck an das Narrativ Fischers im Jugoslawienkrieg an, wonach das Prinzip „Nie wieder Völkermord“ Vorrang vor dem Prinzip „Nie wieder Krieg“ hat. Vor dem Hintergrund der Pflicht, die Ukraine in ihrer Notsituation bei der Verteidigung zu unterstützen, und der deutschen Verantwortung nicht die nächste Schuld – wenn auch durch Unterlassen – auf sich zu nehmen, befürwortet Habeck die Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine:

„Umgekehrt ist die deutsche Geschichte eine schwere Hypothek. Ukraine, Russland, Polen, Belarus: Wir wissen ja gar nicht, bei welchem Land wir uns zuerst entschuldigen sollen aufgrund all der Massaker, der Angriffskriege und des Wütens von Deutschen in diesen Ländern. Insofern achte ich – und ich achte es hoch – eine Position des unbedingten Pazifismus, die sich sicherlich auch aus dieser Geschichte ableitet und sagt: Wir können nicht weiter die nächste Schuld auf uns laden.

Ich achte sie, aber ich halte sie für falsch; denn schuldig werden wir trotzdem. Wir kommen nicht mit sauberen Händen aus der Sache raus. Deswegen ist die Korrektur, die die Bundesregierung gemacht hat, also die Bereitschaft, Waffen zu liefern, richtig. Sie ist richtig, weil nur eine Position, die sagen würde: „Nur wenn niemand Waffen liefert, ist alles richtig; also lassen wir die Ukraine alleine, hoffen wir darauf, dass sie schnell überrannt wird“, die logisch konsequente Position wäre. Diese Position können wir aber aus den genannten Gründen nicht einnehmen. Deswegen, so schwer es ist: Es ist die richtige Positionierung und die richtige Entscheidung“ (Habeck, 2022).

⁶ Vergleiche beispielsweise – wie oben ausgeführt – die Begründung gegen Waffenlieferungen auf Basis eben jener deutschen Verantwortung für Kriegsverbrechen während der NS-Zeit: „Deutschland ist für die schwersten Menschenrechtsverletzungen auf dem Boden der Ukraine verantwortlich, so auch für das Verbrechen von Babyn Jar, wo innerhalb weniger Stunden 33 771 Menschen durch SS und Wehrmacht ermordet wurden. Das ist eines von vielen deutschen Verbrechen auf dem Boden der Ukraine, Russlands und Belarus’. Die strategische Zurückhaltung bei Waffenlieferungen sollte niemals als unterlassene Hilfeleistung missverstanden werden, nicht in Kiew und schon gar nicht in Moskau. In dieser Frage kann sich niemand parteipolitische Bequemlichkeit oder simple Überschriftenpolitik leisten. Das ist eine Gewissensfrage [...]. Denn wir wollen und werden das Leben der Menschen schützen. Unsere im Koalitionsvertrag vereinbarte grundsätzliche restriktive Rüstungspolitik rührt aus der Verantwortung unserer Geschichte und ist zugleich Ergebnis der gesellschaftspolitischen Entwicklung seit 1945 [...]. Sie ist kein Ausdruck mangelnder Solidarität mit der Ukraine und steht auch dafür, dass wir fest an der Seite der europäischen Friedensordnung stehen“ (Wagener, 2022d).

Auch wenn Habeck überzeugt ist, dass Deutschland eine Pflicht zu Waffenlieferungen an die Ukraine zu deren Selbstverteidigung hat, so zeigt er doch innere Zweifel, stellt klar, dass es keine optimale Lösung gibt („Wir kommen nicht mit sauberen Händen aus der Sache raus“) und dass die Entscheidung zur Lieferung von Waffen – auch wenn sie aus der einen Pflicht als folgerichtig wahrgenommen wird und er sich schon vor der Invasion für solche Lieferungen ausgesprochen hat – nicht leichtfällt. So verweist er auf das früher handlungsleitende Prinzip des Mechanismus der Eskalationsspirale, womit gegen Aufrüstung und für Abrüstung argumentiert wurde. Doch wird für die Richtigkeit von Waffenlieferungen argumentiert – auch wenn deren genaue Folgen nicht absehbar sind, da andere Handlungsmaximen die Vermeidung der Eskalationsspirale „stechen“. Diese sind einerseits die Unterstützung der Ukraine bei der Selbstverteidigung. Andererseits werde nicht nur die Ukraine verteidigt, sondern auch zentrale eigene Werte (Demokratie und Freiheit), wodurch sich eine „Solidarität“ mit diesen Werten und damit auch mit jenen ergibt, welche diese Werte verteidigen, in diesem Fall die Ukraine:

„Sie ist richtig, aber ob sie gut ist, das weiß heute keiner. Ich weiß es auch nicht. Ich habe mich immer sehr offen dafür gezeigt, diesen Schritt zu gehen. Denn wer weiß schon, wie sich dieser Krieg entwickelt? Und wer weiß, ob aus dieser Entscheidung heraus nicht weitere Entscheidungen getroffen werden und wir nicht irgendwann lauter Waffen für einen dauerhaften, langen Krieg in Europa liefern? Auch das ist möglich. Wir müssen uns deswegen von der Grundprinzipienfrage leiten lassen, warum wir uns solche schweren, auch uns an die Grenze führenden Entscheidungen zumuten. Diese Antwort kann nur in der Solidarität mit der Freiheit und der Demokratie der Völker und der Menschen stehen, die für diese kämpfen“ (Habeck, 2022).

Auch Baerbock machte in ihrer Rede deutlich, dass die Invasion Russlands mehr ist als ein Angriff auf die Ukraine, dass dies auch ein Angriff auf westliche Werte ist. Und insbesondere jene Werte, welche – wie oben beschrieben – so identitätsstiftend und handlungsleitend für die Grünen sind (Frieden, internationales Völkerrecht, regelbasierte internationale Ordnung):

„Dieser Krieg ist ein Angriff auf unseren Frieden in Europa. Dieser Krieg ist ein Angriff auf unsere Freiheit. Dieser Krieg ist ein Angriff auf das internationale Völkerrecht. Dieser Krieg ist ein Angriff auf all die Werte einer regelbasierten internationalen Ordnung. Dieser Krieg ist ein Angriff auf das menschliche friedliche Miteinander. Und es ist ein Krieg, der es nötig macht, dass wir die Grundfesten unseres außenpolitischen Handelns neu ziehen“ (Baerbock, 2022a).

Insofern stellt die Eskalation des Ukrainekriegs durch Russland eine neue qualitative Dimension dar, aufgrund welcher auch die Notwendigkeit zu einer Korrektur der eigenen, heißt deutschen und grünen Außenpolitik und damit implizit auch der eigenen Ideologie gesehen wird.

Es ist die „neue Welt“ in der wir nach Baerbock am Morgen der Invasion am 24.02.2022 aufgewacht sind, auf deren neuen Realitäten nun reagiert werden muss. Mit der Invasion wurden die russischen Drohungen, welche durch den Truppenzusammenzug geriert wurden, verwirklicht. Wie bereits dargestellt, wurde trotz dieser Drohungen bei den Grünen bisher davon ausgegangen, dass eine friedliche, kooperative Konfliktlösung mit Russland durch Diplomatie möglich ist. Der Schock des russischen Angriffs führte auch zu einer Anpassung des Russlandbildes, da Diplomatie mit Russland scheiterte und scheitern musste mit Verhandlungspartnern, welche kein Interesse an friedlichen Lösungen haben. Vor diesem Hintergrund wurden die Waffenlieferungen begründet, da, wenn kooperative Konfliktlösungsmechanismen versagt haben und von der Gegenseite augenscheinlich nicht angestrebt werden, sondern einseitig die Konfrontation auferlegt wurde, nur auf konfrontative Konfliktbearbeitung zurückgegriffen werden kann:

„Vor wenigen Wochen noch habe ich hier in diesem Saal zum Thema Waffenlieferungen gesagt, dass man eine Entscheidung für eine außenpolitische 180-Grad-Wende im richtigen Moment und bei vollem Bewusstsein treffen muss. Jetzt ist – so traurig das ist – der Moment dafür. Wir haben es bis zur letzten Minute mit Diplomatie versucht. Der Kreml hat uns hingehalten, belogen und sich all dem verweigert, wofür wir bisher als Europäerinnen und Europäer eingestanden haben. Putin wollte diesen Krieg – ‚whatever it takes‘“ (Baerbock, 2022a).

Auch die parlamentarische Geschäftsführerin der grünen Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, verteidigte die Kehrtwende mit Verweis auf die veränderte Situation. Während in der früheren „Krisensituation“ durch eine Unterlassung von Waffenlieferung Eskalation vermieden werden sollte, um so eine friedliche Konfliktlösung zu ermöglichen, kam es nun zu einer einseitigen Eskalation durch Russland. Und da diplomatische Lösungen mangels erkennbarer Bereitschaft Russlands – zumindest für den Moment – nicht möglich erscheinen, können diese diplomatischen Bestrebungen in der aktuellen „Kriegssituation“ auch nicht durch Waffenlieferungen torpediert werden (auch wenn früher explizit von einer Beendigung von Waffenlieferungen in „Kriegsgebiete“ gesprochen wurde⁷). Die Gefahr einer Eskalationsspirale in der Kriegssituation scheint hier ausgeklammert zu sein, stattdessen wird das Selbstverteidigungsrecht bemüht:

„Dass wir keine Waffenlieferungen in Krisengebiete befürworten, war bisher die Linie der Regierungen, der Großen Koalition und auch der Ampel. Waffenlieferungen in Krisengebiete haben bisher fast nie zu einer Verbesserung der Lage geführt. Die Gefahr ist immer, dass man Öl

⁷ Vergleiche beispielsweise Bundestagswahlprogramm 2021: „Wir machen uns deshalb stark für zivile Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische Rüstungsexporte an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete beenden“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2020a, S. 244).

ins Feuer gießt. Jetzt haben wir eine andere Situation, einen Überfall auf ein demokratisches Land. Die Ukraine hat das Recht, sich zu verteidigen. Das ist der Unterschied zu Waffenlieferungen in einen schwelenden Konflikt, von dem man noch nicht weiß, wohin er führt und wer dort welche Rolle spielt“, Irene Mihalic im Zeitungsinterview (Bubrowski, 2022).

Ein bemerkenswerter Unterschied zu den richtungswechselnden Entscheidungen der Grünen Anfang der 2000er-Jahre ist das Ausbleiben parteiinterner Konflikte und stattdessen eine – für viele Beobachter überraschende – Einigkeit, mit der die Partei die Waffenlieferungen mittrug, deren Idee noch vor Kurzem als ausgeschlossen galt und verurteilt wurde. So blieb der Widerspruch gegen die neue Linie der Grünen überschaubar. In den ersten Tagen nach Ankündigung der Waffenlieferungen wurde zwar ein offener Brief einer grünen Basisgruppe veröffentlicht, welcher einen Stopp der Waffenlieferungen aufgrund einer Gefahr einer unvorhersehbaren Eskalation und eine sofortige Verhandlungslösung forderte (Unabhängige Grüne Linke, 2022). Viele Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fanden sich für diesen Brief jedoch nicht. Und auch nur wenige der bekannteren Politiker der Grünen sprachen sich im Laufe der Zeit gegen den neuen Kurs der Partei aus. Als Ausnahmen lassen sich hierbei Hans-Christian Ströbele (Mitglied des Bundestages bis 2017 und ehemaliger stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Winfried Hermann (Verkehrsminister Baden-Württembergs) nennen, welche schon zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung in den Debatten um Kosovo- und Afghanistankrieg als Abweichler von der Parteilinie galten. In ihrer Argumentation beziehen sich die Politiker dabei ausdrücklich auf die pazifistische Tradition der Partei, warnen vor Gewaltspiralen, dem durch ein Mehr an Waffen entstehenden Mehr an Leid und fordern mehr Offenheit in ihrer Partei für Verhandlungslösungen (Bethke, 2022; Muschel, 2024). Alles Forderungen, welche vor der Invasion Russlands als Mainstream in der grünen Partei gelten können. Alles in allem war der Widerstand gegen die Kehrtwende in der Partei in Bezug auf Waffenlieferungen an die Ukraine aber sehr überschaubar, der neue Kurs der Bundesregierung wurde in der Parteiführung unterstützt.

Und auch an der Parteibasis konnte kein massenhafter Protest⁸ gegen die eigene Partei festgestellt werden, eine Welle von Parteiaustritten wie in Folge der Debatte um den Einsatz im Kosovo-Krieg blieb beispielsweise aus, stattdessen wuchs die Partei während ihrer Regierungszeit (Der Spiegel, 2024). Und auch die grüne Wählerschaft folgte der neuen Parteilinie. In einer Umfrage zwei Monate nach Ausbruch des Krieges sprachen sich 67% der Befragten mit

⁸ Natürlich gab es Berichte über Parteiaustritte, da grüne, pazifistische Prinzipien als verletzt gesehen wurden (vgl. bspw. Puschner, 2022), diese stellten jedoch eher Ausnahmen und Einzelfälle dar.

Parteipräferenz für das Bündnis 90/Die Grünen für die Lieferung von Waffen an die Ukraine aus (25% dagegen), der zweithöchste Wert nach den Anhänger:innen der FDP (70% Befürwortung) (Statista, 2024b). In den kommenden Jahren zeigten sich die Wähler:innen der Grünen als deutlichste Befürworter:innen von Waffenlieferungen an die Ukraine mit Zustimmungswerten von – je nach Umfrage und Fragestellung – 74% (Statista, 2024d) bis 90% (Statista, 2024c).

Auch bei den Abgeordneten der Partei zeigt sich die klare Unterstützung für die Waffenlieferungen an die Ukraine. Beispielsweise bei der Abstimmung über einen Antrag der Regierungsfractionen, die Ukraine mit mehr, auch schweren Waffen zu unterstützen (Ja-Stimmen: 112, Neinstimmen: 0, Enthaltungen: 2, Nicht abgegeben: 4 (Deutscher Bundestag, 2022a)). Und auch bei den analysierten Bundestagsreden und anderen Diskursfragmenten von grünen Politiker:innen zeigt sich die Einigkeit der Fraktion in Bezug auf die Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine. So findet sich im beschriebenen Corpus im Untersuchungszeitraum nach dem 24.02.2022 keine Rede gegen den neuen Kurs. Vielmehr zeigt sich eine klare Anknüpfung an die Argumentationsmuster von Baerbock und Habeck, welche diese zur Rechtfertigung des Positionswechsels anführten.

Starke Betonung findet dabei das Argument des Rechts auf Selbstverteidigung der Ukraine. So gibt es, allein schon durch die Formulierung der Konfliktbenennung, kaum einen Beitrag von grünen Politiker:innen, ohne eine klare Zuweisung der Schuld Russlands an dem Krieg, von welchem die Aggression ausging mit Formulierungen wie beispielsweise „Putins Angriffskrieg in der Ukraine“ (Häbelmann, 2022) oder „Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg“ (Wagener, 2022c). Dabei wird stets argumentiert, dass die Ukraine das Recht habe, sich gegen einen Aggressor zu verteidigen. Waffenlieferungen unterstützen die Ukraine dabei, ihre territoriale Integrität und die Bevölkerung zu schützen. So wird die Legitimität des ukrainischen Widerstands mit Verweis auf internationales Recht unterstrichen und die moralische Verantwortung abgeleitet, einen überfallenen Staat zu unterstützen. Außerdem wird mit dem Hinweis auf den Angriffskrieg und das Völkerrecht argumentiert, dass hierin der Unterschied zu anderen Konflikten bestehe, bei denen die Grünen Waffenlieferungen ablehnten:

„Weil wir da völkerrechtlich sehr eindeutige Verhältnisse haben – einen Angriffskrieg. Ein demokratisches Land wird von einer Diktatur überfallen. Da haben wir ein Land, von dem der imperialistische Staat gesagt hat, er will es kolonisieren. Russland will die ukrainische Sprache, Kultur und Selbstbestimmung zerstören“, Anton Hofreiter im Zeitungsinterview (Augstein, 2023).

So leitet sich für die Grünen zunächst aus dem Völkerrecht die Verpflichtung ab, die Ukraine bei der Selbstverteidigung zu unterstützen. Aber darüber hinaus ist es auch eine moralische Verpflichtung die Ukraine zu unterstützen, um Menschenleben zu schützen. Vor dem Hintergrund einer russischen Teilniedermachung sagte der damalige Co-Bundesvorsitzende Omid Nouripour:

„Gerade weil wir sehen, was im Kreml passiert, ist es erst recht notwendig, dass wir einen langen Atem haben bei der Unterstützung der Ukraine – und den werden wir haben; das ist unsere Verpflichtung. Auch der Schutz des Völkerrechts ist unsere Verpflichtung. Das tun wir auch in der Ukraine. Man sieht: Die Waffensysteme helfen, die Waffensysteme helfen, Leben zu schützen“ (Nouripour, 2022).

Neben der Tatsache eines Angriffskriegs, ist auch das Vorgehen des russischen Militärs gegen die Zivilbevölkerung ein Verstoß gegen das Völkerrecht, welches einen zentralen Wert der Grünen darstellt:

„Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, willkürliche Morde, Folterungen, Plünderungen, Verschleppen von Menschen – das russische Vorgehen in der Ukraine ist quasi ein Ritt durch das deutsche Völkerstrafgesetzbuch und die internationalen Konventionen“ (Limberg, 2022).

Wie Tripps und Friedmann (2022, S. 61) für den gesamten deutschen Diskurs herausgearbeitet haben, stehen auch bei den Politiker:innen der Grünen die Tötungen von Zivilisten in der ukrainischen Stadt Butscha symbolisch für die russischen Kriegsverbrechen, vor welchen es gilt, die Ukrainische Bevölkerung zu schützen:

„Es ist bitter, dass es nicht gelungen ist, die Menschen in Butscha vor diesen Verbrechen zu bewahren. Nun müssen wir alles tun, um sie zu ahnden und um weitere Butschas zu verhindern“ (Limberg, 2023).

Durch die Ausführungen zu den russischen Gräueltaten wird die humanitäre Dringlichkeit betont und militärische Unterstützung als Voraussetzung dargestellt, um die Ukraine zu befähigen solche Verbrechen zu stoppen.

Doch darüber hinaus wird betont, dass die Ukraine nicht nur einen Verteidigungskrieg zum Schutz der eigenen Bevölkerung führt. Vielmehr wird der Angriff Russlands auf die Ukraine auch als Angriff auf die eigenen Werte gesehen, welche konstitutiv für die eigene Gruppe der westlichen Demokratien stehen. Da die Ukraine, wie oben beschrieben, als Teil dieser eigenen Gruppe gesehen wird, gilt es, sie bei der Verteidigung der gemeinsamen Werte zu unterstützen:

„Putin führt nicht nur den Krieg gegen die Ukraine, sondern auch gegen unsere gemeinsamen europäischen und internationalen Werte. Menschenrechte, Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung – dafür kämpft die Ukraine. Wir werden nicht akzeptieren, dass Putin die europäische Friedensordnung zerstört mit dem Recht des Stärkeren, Grenzen zu verschieben, mit Hunger, um die Welt in Geiselhaft zu nehmen oder um das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen. Und deshalb, meine Damen und Herren, darf Putin diesen Krieg nicht gewinnen“ (Haßelmann, 2022).

Die Unterstützung der Ukraine geht also über eine moralische Verpflichtung, der Ukraine zu helfen, hinaus zur Verteidigung der eigenen Werte und damit Basis der eigenen Gruppenbeziehungen, welche auch die Basis der eigenen Machtressourcen darstellen. Insofern wird der Krieg auch als eine Erweiterung des Systemkonflikts zwischen Demokratie und Autokratie gesehen, was sich an den identifizierten Kriegsgründen wiedererkennen lässt. Demnach handelt es sich um Großmachtbestrebungen eines autokratischen Staates, welches sich durch demokratische Entwicklungen eines Nachbarlandes bedroht fühlt:

„Russland hat drei Kriegsziele. Das erste ist die Wiedererrichtung des russischen Imperiums, das zweite die Zerstörung der demokratischen Ukraine. Und das Dritte, das eigentlich das zentrale ist und bei uns zu wenig wahrgenommen wird, ist die Zerstörung der regelgebundenen internationalen Ordnung. Dazu muss Putin die Nato und die Europäische Union spalten. Deswegen ist dieses Signalisieren von Schwäche so problematisch“, Anton Hofreiter im Zeitungsinterview (am Orde & Schulze, 2024).

Dem hier als drittem Kriegsziel beschriebenen Angriff auf die „regelgebundene internationale Ordnung“ zufolge, hat die Unterstützung der Ukraine über eine völkerrechtliche und moralische Wertedimension hinaus auch eine sicherheitspolitische Komponente. So muss Russland – mit Waffenlieferungen an die Ukraine – an der Erreichung seiner Kriegsziele gehindert werden, damit der Angriffskrieg Russlands keine „Schule macht“ und Partnerstaaten nicht an der Glaubwürdigkeit des eigenen Gruppenbündnisses zweifeln müssen:

„Die Wahrheit ist doch: Ohne die militärische Unterstützung der Ukraine wäre die Ukraine schon längst von der Landkarte gestrichen. Und die Lehren aus diesem Krieg wären gewesen: Erstens. Für die Demokratisierung wirst du als postsowjetischer Staat blutig bezahlen, und die EU lässt dich im Stich“ (Schäfer, 2023a).

Doch die Auswirkungen für den Fall, dass Russland mit seinem Krieg erfolgreich ist, werden auch über Europa hinaus auf einer globalen Ebene gesehen. Ein Erreichen von Russlands Kriegszielen würde aufzeigen, dass völkerrechtswidrige Angriffskriege – trotz der

regelbasierten internationalen Ordnung – möglich und lohnend sind und so alte Logiken der Konfrontation, Militarisierung und Aufrüstung begünstigen. Da genau die Verhinderung dieser Entwicklungen jedoch langfristiges Ziel der Grünen sind, kommen sie zu dem Schluss, dass diese Ziele in der jetzigen Situation zurückgestellt und die Ukraine militärisch unterstützt werden müssen in der Hoffnung, die eigenen friedenspolitischen Ziele in Zukunft zu erreichen:

„Wenn Russland mit dem Eroberungskrieg davonkommt, ist das ein Signal in die ganze Welt: Eroberungskriege sind erfolgreich führbar. Das führt zu einer Militarisierung global. Es gibt in vielen Regionen der Welt Grenzen, die in der Vergangenheit hin- und her geschoben wurden und auch Nationalisten, die imperiale Pläne haben. Wenn klar ist, dass Putin mit solchen Plänen durchkommt, so ist dies ein Präzedenzfall weltweit, dem viele Länder mit krasser Aufrüstung begegnen werden und auch mit einem Run auf Atombomben. Es wäre ein Rückfall in eine Welt, in der nicht internationales Recht gilt, sondern das Recht des Stärkeren. Und das in einer Zeit, in der wir wegen der Klimakrise dringend weltweit vertrauensvoll zusammenarbeiten müssen“ (Hofreiter, 2022b).

So ist ein System der „Stärke des Rechts“ nicht mehr nur durch den Einsatz von Recht umsetzbar. Um die Ukraine vor dem „Recht des Stärkeren“ zu schützen, muss diese wiederum militärisch gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund wird sowohl die Entscheidung und auch die weitergehende militärische Unterstützung der Ukraine gerechtfertigt. Dabei wird angenommen, dass Russland auf seiner eigenen konfrontativen, militärischen Logikebene begegnet werden muss, um Antworten zu geben, welche im Kreml verstanden werden. Das heißt, die Ukraine muss militärisch unterstützt werden, um Russland zu signalisieren, dass eine Weiterführung des Kriegs nicht gewinnbringend ist. Die Anpassung an Russlands Logik ist dabei Ausdruck eines pragmatischeren, „realistischen“ außenpolitischen Vorgehens im Gegensatz zu einem Verbleib bei idealistischem Beharren auf kooperativen Lösungswegen. Daraus folgt die Forderung, die Ukraine auch mit schwereren Waffen zu beliefern. Dies wird beispielsweise in der Kritik an Olaf Scholz Argumentation deutlich, keine Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern:

„Sie [Die Argumentation von Olaf Scholz] signalisiert: Wir haben Angst vor Putin. Ein Diktator wie Putin sieht Schwäche und nutzt sie aus. Wenn man erreichen will, dass er den Krieg möglichst schnell beendet und nicht weiter aggressiv vorgeht, muss man Stärke signalisieren. Putin wird erst dann bereit sein, ernsthaft über Frieden zu verhandeln, wenn er zu der Überzeugung kommt, dass er seine Ziele auf dem militärischen Weg nicht erreicht“ Anton Hofreiter im Zeitungsinterview (am Orde & Schulze, 2024).

5.2.2 Diplomatie

Wie bei der Frage der Waffenlieferungen ist auch in Bezug auf die Diplomatie eine deutliche Positionsveränderung bei den Grünen erkennbar. Wie dargestellt, waren vor dem Beginn der russischen Invasion die Diplomatie und friedliche multilaterale Lösungen für die Grünen ein zentraler Pfeiler ihrer Außenpolitik. Es bestand die Überzeugung, dass Konflikte immer durch Verhandlungen gelöst werden können und müssen. Doch mit der Ausweitung des Kriegs durch Russland ging auch die Erkenntnis einher, dass die Konfliktlösungsmechanismen, auf die man bisher gesetzt hat, den Krieg nicht verhindern konnten:

„Wie viele Verhandlungsangebote, wie viele Sanktionsdrohungen gab es vor dem 24. Februar mit dem Ziel, diesen Krieg zu verhindern? Wie viele harte Sanktionen nach dem Beginn des Angriffskriegs gab es, damit es zu einem Ende der Gewalt kommt? All das war zwar richtig und notwendig, hat Wladimir Putin bisher aber nicht unmittelbar gestoppt. Das Einzige, was ihn aufhält, noch mehr Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verüben, das Einzige, was zur Befreiung bereits besetzter Gebiete beigetragen hat, ist der entschiedene und mutige Widerstand der Ukraine“ (Brugger, 2022).

So kam man zu dem Urteil, dass es zwar richtig war, versucht zu haben, eine Verschärfung des Konflikts durch einen Verhandlungsweg zu vermeiden, jetzt aber Waffen zur Selbstverteidigung an die Ukraine geliefert werden sollen. Aber auch noch kurz nach dieser Entscheidung zu Waffenlieferungen wurde die Notwendigkeit betont, diplomatische Möglichkeiten und Lösungen auszuloten:

„Auf Diplomatie zu setzen ist nie falsch. Dabei sind wir aber auch immer sehr, sehr klar gewesen und haben die Aggression benannt, die von Putin ausging. Schauen Sie sich an, was Annalena Baerbock im Wahlkampf gesagt hat. Wir waren diejenigen, die schon immer darauf hingewiesen haben, dass da eine Gefahr droht, die man unbedingt ernst zu nehmen hat. Es bleibt allerdings auch jetzt noch wichtig zu sehen, ob sich irgendwo ein Fenster für die Diplomatie öffnet“, Irene Mihalic im Zeitungsinterview (Bubrowski, 2022).

Doch schon bald änderte sich die Positionierung im Hinblick auf Verhandlungen in diesem speziellen Konflikt. Dies hängt auch mit einer Veränderung des Russlandbildes der Partei zusammen. So wurde vor der Invasion Russlands davon ausgegangen, dass diplomatische Wege mit Russland grundsätzlich immer möglich sind und Frieden und Sicherheit in Europa gemeinsam mit Russland organisiert werden können und müssen. Dieses Bild wurde durch den russischen Angriff erschüttert. So wurde die Vertrauensgrundlage für Verhandlungen als beschädigt angesehen („Herr Putin lügt jeden Tag. Aber mit seinem Vorgehen hat er uns die Wahrheit

aufgezeigt“, Anton Hofreiter im Zeitungsinterview (Lange, 2022)). Außerdem wird aufgrund der russischen Kriegsverbrechen angezweifelt, dass ein Waffenstillstand oder ein „Einfrieren“ des Konflikts Leid von der Zivilgesellschaft abwenden kann:

„Es gibt immer wieder Rufe nach einem Waffenstillstand. Butscha zeigt, was „Waffenstillstand“ unter russischer Besatzung bedeutet, nämlich– Herr Erndl hat es gesagt –: Mord, sexualisierte Gewalt, Plünderungen von allem, was irgendwie als Beute abtransportiert werden kann, Verschleppen von Kindern nach Russland“ (Limberg, 2023).

Zusätzlich wird eine fehlende Verhandlungsbereitschaft Russlands gesehen. So können die oben genannten Kriegsziele Russlands – Wiedererrichtung eines russischen Imperiums, Zerstörung einer demokratischen Ukraine und die Zerstörung einer regelgebundenen internationalen Ordnung – ja gar nicht durch eine Verhandlungslösung erreicht werden, auch nicht teilweise im Sinne eines Kompromisses. Und da auf Gesprächsangebote nicht eingegangen wurde, bleibt als Lösung, um dem überfallenen Land zu helfen, für die Grünen nur eine militärische Unterstützung:

„Es ist einfach notwendig, die brutale Realität zu erkennen – und zu sehen, dass Russlands Präsident Wladimir Putin überhaupt nicht bereit ist, auf diplomatische Angebote zu reagieren. Es bleibt uns schlicht nichts anderes übrig, als die Ukraine in ihrer Verteidigungsfähigkeit zu unterstützen, ohne dass Deutschland direkt in den Krieg verwickelt wird“, Anton Hofreiter im Zeitungsinterview (Fieber, 2022).

Dabei sollen die Waffenlieferungen der Ukraine nicht nur dabei helfen, sich gegen den russischen Angriff zu verteidigen, sondern auch Russland an den Verhandlungstisch zwingen. So muss Russland an der Erreichung seiner Kriegsziele gehindert werden und überhaupt erst eine Situation geschaffen werden, in der Russland einsieht, dass diese Kriegsziele nicht erreichbar sind, und in Verhandlungen eine tatsächlich ernstzunehmende Option sieht:

„Es ist die Grundlage dafür, dass die Ukraine überhaupt am Verhandlungstisch sitzen kann. Diplomatie funktioniert nur aus einer Position der Stärke. Ohne Verhandlungsmacht kann die Ukraine nicht verhandeln“ (Hofreiter & Prieto Peral, 2024).

Neben der Tatsache, dass die Ukraine gestärkt werden muss, um in eine Position gebracht zu werden, dass Verhandlungen überhaupt stattfinden können, gilt es, die Ukraine in ihrer Verhandlungsposition zu stärken, damit sie eine Beendigung des Krieges zu Bedingungen aushandeln kann, welche für sie akzeptabel sind. Es bedarf also einer Stärkung des „Schwachen“ zur Verteidigung seiner Rechte in einer Situation, in der der „Stärkere“ das Recht des Stärkeren

durchsetzen will. So werden Waffen für die Grünen Teil der Machtressourcen im Sinne van Dijks Ideologiekategorien:

„Der Plan von Präsident Putin ist eine Durchsetzung eigener imperialer Machtansprüche auf den Trümmern der Ukraine. Mit jeder zerstörten Stadt will er seine Position am Verhandlungstisch stärken. Deshalb ist eine Unterstützung der Ukraine mit Waffen und allem, was nötig ist, auch die Voraussetzung dafür, dass dieser Krieg am Ende auch mit Verhandlungen beendet werden kann, die nicht von Russland diktiert werden“ (Brugger, 2022).

Dennoch gibt es nach wie vor ein Verständnis davon, dass Konflikte nicht nur über die militärische Ebene bearbeitet werden können und somit auch die Unterstützung für die Ukraine über militärische Mittel hinausgehen muss – beispielsweise durch humanitäre Hilfe, Sanktionen gegen Russland und weitere finanzielle Unterstützung wie Hilfe beim Wiederaufbau ziviler Infrastruktur und Ähnlichem. Genauso ist auch die Diplomatie nach wie vor ein Mittel, mit dem die Ukraine unterstützt werden muss und auf Basis der internen Gruppenbeziehungen strategische Machtressource. In diesem Konflikt ist die Diplomatie das aber nicht mehr unmittelbar in Bezug auf Verhandlungsgespräche mit Russland, sondern um Widerstand gegen Russland zu organisieren, sei es, um Sanktionen wirkmächtiger zu machen, Waffenlieferungen zu koordinieren oder schlicht Russland auf internationaler Ebene zu isolieren:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, verständlicherweise ist in den letzten Tagen viel über Waffenlieferungen diskutiert worden. Es ist eine schwierige Entscheidung; aber es wäre falsch, das deutsche, das europäische Engagement allein auf die Frage von Waffenlieferungen zu reduzieren. Es gehört so viel mehr dazu: eine Diplomatie, die alles für ein Ende der Gewalt tut und das System Putin international isoliert, alles Mögliche, was wir tun können, um das Leid der Menschen zu lindern, von der Erhöhung der humanitären Hilfe bis zur psychosozialen Versorgung der Frauen, die Vergewaltigungen erlitten haben, die Vorbereitung weiterer Sanktionen, die Aufklärung und Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die finanzielle Unterstützung der Ukraine und eine politische Perspektive in der Europäischen Union, wie wir sie auch in unserem Antrag beschrieben haben“ (Brugger, 2022).

Mit der Absage an eine rein diplomatische Bearbeitung des Konflikts wird dabei nicht in Abrede gestellt, dass Kriege in der Regel und so wahrscheinlich auch dieser Krieg mit einer Verhandlungslösung enden:

„Was dahintersteht bzw. womit Sie sich kostümieren, ist die Behauptung, man könne über Verhandlungen diesen Konflikt jetzt, zu diesem Zeitpunkt, lösen [...]. Ich bin der festen Überzeugung: Am Ende wird es Verhandlungen geben“ (Trittin, 2023b).

So wird auch betont, dass ein rascher Eintritt in Verhandlungen grundsätzlich wünschenswert wäre („die allermeisten von uns hier in diesem Haus wünschen sich nichts sehnlicher, als dass Putin sich endlich an den Verhandlungstisch setzt“ (Schäfer, 2023b)). Da jedoch diese Lösungswege aus Sicht der Grünen von russischer Seite ausgeschlagen werden, sind die Voraussetzungen dafür schlicht nicht gegeben. Daraus folgt, dass sich der Logik des Kremls angepasst werden und die Ukraine in ihrem Kampf gestärkt werden muss. Somit bleiben diplomatische Verhandlungen und Frieden als Ziel, werden aufgrund von Realismus gegenüber der Situation zu Fernzielen, für welche die Grundlagen geschaffen werden müssen. Deshalb folgt auch für diejenigen, welche Verhandlungen fordern, aber keinen Weg dorthin definieren und somit implizit oder explizit zur Aufgabe auffordern, harsche Kritik, beispielsweise nach der Ankündigung einer Teilmobilmachung in Russland, welche als Gegenteil von Gesprächs- und Kompromissbereitschaft gesehen wird:

„Deshalb ist es zynisch, dass seit acht Monaten Leute Briefe schreiben und Appelle formulieren, in denen die Ukraine aufgefordert wird, einfach die Waffen fallen zu lassen. Das ist der reinste Zynismus. Die Argumente dieser Leute werden jetzt, in diesem Augenblick, widerlegt“ (Nouripour, 2022).

Besondere Kritik wird an den Parteien AfD und Die Linke geübt, welchen mit diesen Forderungen eine Täter-Opfer-Umkehrung und gefährliche Realitätsverweigerung vorgeworfen wird:

„Wenn ich höre, was hier von der linken und der rechten Seite dieses Hauses erzählt wird, nämlich dass man die Waffenlieferungen einstellen und doch einfach mal verhandeln soll, dann muss ich sagen: Das ist naiv, unverantwortlich und schlichtweg unterlassene Hilfeleistung [...]. Sie fordern sozusagen das Opfer zu Verhandlungen auf. Haben Sie eigentlich gemerkt, dass Russland die Ukraine angegriffen hat [...] und dass Russland nicht bereit ist, zu verhandeln?“ (Hofreiter, 2022a).

Nach Ansicht der Grünen spielen die beiden Parteien dem Kreml in die Hände. Nach der Logik der Gruppenbeziehungen nach van Dijk leisten sie damit dem „Feind“ Vorschub, statt den (in der grünen Logik) Freund, also die Ukraine zu unterstützen. Somit untergraben sowohl die AfD als auch Die Linke die westliche Geschlossenheit und den Einsatz für Frieden und Demokratie und schaden damit – da der Logik der Grünen zur schnellen und tatsächlichen Konfliktlösung widersprechend (Russland an den Verhandlungstisch zwingen aus einer Position der Stärke der Ukraine) – dem Ziel einer (fairen) Beendigung des Krieges. Dabei wird insbesondere die AfD als kremeltreu dargestellt und aufgrund ihrer Nähe zu Russland kritisiert:

„Für die AfD ist die Ukraine der Aggressor, der sich gegen den Frieden stemmt [...] Das ist schlicht und ergreifend grotesk. Die Forderungen zeigen: Die russische Führung hat diese Partei in der Tasche. Anders ist dieser Realitätsverlust nicht zu erklären“ (Schäfer, 2023b).

Der Linken wird eine ideologische Blindheit vorgeworfen, da sie die Ausmaße und Konsequenzen der russischen Invasion für die europäische Sicherheit nicht verstanden haben und statt ihr Weltbild den neuen Realitäten anzupassen, den Konflikt mit alten ideologischen Mustern versuchen zu bearbeiten. Dies wird einerseits als naiv und falsch dargestellt, andererseits wird kritisiert, dass die Partei damit Angst schürt, wovon rechte Parteien profitieren:

„Sahra Wagenknecht [damals noch Die Linke] tingelt mit Relativierungen von Putins Revisionismus und seiner menschenverachtenden Verbrechen durch die Talkshows. Das entzückt natürlich nicht nur den Kreml, sondern auch seine rechtsextremen Verbündeten im Rest Europas. Darum ist es eben auch kein Zufall, dass viele Rechtsradikale am vergangenen Wochenende Seite an Seite mit Mitgliedern der Linkspartei und Putin-Freunden durch Berlin marschiert sind“ (Schäfer, 2023a).

5.2.3 Verteidigungsausgaben und Aufrüstung

Ein weiterer Bereich, in dem es zu einer Verschiebung in der Positionierung der Partei kam, sind die eigenen Verteidigungsausgaben der BRD und damit die Logik, ob mit Waffen, beziehungsweise Aufrüstung dieser – in der Hoffnung, sie nie nutzen zu müssen – Sicherheit geschaffen werden kann. Besondere Bedeutung hatte dabei das Sondervermögen Bundeswehr, welches mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen auch einer massiven Mehrausgabe für Rüstungsgüter entspricht. Diesen Richtungswechsel mitzutragen, fiel vielen Abgeordneten der Grünen augenscheinlich schwerer als im Fall der Waffenlieferungen an die Ukraine. Als Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede darauf einging, dass in Folge des russischen Angriffs auch mehr in die Bundeswehr und die eigene Verteidigung auszugeben sei, gab es von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zunächst noch verhaltenen Applaus. Bei der Ankündigung des Sondervermögens für die Bundeswehr und der zukünftigen Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO gab es bis auf wenige Ausnahmen keinen Applaus mehr von den grünen Abgeordneten, sondern Verwunderung und teilweises Kopfschütteln (Bubrowski, 2022; youtube.com, 2022, Abschnitt 17:40-18:50). Dies kann wohl auch damit zusammenhängen, dass die Fraktion nicht über diese Pläne informiert worden war (Roßbach et al., 2022).

Auch an der grünen Basis formierte sich Widerstand zum Sondervermögen, beispielsweise mit einer Unterschriftensammlung mit dem Versuch, eine Urabstimmung zu erzwingen (Decker & Peter, 2022) oder der Grünen Jugend, welche sich gegen das Sondervermögen aussprach (Der Spiegel, 2022). Dennoch trugen die Grünen die Regierungslinie mit, jedoch begann eine politische Auseinandersetzung darüber, was aus den Mitteln des Sondervermögens finanziert werden sollte. Damit begann ein Deutungskampf darüber, welche Bereiche als Sicherheitsausgaben aus dem Sondervermögen gelten können, wobei die Grünen sich unter den Bezeichnungen eines „modernen“ oder „umfassenden Sicherheitsbegriffs“ dafür aussprachen, das Geld nicht nur für Rüstungsgüter auszugeben („Mit Investitionen in die Sicherheit ist nicht nur das Militär gemeint. Es geht um einen umfassenden Sicherheitsbegriff“, Irene Mihalic im Zeitungsinterview (Bubrowski, 2022)). Betonung lag dabei insbesondere darauf, in Zivilschutz und Cybersicherheit zu investieren, aber auch in Energiesicherheit und humanitäre Hilfe. Alles Forderungen mit denen sich die Partei letztendlich nicht durchsetzen konnte. Zudem wurde das Bekenntnis des Kanzlers zum Zwei-Prozent-Ziel relativiert, da dieses nicht jährlich, sondern auch nur im mehrjährigen Durchschnitt erreicht werden könne (Roßmann et al., 2022). So gab es – neben der Einsicht, dass mehr Geld für die Bundeswehr ausgegeben werden muss – gleichzeitig eine Distanzierung von einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben:

„Die Ampel will sich um die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik kümmern. Ich sage Ihnen: Es ist gut, dass hohe Militärausgaben nicht einfach selbstverständlich sind. Es ist gut, dass es Kritik daran gibt. Es ist gut, dass wir uns rechtfertigen müssen. Bürger/-innen sagen mir: Wir brauchen das Geld doch woanders“ (Nanni, 2022a).

Statt wie früher zu sagen, dass Waffen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit schaffen, wurde nun also davon gesprochen, dass Sicherheit nicht auf militärische Aspekte reduziert werden dürfe und eben zusätzlich, wie auch früher gefordert, auf präventive Maßnahmen gesetzt werden müsse:

„Wenn wir in diesen Tagen über die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine auf die weltweite Sicherheit sprechen, dann dürfen wir nicht den Fehler machen, unser Verständnis von Sicherheit zu verkürzen und zu begrenzen. Sicherheit ist offensichtlich mehr als militärische Stärke [...]. Wir werden – und das ist richtig – die Bundeswehr besser ausrüsten. Aber wir dürfen bei alledem nicht vergessen, dass wir gleichzeitig unseren Kampf gegen Hunger und Armut auch entsprechend finanziell fortführen müssen. Denn jeder Euro, den wir in stabilisierende und präventive Maßnahmen, in zivile Krisenprävention, in die Unterstützung der Zivilgesellschaft in fragilen Ländern und vieles mehr stecken, verringert die Gefahr für kriegerische und blutige Auseinandersetzungen in der Zukunft“ (Banaszak, 2022).

Dennoch wurde das Sondervermögen ohne die von den Grünen geforderte Anpassung bei der Abstimmung im Bundestag von der Fraktion mit lediglich vier Abweichler:innen vergleichsweise geschlossen getragen (Ja-Stimmen: 107, Nein-Stimmen: 4, Enthaltungen: 0, (Deutscher Bundestag, 2022b, S. 4245–4247). Und auch die Einhaltung und sogar Übererfüllung des Zwei-Prozent-Ziels wurde schließlich zur offiziellen Parteilinie:

„einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2024b).

Dies zeigt, dass wie bei den Waffenlieferungen für die Ukraine, ein Umdenken innerhalb der Partei stattgefunden hat, auch wenn dieses etwas länger benötigte und mehr damit verbundene Auseinandersetzungen zu Tage traten. Dennoch ist die russische Invasion in der Ukraine wie auch im Bereich der Waffenlieferungen eine Zäsur, welche das Denken der Partei veränderte. So handele es sich um Reaktionen auf eine „veränderte Sicherheitslage in Europa und der Welt“ (Spellerberg, 2022). Und demnach gelte es nun, wie im Fall der Waffenlieferungen, sich der russischen Logik anzupassen. Deshalb werden die eigenen Werte und Ziele (hier beispielsweise Abrüstung) zwar nicht obsolet, können aber momentan aufgrund der „mangelnden Rationalität“ der Gegenseite, einer menschenrechtsverachtenden Autokratie, nicht als erfolgsversprechende Lösungswege zur Konfliktbearbeitung gesehen werden. Stattdessen muss mit Handlungen reagiert werden, welche ein solches System – nach eigener Ansicht – versteht:

„Wir Grüne sind Friedens- und Menschenrechtspartei, und die Fragen von Diplomatie und Abrüstung sind nicht prinzipiell hinfällig, nur weil es jetzt einen Putin gibt, mit dem das nicht möglich ist. An eine Diktatur sind andere Maßstäbe anzulegen als an Länder, mit denen man rational über Sicherheitsinteressen reden kann. Deshalb muss man da mit großer Härte reagieren“, Anton Hofreiter im Zeitungsinterview (Bender, 2022).

Damit verbunden ist die Einsicht, dass unter diesen Bedingungen und der Tatsache, dass man sich mit Russland innerhalb einer konfrontativen Logik auseinandersetzen muss, dass Sicherheit nicht mit, sondern vor Russland organisiert werden muss („Klar ist: In unserem Verhältnis zu Putins Russland kann es auf absehbare Zeit nicht um Sicherheit mit Russland, sondern nur um Sicherheit vor Russland gehen“ (Baerbock, 2022c)). Dabei hat der Angriff Russlands auf die Ukraine gezeigt, dass Fragen der Landes- und Bündnisverteidigung nach wie vor relevant sind. Häufig wird jedoch auch davon gesprochen, dass es die eigenen Werte wie Demokratie,

Menschenrechte und Freiheit sind – ganz im Sinne der Systemkonkurrenz mit autokratischen Staaten – für welche im Fall der Fälle auch gekämpft werden muss:

„Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, dass wir potenzielle Aggressoren wirksam von Angriffen abhalten und unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen können müssen“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2024a, S. 69).

Auf Ebene der Gruppenbeziehungen gilt die Steigerung der Verteidigungsausgaben jedoch nicht nur als Signal nach außen an den „Feind“, sondern auch intern an den „Freund“, zur Demonstration von Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit („Wir Deutsche tragen eine besondere Verantwortung für Frieden in Europa. Unsere Nachbarn und Verbündeten schauen auf uns, erwarten Klarheit, Entschlossenheit und gemeinsames Handeln“ (Haßelmann, 2022)). Deshalb wird sich auch aktiv zu den Bündnispflichten bekannt und den dazu nötigen militärischen Mitteln:

„Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen im Rahmen der EU und der NATO und den dafür notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten. Aus historischer Verantwortung und den Lehren des russischen Angriffskriegs bekennen wir uns zum Schutz der baltischen Staaten, unter anderem durch militärische Zusammenarbeit im Rahmen einer langfristigen Stationierung von Bundeswehreinheiten im Baltikum“ (Bündnis 90/Die Grünen, 2024a, S. 69).

Vor dem Hintergrund einer Verantwortung für das eigene Bündnis, dessen Zusammenhalt und für die Verteidigung der eigenen Werte ergibt sich für die Grünen die Pflicht, in der Lage zu sein, diese – vor dem Hintergrund einer neu wahrgenommenen Bedrohungslage – gegebenenfalls auch militärisch verteidigen zu können. Da diesen Verpflichtungen jedoch auf Basis des aktuellen Zustandes der Bundeswehr nicht im nötigen Maße nachgekommen werden könnte, ist für die Grünen eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben und auch das Sondervermögen folgerichtig:

„Am 3. Juni 2022 hat dieses Haus mit großer Mehrheit das Sondervermögen für die Bundeswehr beschlossen. Unter dem Eindruck des russischen Angriffs gegen die Ukraine hat man sich auch in der Bundesrepublik die Frage gestellt, ob wir für eine dauerhaft konfrontative Beziehung zu Russland militärisch gut genug aufgestellt sind. Diese Frage wurde mit Nein beantwortet. Ich sage es noch einmal deutlicher: Ein Angriff Russlands gegen die NATO – Gott bewahre uns davor – würde auch die Bundeswehr schnell an die Grenzen bringen, rein materiell“ (Nanni, 2022b).

Damit zeigt sich auch auf der Ebene der wahrgenommenen Ressourcen der Macht eine Entwicklung. Früher war die Betrachtungsweise, dass auf Ebene der internationalen Beziehungen die eigene Stärke aus der geeinten Wertegemeinschaft erwächst und auf diplomatischem Wege umgesetzt werden kann und zur Not um die eigene finanzielle Stärke (Sanktionen) ergänzt werden kann. Jetzt werden – nicht nur bei Waffenlieferungen an die Ukraine zur Stärkung dieser im konkreten Kriegsgeschehen, sondern auch im Bereich der eigenen Rüstung – Waffen als materielle Ressource für die eigene Macht gesehen. Dies erscheint einerseits nötig, um das Bündnis zu erhalten, zusammenzuhalten und gegebenenfalls zu verteidigen. Neu ist zudem, dass auch die Notwendigkeit gesehen wird, diese Ressourcen aufzubauen, damit eine Machtposition der Abschreckung erreicht wird:

„Wir brauchen mehr Munition, mehr Flugabwehr und wir müssen die Bundeswehr besser ausstatten, bis wir wirklich konventionell abschreckungsfähig sind“, Anton Hofreiter im Zeitungsinterview (am Orde & Schulze, 2024).

Da Erhöhungen der Verteidigungsausgaben oder konkrete Rüstungsvorhaben früher von den Grünen als überholt und vor dem Hintergrund einer Eskalationsspirale kritisiert wurden⁹, gibt es Bemühungen, den Kurswechsel im Zeichen der Zeitenwende nicht als Rückfall in alte Muster darzustellen, welche früher bekämpft wurden. Stattdessen sind höhere Rüstungsausgaben als Teil einer „modernen Sicherheitspolitik“ präsentiert, welche aufgrund der veränderten Sicherheits- und Weltlage nicht hinreichende, aber notwendige (da aufgezwungene) Bedingungen für die eigene Sicherheit sind:

„Zeitenwende ist keine Rolle rückwärts. Wir haben diese Investitionen in das Militär zu machen. Aber in der multipolaren Welt von heute beruht Stärke auf Bündnissen. Stärke beruht auf integrierter Sicherheit. Wir müssen unsere Stärke finden, in dem wir wehrhaft, resilient und nachhaltig Sicherheit schaffen. So geht moderne Sicherheitspolitik in dieser Welt“ (Trittin, 2023a).

Damit einher gehen auch begriffliche Abgrenzungsversuche, beispielsweise das früher kritisierte und damit negativ konnotierte Wort der „Aufrüstung“ zu vermeiden und stattdessen von „Ausrüstung“ zu sprechen, welches einen weniger aggressiven Vorgang beschreiben soll, sondern vielmehr eine Notwendigkeit:

⁹ Kritik an den Bestrebungen des Verteidigungsministeriums nach der russischen Annexion der Krim Kampfpanzer zu beschaffen: „wir haben keinen neuen Kalten Krieg in Europa, und deswegen ist es falsch, mit den Rezepten des Kalten Krieges auf die veränderte Sicherheitslage zu reagieren. [...] Die Beschaffung von über 100 Kampfpanzern ist eben keine kluge Antwort auf die veränderte Sicherheitslage“ (Lindner, 2016).

„Die Zeitenwende, die durch diesen furchtbaren Krieg mitten in Europa eingetreten ist, sie ist eine Zeitenwende in der Russlandpolitik dieses Landes, in der Energiepolitik, aber eben auch in der Sicherheitspolitik. Für uns Grüne steht fest, dass wir unsere Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit stärken müssen. Das ist keine Sache von Aufrüstung, sondern von Ausrüstung [...]. Für mich ist klar: Eine starke deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann es nur mit einer gut ausgestatteten Bundeswehr geben – gut ausgestattet, und zwar nicht nur mit militärischem Gerät, sondern auch mit persönlicher Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten“ (Wagener, 2022a).

5.2.4 Mögliche Erklärungen für die grüne Einigkeit

Der Positionswechsel der Grünen und die Einigkeit, mit der dieser vertreten wurde, kann auf Basis der Argumentationsmuster und ideologischen Grundlagen vor einem diskurstheoretischen Hintergrund erklärt werden. Zur Erinnerung: Ereignisse haben Auswirkungen auf den Diskurs und Ideologien werden durch Diskurse angeeignet und reproduziert, aber im Laufe der Zeit auch modifiziert (Van Dijk, 2013, S. 176). Ereignisse von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung, sogenannte „diskursive Ereignisse“ können Diskurse und über Diskurse auch die Ideologie grundlegend ändern (M. Jäger & Jäger, 2007, S. 25). Im Falle des Ukrainekriegs kann davon ausgegangen werden, dass der schnelle und starke Kurswechsel der Bundesregierung – mitgetragen von den Grünen – und die anschließende Argumentation der Grünen für Waffenlieferungen darauf zurückzuführen ist, dass die Invasion ein solches diskursives Ereignis darstellt. Wenn die Grünenpolitiker:innen davon sprechen, dass wir nach der Nacht der russischen Invasion in einer „anderen Welt“ aufgewacht sind, beschreiben sie die Auswirkungen eines diskursiven Ereignisses:

„Was hier gerade mitten in Europa passiert, war für jemanden aus meiner Generation bisher unvorstellbar. Es ist der Moment, in dem der Angriffskrieg nach Europa zurückgekommen ist. Unsere Welt ist nach diesem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Putin jetzt eine andere“ (Baerbock, 2022a).

Nimmt man diese Aussage ernst, erklärt sie die Basis für die alte Ideologie der Grünen als auch die Grundlage für deren Veränderung. Unter der Annahme, dass ein Krieg dieses Ausmaßes in Europa nicht mehr möglich – „unvorstellbar“ – ist, ist es einfach, Waffenlieferungen als nicht nötig und die oben beschriebenen kooperativen Konfliktlösungsmechanismen und Sanktionen als ausreichend anzusehen. Die Anwendungsfälle und Realitäten, die man bei der Formulierung dieser Grundsätze vor Augen hatte, waren schlicht ganz andere. Passiert dann das eigentlich

„Udenkbare“, gerät das eigene Weltbild ins Wanken. Auf Basis einer neuen Realität müssen Grundannahmen verändert, die Ideologie angepasst und andere Entscheidungen getroffen werden:

„Vielleicht ist es so, dass Deutschland am heutigen Tag eine Form besonderer und alleinstehender Zurückhaltung in der Außen- und Sicherheitspolitik hinter sich lässt. Die Regeln, die wir uns dafür gegeben haben, dürfen uns nicht aus unserer Verantwortung nehmen. Wenn unsere Welt eine andere ist, dann muss auch unsere Politik eine andere sein“ (Baerbock, 2022a).

Dies erklärt zwar den Mechanismus, durch welchen diskursive Ereignisse Ideologien und politisches Handeln verändern können, aber nicht, warum die Grünen ihre Positionen in solch einer Geschwindigkeit und ohne einen Konflikt, wie bei den Debatten um die Auslandseinsätze der Bundeswehr unter der rot-grünen Bundesregierung, ändern konnten. Dies kann dadurch erklärt werden, dass es sich im Fall der Waffenlieferungen nicht um einen ideologischen Bruch wie Anfang der 2000er-Jahre gehandelt hat. Vielmehr handelt es sich um eine – wenn auch grundlegende – Positionsänderung im Konkreten, welche allerdings nicht mehr an den Grundfesten der Ideologie rüttelt, sondern für die bereits, als Resultat der parteiinternen Auseinandersetzungen zu den Bundeswehreinsätzen im Kosovo und in Afghanistan, eine Basis festgelegt wurde. Wie bereits ausgeführt bekannten sich die Grünen (kongruent damit, eine Partei des Völkerrechts und einer regelbasierten internationalen Ordnung zu sein), zu den Prinzipien der Responsibility to Protect (Roth et al., 2008, S. 16), deren Säulen wie folgt lauten:

„die Verantwortung jedes Staates, seine Bevölkerung zu schützen (Säule I); die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, die Staaten beim Schutz ihrer Bevölkerung zu unterstützen (Säule II); und die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, Schutz zu gewähren, wenn ein Staat es offensichtlich versäumt, seine Bevölkerung zu schützen (Säule III)“ (United Nations, 2016).

Während im Kosovokrieg bereits die Grenze zur dritten Säule überschritten wurde (aktives Eingreifen mit der Begründung, die Bevölkerung in einem anderen Staat zu schützen), stellen die Waffenlieferungen an die Ukraine lediglich ein Nachkommen der Schutzverantwortung gemäß der zweiten Säule der RtoP dar, also die Ukraine zu befähigen, ihre Bevölkerung selbst zu schützen. Da davon ausgegangen wird, dass die Ukraine – mit Unterstützung durch Waffen – ihrer Schutzverantwortung selbst nachkommen kann, aber auch vor dem Hintergrund der möglichen Folgen eines Einsatzes westlicher Truppen gegen die russische Armee in der Ukraine, werden solche direkten Interventionen durch grüne Politiker:innen, aber natürlich auch durch

die meisten anderen Politiker:innen der westlichen Staatengemeinschaft stets ausgeschlossen. Auch die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern – zu denen sich die Grünen bekannt haben, rechtlich stärker bindend machen wollten und als Teil der Ampel-Regierung wieder neu mit beschlossen haben – enthalten trotz des selbstaufgelegten Verbots von Rüstungsexporten eine Ausnahme von dieser Regel: „sofern nicht ein Fall des Artikels 51 der VN-Charta vorliegt“ (Bundesregierung, 2019, S. 7), also das Recht auf Selbstverteidigung. Wie aufgezeigt, ist eben dieses Recht auf Selbstverteidigung maßgebliche Begründung der Grünen für die Waffenlieferungen, um im Sinne der zweiten Säule der RtoP die Bevölkerung zu schützen. Vor der Invasion Russlands wurde dagegen, ganz wie es die Partei sich in ihrer Akzeptanz der RtoP bekannt hatte, auf das Prinzip der Vorbeugung („prevent“) gesetzt, damit es gar nicht erst zu einem Fall der Schutzverpflichtung kommt (Roth et al., 2008, S. 15). Wie ausgeführt, wurde vor der Invasion auf Diplomatie, Präventionsmaßnahmen und Unterstützung der Zivilgesellschaft gesetzt. Doch mit der Invasion Russlands wurde die Grenze überschritten, wodurch die Schutzverantwortung greift und auf Basis des Selbstverteidigungsrechts Waffenlieferungen in ein Krisengebiet als legitim betrachtet werden. Insofern handelt es sich an dieser Stelle eben um eine Positionsänderung in Bezug auf Waffenlieferung im konkreten Fall der Ukraine, aber nicht um eine ideologische Änderung. Vielmehr ist lediglich der Fall eingetreten, in dem diese lange akzeptierten und in die Ideologie eingebauten Prinzipien aktiviert wurden.

Die grundsätzliche Akzeptanz von Ausnahmen für Waffenlieferungen in Kriegsgebiete erklärt zwar, an welche bestehenden ideologischen Grundlagen (basierend auf den eigenen Werten: Menschenrechte, internationales Völkerrecht), angeknüpft werden konnte und weshalb diese Positionsänderung in diesem bestimmten Fall mit dieser Einigkeit und in dieser Geschwindigkeit passieren konnte. Dennoch zeigt sich an den Aussagen der Politiker:innen der Grünen und deren Klarheit in ihren Positionen (Vorher: Mehr Waffen, entsprechen weniger Sicherheit, nachher: Klare Notwendigkeit von mehr Waffen), dass es sich nicht nur um eine reine Umsetzung von bestehenden Ausnahmen handelt, welche bereits vorhanden waren, sondern dass es zu tatsächlichen weltanschaulichen Veränderungen, auch bei den Politiker:innen ganz persönlich, kam. Dass es eine größere Verschiebung gegeben hat, wird besonders deutlich an der Positionsänderung bezüglich der eigenen Verteidigungsausgaben und der Akzeptanz des Sondervermögens für die Bundeswehr. Hier gab es keine bereits verankerten Ausnahmen, deren Mechanismus die russische Invasion lediglich aktiviert hätte. Dies mag auch zum Teil miterklären, warum hier die Akzeptanz bei den Grünen zunächst etwas schwerer fiel. Zwar hätte mit der ersten Säule der RtoP (Schutzverantwortung für die eigene Bevölkerung) argumentiert werden

können, dies war aber nur ein kleiner Teil der grünen Argumentation. Eine Gefährdung für die eigene Bevölkerung wurde schlicht immer noch als unwahrscheinlich und wesentlich abstrakter wahrgenommen als die Gefahren für die ukrainische Bevölkerung, die sich ganz konkret einem Angriff ausgesetzt sieht. Dennoch kam es auch hier zu einer grundlegenden Positionsverschiebung, welche immer noch sehr schnell mit relativ wenig internen Konflikten vollzogen wurde. Hier bleibt erneut auf die russische Invasion zu verweisen, welche als Krisenmoment drastische Veränderungen bewirkte. In beiden Fällen, den Waffenlieferungen für die Ukraine und dem Sondervermögen für die Bundeswehr sowie der generellen Erhöhung der Verteidigungsausgaben, zeigt sich dabei die Einsicht, sich pragmatisch und realistisch an eine konfrontative Logik anpassen zu müssen, welche durch Russland aufgezwungen wurde. Interne und externe Gruppenbeziehungen, wie sie bereits vor der Invasion bestehen, verstärken dabei diese Logik, daraus ergeben sich ein Bauen auf militärische Abschreckung und ein verstärktes Blockdenken.

Letztendlich lässt sich jedoch festhalten, dass die sicherheitspolitischen Werte und Ziele der Grünen (Frieden, Vermeidung von Gewalt und Primat des Zivilen, Schutz der Menschenrechte, Verteidigung des internationalen Rechts und der regelbasierten Internationalen Ordnung sowie Abrüstung) in einem Zielkonflikt stehen, welcher durch die russische Invasion wieder einmal offen zu Tage getreten ist und verschärft wurde. Zugleich gilt für die Partei, seit sie dem Kurs von Joschka Fischer gefolgt ist, dass für sie der Schutz von Menschenrechten Vorrang vor der Gewaltfreiheit hat. So kann man mit Blick auf eine „sicherheitspolitische DNA“ der Partei sagen, dass sie spätestens seit der rot-grünen Bundesregierung keine pazifistische Partei mehr ist, sondern eine Partei der Menschenrechte und des internationalen Völkerrechts. Dies bedeutet aber nicht, dass Ziele und Werte des Pazifismus für die Partei komplett an Bedeutung verloren hätten, was in der Beschreibung der Positionen vor dem Februar 2022 klar erkennbar wurde. Dennoch wurde nach der Invasion bei einer erneuten Abwägung zwischen den miteinander konkurrierenden Zielen deutlich, dass pazifistische Ziele erneut hintangestellt und als Fernziele gelten. Zur Erreichung von Zielen wie Gewaltfreiheit, Abrüstung und kooperativer Konfliktbearbeitung können diese zwischenzeitlich sogar in ihr Gegenteil umgekehrt werden (vor dem Hintergrund sich einer aufgezwungenen Logik anpassen zu müssen), um eben diese Ziele in einer noch weiter in die Ferne gerückten Zukunft (besser) erreichbar zu machen. Dies spiegelt die Balance zwischen Idealismus und Pragmatismus wider, mit welcher die Partei Bündnis 90/Die Grünen (aber auch andere Parteien) mit der Übernahme von Regierungsverantwortung konfrontiert werden und die sie auszutarieren haben.

6 Zusammenfassung und Fazit

Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Auseinandersetzung mit der ideologischen Entwicklung der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Kontext des Russisch-Ukrainischen Kriegs. Durch die Anwendung einer Kritischen Diskursanalyse wurde untersucht, wie sich die Position der Partei zu Friedens- und Sicherheitspolitik, insbesondere zu Waffenlieferungen aber auch im Hinblick auf die eigenen Verteidigungsausgaben verändert hat. In der Analyse wurde dabei der Ansatz verfolgt, dass die Invasion Russlands in die Ukraine einen solchen Schock- und Krisenmoment erzeugte, dass diese Invasion ein „diskursives Ereignis“ darstellt, das grundlegende Neuausrichtungen der außenpolitischen Linie der Grünen und Anpassungen in der Ideologie bewirkte. Dieses Kapitel fasst die zentralen Erkenntnisse zusammen.

Ein Blick in die historische Entwicklung der Partei Bündnis 90/Die Grünen hat gezeigt, dass die Grünen seit ihrer Gründung in den 1980er-Jahren als pazifistisch geprägte Protestpartei über die Auseinandersetzungen während der rot-grünen Regierungszeit bis hin zu den aktuellen Herausforderungen von prägenden Momenten begleitet wurden, auf Basis derer sie ihre eigene außenpolitische Ideologie weiterentwickelten. Konkret zu betonen ist dabei, dass die Grünen bereits in früheren Krisen, wie etwa dem Kosovokrieg, von ihren ursprünglichen Prinzipien der Gewaltfreiheit abweichen mussten. Die damaligen Entscheidungen und der eingeschlagene Kurs legten den Grundstein für die heutige Positionierung der Partei und demonstrierten die Notwendigkeit, miteinander konkurrierende Ideale unter den Realitäten der Regierungsverantwortung zu vereinbaren. Dieser historische Rückblick ermöglichte es, die Positionswechsel und ideologischen Anpassungen im Kontext des Ukraine-Kriegs nicht als isolierte Ereignisse zu betrachten, sondern als Fortführung eines kontinuierlichen Prozesses, in dem die Partei ihre Grundwerte immer wieder abwägen und priorisieren musste. Im Hinblick auf die eingangs gestellte Forschungsfrage (*Wie hat sich die Ideologie der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Kontext des Russisch-Ukrainischen Kriegs verändert und welche Diskursstrategien haben diesen Wandel begleitet?*) lässt sich also festhalten:

Bei der Unterstützung der Waffenlieferungen an die Ukraine durch die Grünen handelt es sich zuvorderst um eine Positionsänderung in dem konkreten Fall. Es handelt sich um eine Ausnahme von der restriktiven Rüstungspolitik, welche von den Grünen schon länger akzeptiert wurde. Hierbei wird auf das Selbstverteidigungsrecht nach der VN-Charta verwiesen, welches bereits in den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ enthalten war und auch die Responsibility to Protect, welcher zufolge auch eine Verantwortung besteht, andere Staaten bei dem Schutz ihrer Bevölkerung zu

unterstützen (Säule 2). Dementsprechend setzten die Grünen in Ihrer Argumentation für Waffenlieferungen stark auf die Aspekte des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine und auf die Verantwortung, die Ukraine bei ihrem Abwehrkampf zu unterstützen. In der Priorisierung der ideologischen Werte zeigt sich erneut das Ergebnis der innerparteilichen Konflikte während der rot-grünen Regierungszeit, dass die Partei mehr als Partei der Menschenrechte und des internationalen Völkerrechts zu verstehen ist, denn als pazifistische Partei der Gewaltfreiheit oder Gewaltvermeidung.

Der Blick auf die Befürwortung des Sondervermögens und einer längerfristigen Erhöhung des Verteidigungsetats zeigt jedoch, dass es sich nicht nur um die Aktivierung eines bereits vorgesehenen Mechanismus handelt, sondern weitergehende Verschiebungen stattgefunden haben. Insgesamt lässt sich beobachten, dass der Wechsel von einer kooperativen zu einer konfrontativen Logik auf internationaler Ebene zumindest zeitweise akzeptiert wird, da dieser durch außen aufgezwungen wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Freund-Feind-Konstruktionen, welche bereits vor dem Februar 2022 als Systemkonkurrenz von Demokratien und Autokratien Bestandteil der grünen Ideologie waren. Die Invasion Russlands rückte das Russlandbild der Partei zurecht und zeigte akute Gefahren für die eigenen Werte und die eigene Wertegemeinschaft auf. Damit verbunden war die Erkenntnis verteidigungsfähig sein zu müssen, um zur Not diese Werte, das darauf basierende Bündnis und dessen Einigkeit schützen zu können. Da die Geschlossenheit des transnationalen Bündnisses als Ressource der Macht gesehen wird, wurde zur Erhaltung dieser akzeptiert, dass auch Waffen eine Machtressource sind.

Insgesamt lässt sich jedoch sagen, dass die Grünen ihre ideologischen Grundsätze in Bezug auf Frieden und Sicherheitspolitik nicht aufgegeben haben, sondern diese weiterentwickelt, neu interpretiert und priorisiert haben. Insbesondere letzteres führte dazu, dass Ziele, die nicht in die aktuell akzeptierte konfrontative Logik passen – Abrüstung, Gewaltfreiheit und allgemein eine auf Diplomatie beruhende kooperative Konfliktlösungsstrategie – als Fernziele weiter in die Zukunft geschoben werden und akut deren Gegenteil durchgesetzt werden muss. Dies dient einerseits dazu, die Werte zu verteidigen, denen bei der Priorisierung Vorrang gewährt wurde: Unterstützung eines „Freundes“ bei seinem völkerrechtlich verbrieften Recht auf Selbstverteidigung, was auch die Unterstützung einer Demokratie gegen eine Autokratie bedeutet. Auf Ebene der Systemkonkurrenz gilt es Einigkeit innerhalb der eigenen Wertegemeinschaft und des Militärbündnisses zu bewahren. Andererseits soll die aktuelle Umkehrung mancher Ziele in ihr Gegenteil dazu dienen, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass die nun zurückgestellten

Ziele in Zukunft erreicht werden können, weil man dann immer noch über ausreichend Macht und Einigkeit verfügt.

Abschließend bleibt zu betonen, was diese Arbeit leisten konnte und was nicht. Es wurde untersucht, wie die Invasion Russlands in die Ukraine die Ideologie der Partei Bündnis 90/Die Grünen beeinflusst hat. Der Fokus lag auf der Analyse der unmittelbaren Auswirkungen dieses „diskursiven Ereignisses“ auf die Friedens- und Sicherheitspolitik der Partei sowie auf den begleitenden Diskursstrategien. Damit wurden der wichtigsten Faktoren für die aktuelle außenpolitische Veränderung der Grünen beschrieben, die Entwicklung von Ideologien bleibt jedoch ein dynamischer Prozess, welcher keinen Endpunkt haben kann und auch mit weiteren sich wandelnden geopolitischen und gesellschaftlichen Realitäten verknüpft bleibt. Eine weitere kritische Begleitung dieses diskursiven Prozesses kann wertvolle Einblicke nicht nur in die Politik der Grünen, sondern auch in die Mechanismen geben, wie politische Parteien mit Konflikten und Widersprüchen eigener Werte umgehen. So bleibt einerseits zu beobachten und weiter zu analysieren, wie sich der Konflikt in der Ukraine entwickelt und die Grünen diesbezüglich ihre Positionen und Argumentation ideologisch anpassen.

Andererseits zeigt sich, nachdem die Mittel des Sondervermögens für die Bundeswehr verplant sind, auch in der Debatte um die eigenen Verteidigungsausgaben weiterer politischer Diskussionsbedarf. In den Tagen der Fertigstellung dieser Arbeit forderte Robert Habeck nunmehr als Kanzlerkandidat der Grünen eine Erhöhung des Verteidigungsetats auf 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts (tagesschau.de, 2025). Hier gilt es den parteiinternen Diskurs und die zukünftigen Entwicklungen im Blick zu behalten.

Darüber hinaus gilt es den Blick zu weiten und vergleichend zum Russisch-Ukrainischen Krieg auch die Haltung der Grünen in anderen Konflikten zu untersuchen. Hierfür würden sich beispielsweise die neuesten Entwicklungen im Nahostkonflikt anbieten. Vor dem Hintergrund der Vorwürfe des Verstoßes gegen das humanitäre Völkerrecht durch Israel werden die Waffenlieferungen an den Partnerstaat Israel diskutiert. Dabei schien es zuletzt Bestrebungen der grünen Regierungsmitglieder Robert Habeck und Annalena Baerbock gegeben zu haben, Rüstungsexporte an Israel im Bundessicherheitsrat zu blockieren (Schieritz, 2024). Nur 39% der Grünen-Wähler:innen sind für Waffenlieferungen an Israel, dennoch zeigen die Anhänger:innen der Partei immer noch die stärkste Unterstützung im Vergleich zu anderen Parteien (Jüdische Allgemeine, 2024). Allein aufgrund dieser Tatsachen stellen die Grünen in Bezug auf diesen Konflikt einen spannenden Fall dar, welcher bereichernd mit den Erkenntnissen dieser Arbeit kombiniert werden könnte.

7 Literatur- und Quellenverzeichnis

am Orde, S., & Schulze, T. (2024, Februar 29). Hofreiter über Scholz' Ukraine-Politik: „Eine schwere Fehleinschätzung“. *Die Tageszeitung: taz*. <https://taz.de/!5995425/>

Amnesty International. (2022, April 5). *Ukraine: Offensichtliche Kriegsverbrechen der russischen Armee in Butscha müssen untersucht werden*. <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/ukraine-kriegsverbrechen-russische-armee-butscha-untersuchung>

Augstein, J. (2023, Februar 9). Anton Hofreiter im Freitag-Salon: „Grüner Pazifismus ist nicht gewaltfrei“. *Der Freitag*. <https://www.freitag.de/autoren/jaugstein/anton-hofreiter-im-gespraech-gruener-pazifismus-ist-nicht-gewaltfrei>

Baerbock, A. (2020). Annalena Baerbock, DIE GRÜNEN | 18.09.2020 | Nord Stream 2 | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/177*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190177075?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Baerbock, A. (2022a). Annalena Baerbock, | 27.02.2022 | Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/19*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200019005?q=Grundfesten&dateFrom=2022-02-25&dateTo=2022-03-02>

Baerbock, A. (2022b, Februar 24). *Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock*,. Die Bundesregierung informiert | Startseite. <https://www.bundesregierung.de/bregde/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-der-bundesministerin-des-auswaertigen-annalena-baerbock--2007934>

Baerbock, A. (2022c, Mai 27). *Rede von Außenministerin Annalena Baerbock anlässlich der Verleihung des internationalen Karlspreises zu Aachen an Maria Kolesnikowa, Weronika Zepkalo und Swetlana Tichanowskaja*. Deutsche Botschaft Minsk. <https://minsk.diplo.de/byde/themen/politik/humanitaere-zusammenarbeit-de/2533026-2533026>

Banaszak, F. (2022). Felix Banaszak, DIE GRÜNEN | 23.03.2022 | Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/24*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200024073?page=11&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Bender, J. (2022, April 23). Interview mit Anton Hofreiter: „Der Stil von Scholz passt nicht“. *FAZ.NET*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/interview-mit-anton-hofreiter-der-stil-von-scholz-passt-nicht-17976069.html>

Bethke, H. (2022, April 15). Interview mit Hans-Christian Ströbele: Der Pazifismus lebt. *Neue Zürcher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/international/interview-mit-hans-christian-stroebele-der-pazifismus-lebt-ld.1679305>

Blanke, P. (2021, Dezember 17). Ukraine-Konflikt: Russland veröffentlicht Forderungen an Nato zu Sicherheitsgarantien. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-12/ukraine-konflikt-russland-nato-sicherheitspakt>

Böll, S., & Kummert, T. (2022, Januar 19). *Strack-Zimmermann (FDP) über Wladimir Putin: „Er träumt von einer Sowjetunion 2.0“*. t-online. <https://www.t->

online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_91503690/strack-zimmermann-fdp-ueber-wladimir-putin-er-traeumt-von-einer-sowjetunion-2-0-.html

Bomprezzi, P., Kharitonov, I., & Trebesch, C. (2024). *Ukraine Support Tracker—A Database of Military, Financial and Humanitarian Aid to Ukraine*. Kiel Institute. <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/>

bpb.de. (2020). *Bundessicherheitsrat (BSR)*. bpb.de. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/296278/bundessicherheitsrat-bsr/>

bpb.de. (2022, März 24). *NATO-Osterweiterung*. bpb.de. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/506585/nato-osterweiterung/>

bpb.de. (2024, März 15). *18. März 2014: Russlands Annexion der Krim*. bpb.de. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/287565/18-maerz-2014-russlands-annexion-der-krim/>

bpb.de. (2023, November 21). *Der Euromaidan und die Folgen*. bpb.de. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/542894/der-euromaidan-und-die-folgen/>

Brugger, A. (2017). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 29.06.2017 | Abrüstungspolitik | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/243*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180243026?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2020). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 11.09.2020 | Aktuelle Stunde zum Fall Nawalny | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/174*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190174118?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2022). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 28.04.2022 | Umfassende Unterstützung für die Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/31*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200031009?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Bubrowski, H. (2022, März 1). *Waffen für die Ukraine: Mihalic erklärt Grünen-Kehrtwende*. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/waffen-fuer-die-ukraine-mihalic-erklart-gruenen-kehrtwende-17841243.html>

Bullion, C. von. (2021, Mai 25). *Habeck offen für Waffenlieferungen an die Ukraine*. Süddeutsche.de. <https://www.sueddeutsche.de/politik/robert-habeck-ukraine-waffenlieferungen-1.5303788>

Bundesregierung. (2000, Januar 19). *Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern*. <https://www.bits.de/public/documents/Ruestungsexport/Politische-Grundsaeetze-2000.pdf>

Bundesregierung. (2019, Juni 26). *Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern*. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/politische-grundsaeetze-fuer-den-export-von-kriegswaffen-und-sonstigen-ruestungsguetern.html>

Bundesregierung. (2022, Februar 26). *Bundesregierung liefert Waffen aus Bundeswehr-Beständen an die Ukraine*. Die Bundesregierung informiert | Startseite. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundesregierung-liefert-waffen-aus-bundeswehr-bestaenden-an-die-ukraine-2008214>

Bundesregierung. (2024, Juni 25). *14. Sanktionspaket gegen Russland | Bundesregierung*. Die Bundesregierung informiert | Startseite. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/eu-sanktionen-2250316>

Bündnis 90, & Die Grünen. (1993, Januar 17). *Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen*. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1993_001_Asoziationsvertrag.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (1994, Februar). *Nur mit uns. Programm zur Bundestagswahl*. Bundesdelegiertenkonferenz, Mannheim. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/stiftung/1994_Wahlprogramm.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2013). *Zeit für den grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*. <https://cms.gruene.de/uploads/assets/BUENDNIS-90-DIE-GRUENEN-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf>

Bündnis 90/Die Grünen. (2014). *Europa. Mitentscheiden. Erneuern. Zusammenhalten. Europawahlprogramm 2014 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*. <https://www.gruene-hessen.de/par-tei/files/2018/08/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf>

Bündnis 90/Die Grünen. (2016a, 13.11). *Beschluss: Neues Wettrüsten verhindern – Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben*. 40. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, Münster. https://cms.gruene.de/uploads/assets/V-01_Neues_Wettruerten_verhindern.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2016b, 13.11). *Keine Waffen in Kriegsgebiet—Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien*. 40. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, Münster. https://cms.gruene.de/uploads/assets/V-49_Keine_Waffen_in_Kriegsgebiet.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2017). *Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2019). *Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/B90GRUENE_Europawahlprogramm_2019_barrierefrei.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2020a). *Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021*. <https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>

Bündnis 90/Die Grünen. (2020b, November 22). „... *Zu achten und zu schützen...*“. *Veränderung schafft Halt*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20200125_Grundsatzprogramm.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2021a). *Das Wahlprogramm kurz & knapp*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/Wahlprogramm_kurz_und_knapp_DIE_GR%C3%9CNEN.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2021b). *Wahlplakat: Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete*. <https://www.facebook.com/photo/?fbid=10161105035593219&set=a.103764373218>

Bündnis 90/Die Grünen. (2021c, September 21). *Tweet von Bündnis90/Die Grünen vom 21.09.2021* [Tweet]. Twitter. https://x.com/Die_Gruenen/status/1440316635126980623

Bündnis 90/Die Grünen. (2024a). *Was uns schützt. Europawahlprogramm 2024*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2024b, Dezember 17). *Zusammen wachsen. Regierungsprogramm 2025. Entwurf des Bundesvorstandes*. <https://www.gruene.de/artikel/zusammen-wachsen>

Decker, M. (2015, Dezember 21). Interview mit Anton Hofreiter: „Krieg führen ohne Strategie ist keine Lösung“. *Mitteldeutsche Zeitung*. <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/politik/interview-mit-anton-hofreiter-krieg-fuehren-ohne-strategie-ist-keine-losung-3089708>

Decker, M., & Peter, T. (2022, Juni 1). *Bei Grünen und SPD regt sich Unmut gegen das Sondervermögen*. Redaktionsnetzwerk Deutschland. <https://www.rnd.de/politik/bei-gruenen-und-spd-regt-sich-unmut-gegen-das-sondervermoegen-KBOCIS5VVBFBGRMCB3DWEX-LHE.html>

Der Spiegel. (2021, Mai 26). *Bundesregierung will keine Waffen an die Ukraine liefern – und widerspricht Grünen-Chef Robert Habeck*. <https://www.spiegel.de/politik/ukraine-bundesregierung-lehnt-waffenlieferungen-ab-a-2d5d026d-c621-4f45-ad2b-b318824f5f3b>

Der Spiegel. (2022, April 30). *Grüne Jugend fordert die Ablehnung des Bundeswehr-Sondervermögens*. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-jugend-fordert-die-ablehnung-des-bundeswehr-sondervermoegens-a-b24a9f10-ce51-4d8c-9320-c0fe88a2db72>

Der Spiegel. (2024, November 22). *Grüne: Partei verzeichnet nach Koalitionsbruch Rekord-Mitgliederzahl*. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/panorama/gruene-verzeichnen-nach-koalitionsbruch-rekord-mitgliederzahl-a-de833c25-89ac-4818-aa1d-fc5a47096ce4>

Deutscher Bundestag. (1995, Juni 30). *Plenarprotokoll 13/48*. <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13048.pdf>

Deutscher Bundestag. (1998, Oktober 16). *Plenarprotokoll 13/248*. <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13248.pdf>

Deutscher Bundestag. (1999, Februar 25). *Plenarprotokoll 14/22*. <https://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0814/bic/plenarprotokolle/pp/1999/index.htm>

Deutscher Bundestag. (2001, November 16). *Plenarprotokoll 14/202*. <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14202.pdf>

Deutscher Bundestag. (2022a, April 28). *Deutscher Bundestag—Namentliche Abstimmungen—Umfassende Unterstützung für die Ukraine (Antrag)*. Deutscher Bundestag. <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung>

Deutscher Bundestag. (2022b, Juni 3). *Plenarprotokoll 20/42*. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20042.pdf>

deutschlandfunk.de. (2015, Februar 3). *Ukraine-Konflikt—USA wollen keine Waffen liefern*. Die Nachrichten. <https://www.deutschlandfunk.de/ukraine-konflikt-usa-wollen-keine-waffen-liefern-100.html>

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. (2021, Juni 17). *U.S.-Russia Summit: Der Dialog von Genf in Bildern*. <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/newsuebersicht/2021/06/2021-geneva-summit.html>

Fairclough, N. (2023). Critical Discourse Analysis. In M. Handford & J. P. Gee (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Discourse Analysis* (Second Edition, S. 11–22). Taylor & Francis Group. <http://ebookcentral.proquest.com/lib/augsburg/detail.action?docID=7222305>

Fathi, K. (2024). *Der Russland-Ukraine-Krieg: Eine Manifestation des „Neuen Kalten Krieges“?: Lösungsperspektiven aus der Friedensforschung*. Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-44357-3>

FAZ. (2022, Januar 22). *Bundesregierung bekräftigt Nein zu Waffenlieferungen an Kiew*. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bundesregierung-bekraeftigt-nein-zu-waffenlieferungen-an-kiew-17746002.html>

Fieber, M. (2022, Mai 3). *Anton Hofreiter: „Es ist eine linke Position, die Ukraine stark zu unterstützen!“* WEB.DE News. <https://web.de/magazine/politik/anton-hofreiter-linke-position-ukraine-stark-unterstuetzen-36830146>

Fischer, S. (2019). *Der Donbas-Konflikt. Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). <https://www.swp-berlin.org/publikation/donbas-konflikt-schwieriger-friedensprozess>

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. (2017, Juni 21). *Rüstungsexporte endlich reduzieren – Frieden, Sicherheit und Menschenrechte bei den Entscheidungen stärken*. *Deutscher Bundestag, Drucksache: 18/12825*. <https://dserver.bundestag.de/btd/18/128/1812825.pdf>

Grauvogel, J., & Soest, C. von. (2023). *Erfolg und Grenzen der Sanktionspolitik gegen Russland*. *Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 73(10–11), 33–39.

Habeck, R. (2022). Robert Habeck, | 27.02.2022 | Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/19*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200019011?a=media&id=DE-0200019011&sessionID=DE-0200019&sort=topic-asc&lang=en>

Hannemann, M. (2024, Mai 13). *Farbbeutelattache auf Joschka Fischer: Protest gegen Krieg*. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/joschka-fischer-farbbeutelattache-102.html>

Härtel, A. (2021, November 26). *Russischer Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze: Eine Invasion ist möglich*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). <https://www.swp-berlin.org/publikation/russischer-truppenaufmarsch-an-der-ukrainischen-grenze-eine-invasion-ist-moeglich>

Haßelmann, B. (2022). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt, Unabhängiger Kontrollrat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*.

<https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040006?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Hofreiter, A. (2016). Anton Hofreiter, DIE GRÜNEN | 07.07.2016 | Regierungserklärung zum NATO-Gipfel | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/183*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180183006?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Hofreiter, A. (2022a). Anton Hofreiter, DIE GRÜNEN | 20.10.2022 | Regierungserklärung zum Europäischen Rat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/63*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200063018?page=7&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Hofreiter, A. (2022b, April 23). *Die Ukraine unterstützen – auch mit schweren Waffen*. toni-hofreiter.de. <https://toni-hofreiter.de/die-ukraine-unterstuetzen-auch-mit-schweren-waffen/>

Hofreiter, A., & Prieto Peral, T. (2024, Juni 18). Politiker Hofreiter und Regionalbischof Prieto Peral über Frieden zwischen Gewaltfreiheit und gerechtem Krieg | Sonntagsblatt. *Sonntagsblatt*. <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/debatte/politiker-anton-hofreiter-und-bischof-thomas-prieto-peral-ueber-den-frieden>

Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9781400869589>

Jäger, M., & Jäger, S. (2007). *Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90387-3>

Jäger, S. (2002). Kritische Diskursanalyse in der Praxis. In M. Chlada & G. Dembowski (Hrsg.), *Das Foucaultsche Labyrinth: Eine Einführung* (1. Auflage, S. 113–124). Alibri.

Jäger, S., Zimmermann, J., & Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hrsg.). (2019). *Lexikon kritische Diskursanalyse: Eine Werkzeugkiste* (2. Auflage). UNRAST-Verlag.

Jüdische Allgemeine. (2024, Oktober 22). *Grüne am ehesten für Waffenexporte nach Israel*. Jüdische Allgemeine. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/gruene-am-ehesten-fuer-waffenexporte-nach-israel/>

Keul, K. (2021). Katja Keul, DIE GRÜNEN | 29.01.2021 | Aktuelle Stunde – Beitritt zum UN-Verbot von Atomwaffen | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/207*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190207110?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Klug, T. (2022, Februar 7). *Faktencheck: Deutsche Waffen in Krisengebieten – DW – 07.02.2022*. dw.com. <https://www.dw.com/de/faktencheck-deutschland-liefert-doch-waffen-in-krisengebiete/a-60667432>

Knodt, M., & Wiesner, C. (2023). Krieg in der Ukraine. In W. Weidenfeld, W. Wessels, & F. Tekin (Hrsg.), *Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration* (S. 449–452). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41005-6_132

- Kolb, M., & Krüger, P.-A. (2022, Januar 26). *Verwunderung über Berlins Ukraine-Politik*. Süddeutsche.de. <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-bundeswehr-helme-1.5515992>
- Küstner, K. (2023, Februar 24). *Waffenlieferungen an Ukraine: Wie aus Helmen Panzer wurden*. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/waffenlieferungen-ukraine-zeitenwende-101.html>
- Lange, S. (2022, April 21). Anton Hofreiter: „Ein Flächenbrand droht“. *Fränkischer Tag*. <https://www.fraenkischertag.de/ueberregional/politik/anton-hofreiter-erklaert-warum-er-fuer-waffen-fuer-die-ukraine-ist-und-er-kritisiert-kanzler-scholz-art-140431>
- Ley, I. (2022). Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete? *Verfassungsblog*. <https://doi.org/10.17176/20220121-163159-0>
- Limberg, H. (2022). Helge Limburg, DIE GRÜNEN | 12.05.2022 | Reaktion des Rechtsstaats auf den Angriffskrieg Russlands | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/34*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200034118?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Limberg, H. (2023). Helge Limburg, DIE GRÜNEN | 29.03.2023 | Aktuelle Stunde: Ein Jahr nach Bucha - für Gedenken und strafrechtliche Aufarbeitung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/93*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200093027?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Lindner, T. (2016). Tobias Lindner, DIE GRÜNEN | 07.09.2016 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/186*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180186040?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- lpb-bw.de. (2024). *Chronik des Ukraine-Konflikts von 2014 bis 2023—Zeitleiste Ukraine—Ukraine aktuell—Russland Ukraine Krieg—Chronologie der Ereignisse—News—Liveblog*. lpb-bw.de. <https://www.lpb-bw.de/chronik-ukrainekonflikt>
- Mannheim, K. (with Kaube, J.). (2015). *Ideologie und Utopie* (9., um eine Einleitung erweiterte Auflage). Vittorio Klostermann GmbH. (Ursprünglich erschienen 1929)
- Maurer, M., Haßler, J., & Jost, P. (2023). Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg. *Forschungsbericht für die Otto Brenner Stiftung*. https://www.otto-brennerstiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2023_Ukraine_Berichterstattung_Endbericht.pdf
- May, P. (2021, Mai 26). *Habeck (Grüne) zu Waffenlieferungen an Ukraine—"Die Ukraine fühlt sich sicherheitspolitisch alleingelassen"*. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/habeck-gruene-zu-waffenlieferungen-an-ukraine-die-ukraine-100.html>
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse*. <https://content-select-com.emedien.ub.uni-muenchen.de/de/portal/media/view/552557d1-12fc-4367-a17f-4cc3b0dd2d03?forceauth=1>
- Mayring, P., & Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 633–648). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_42
- Melnyk, A. (2022, Februar 26). *Tweet von Andrii Melnyk vom 26.02.2022* [Tweet]. Twitter. <https://x.com/MelnykAndrij/status/1497499312300826629>

- Mitrokhin, N. (2023). Unerwartete Kriegsverläufe. *Russland-Analysen*, 432, 2–4. <https://doi.org/10.31205/RA.432.02>
- Muschel, R. (2024, September 5). *Winfried Hermann: Der Grüne, der den Pazifismus nicht aufgeben will*. Süddeutsche.de. <https://www.sueddeutsche.de/politik/die-gruenen-ukraine-pazifismus-hermann-lux.62fxj8VsaNrLZosXQCWUDp>
- Nachtwei, W. (2019). Interventionen für den Frieden. In H. J. Gießmann & B. Rinke (Hrsg.), *Handbuch Frieden* (S. 99–109). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23644-1_5
- Nanni, S. (2022a). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 23.03.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/24*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200024067?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Nanni, S. (2022b). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 23.11.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/69*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200069067?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Nouripour, O. (2022). Omid Nouripour, DIE GRÜNEN | 22.09.2022 | Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/54*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200054113?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Pfetsch, F. R. (2003). Die rot-grüne Außenpolitik. In C. Egle, T. Ostheim, & R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Das rot-grüne Projekt: Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002* (S. 381–398). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-83375-4_18
- Philippi, N. (1997). *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland*. Lang.
- Pleines, H. (2022, Februar 14). *Analyse: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen: Was ist möglich?* bpb.de. <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-261/346854/analyse-die-umsetzung-der-minsker-vereinbarungen-was-ist-moeglich/>
- Probst, L. (2013). Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE). In O. Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung* (S. 509–540). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18932-1_18
- Puschner, S. (2022, Dezember 20). Grünen-Parteiaustritt: „Annalena Baerbocks Ton kam mir plötzlich so fremd vor“. *Der Freitag*. <https://www.freitag.de/autoren/sebastianpuschner/gruenen-parteiaustritt-annalena-baerbocks-ton-kam-mir-ploetzlich-so-fremd-vor>
- Raith, M. (2006). *Der rot-grüne Beitrag zur Konfliktregulierung in Südosteuropa: Eine rollen- und zivilmachttheoretische Untersuchung der deutschen Kosovo- und Mazedonienpolitik* (1. Auflage). Nomos Verl.-Ges.
- Reimann, A., & Hoffmeister, H. (2022, März 23). (S+) Waffen für die Ukraine, Rüstung für Deutschland: Wie halten die Grünen das nur aus? *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-gruenen-waffenlieferungen-und-bundeswehr-ruestung-wie-haelt-die-partei-das-nur-aus-a-ffc25050-de1c-4ebf-9b0f-ab82ce27b910>

Richter, W. (2023). Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Vorbereitung – Kriegsverlauf – Ressourcen – Risiken – Folgerungen. *FES Regional Office for International Cooperation Cooperation and Peace*. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/20886.pdf>

Riedel, M. (2021). *Die Positionierung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr in den Konflikten in Bosnien, Kosovo und Afghanistan*. Universität Bremen.

Roßbach, H., Brössler, D., Szymanski, M., Krüger, P.-A., & Bullion, C. von. (2022, Februar 28). *Wie der Kanzler alle überraschte: 100 Milliarden für die Bundeswehr*. Süddeutsche.de. <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-russland-bundeswehr-scholz-1.5538616>

Roßmann, R., Szymanski, M., Krüger, P.-A., & Bullion, C. von. (2022, Mai 31). *Sondervermögen für die Bundeswehr: Die Grünen haben nichts bekommen*. Süddeutsche.de. <https://www.sueddeutsche.de/politik/sondervermoegen-bundeswehr-gruene-1.5594376>

Roth, C., Nachtwei, W., Beer, A., Bell, A., Bendiek, A., Brantner, F., Fischer, M., Fücks, R., Gäth, B., Hermann, W., Hippler, J., Kuhn, F., Müller, K., Pahl, F., Schmidt, F., Trittin, J., & Worschech, S. (2008). *Abschlussbericht der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*.

Sasse, G. (2018, November 30). *Kommentar: Zwischen Realität und Mythenbildung: Der Maidan vor fünf Jahren*. bpb.de. <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/281640/kommentar-zwischen-realitaet-und-mythenbildung-der-maidan-vor-fuenf-jahren/>

Sasse, G. (2022). *Der Krieg gegen die Ukraine: Hintergründe, Ereignisse, Folgen* (2. Auflage). C.H.Beck.

Schäfer, J. (2023a). Jamila Schäfer, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Verhandlungsinitiative zur Beendigung des Ukraine-Krieges | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088051?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, J. (2023b). Jamila Schäfer, DIE GRÜNEN | 09.02.2023 | Friedensplan mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/85*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200085077?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schieritz, M. (2024, Oktober 14). Bundessicherheitsrat: Verzögerten die Grünen Waffenlieferungen an Israel? *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-10/bundessicherheitsrat-israel-waffenlieferung-menschenrechte-roboter-habeck>

Schikowski, F. (2021). *Eine kurze Geschichte mit langanhaltender Wirkung: 30 Jahre Parteigründung Bündnis 90 | Heinrich-Böll-Stiftung*. <https://www.boell.de/de/2021/09/24/eine-kurze-geschichte-mit-langanhaltender-wirkung-30-jahre-partiegruendung-buendnis-90>

Schmuck-Soldan, S. (2004). *Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen. Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie 1990-2000* [doctoralThesis, Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät III]. <https://doi.org/10.18452/15141>

Schneider, J. (2022, April 30). *Grüne Basis stimmt für Waffenlieferungen an die Ukraine*. Süddeutsche.de. <https://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-baerbock-ukraine-nouripour-1.5575867>

Scholz, O. (2024, Februar 27). *Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers am 27.2.2022*. Die Bundesregierung informiert | Startseite. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>

Specht, S., & Goebbel, A. (2022, Februar 20). *Wie es zum Krieg in der Ukraine kommen konnte* | ZDFheute. <https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/russland-ukraine-konflikt-zeitstrahl/index.html>

Spellerberg, M. (2022). Merle Spellerberg, DIE GRÜNEN | 29.04.2022 | Jahresbericht 2021 der Wehrbeauftragten | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/32*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200032006?page=10&q=Ukraine&factoidID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Statista. (2024a). *Umfrage zu deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine 2024*. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1454716/umfrage/umfrage-zu-waffenlieferungen-von-deutschland-an-die-ukraine/>

Statista. (2024b, Januar 2). *Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine nach Parteien 2022*. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1305642/umfrage/umfrage-zu-lieferung-schwerer-waffen-an-die-ukraine-nach-parteien/>

Statista. (2024c, Februar 23). *Ukraine-Krieg: Waffenlieferungen durch europäische Staaten nach Parteien 2024*. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1453051/umfrage/umfrage-zu-waffenlieferungen-europaeischer-staaten-an-ukraine-nach-parteien/>

Statista. (2024d, September 17). *Umfrage zu deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine 2024*. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1454716/umfrage/umfrage-zu-waffenlieferungen-von-deutschland-an-die-ukraine/>

Stiens, T., Neuerer, D., & Olk, J. (2024, Februar 24). *Ukraine-Krieg: Waffenlieferungen und Stärke der Bundeswehr*. handelsblatt.de. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ukraine-krieg-sollte-deutschland-noch-waffen-an-die-ukraine-liefern/28103168.html>

Switek, N. (2012). Bündnis 90/Die Grünen: Zur Entscheidungsmacht grüner Bundespartei-tage. *Wie entscheiden Parteien? Sonderhefte Zeitschrift für Politikwissenschaft, Band 2*, 121–153.

Switek, N. (2017). Die Grünen. In E. Wiesendahl (Hrsg.), *Parteien und soziale Ungleichheit* (S. 145–168). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10390-3_6

Switek, N. (2021). Bündnis 90/Die Grünen. In U. Andersen, J. Bogumil, S. Marschall, & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 142–148). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3_13

tagesschau.de. (2025, Januar 3). *Habeck für deutliche Steigerung der Verteidigungsausgaben*. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/habeck-verteidigungsausgaben-100.html>

Tripps, F., & Friedemann, V. (2022). Schlaglichter des Kriegsdiskurses: Eine kleine Inventar-auswahl zum öffentlichen Sprachgebrauch im Frühjahr 2022. *Sonderheft für eine andere Zei-tenwende Gemeinsame Diskursintervention der Zeitschrift kultuRRevolution und des DISS-Journals*, 61–65.

- Trittin, J. (2017). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 19.01.2017 | Aktuelle Stunde zu den US-Truppenverlegungen nach Osteuropa | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/212*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180212038?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Trittin, J. (2020). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 13.02.2020 | Abzug von US-Soldaten aus Deutschland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/146*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190146149?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Trittin, J. (2021). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 09.12.2021 | Aktuelle Stunde—Truppenkonzentration russischer Streitkräfte an der Staatsgrenze der Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/6*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200006068?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Trittin, J. (2023a). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Regierungserklärung—Ein Jahr Zeitenwende | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088014?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Trittin, J. (2023b). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 09.02.2023 | Friedensplan mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/85*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200085066?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- UN Human Rights Office of The High Commissioner. (2022, Dezember 7). *UN report details summary executions of civilians by Russian troops in northern Ukraine*. OHCHR. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/12/un-report-details-summary-executions-civilians-russian-troops-northern>
- Unabhängige Grüne Linke. (2022, März 4). Offener Brief an die GRÜNEN. *Grüne Linke*. <https://gruene-linke.de/2022/03/04/offener-brief-an-die-gruenen/>
- United Nations. (2016, Dezember 31). *The Responsibility to Protect*. United Nations; United Nations. <https://www.un.org/en/chronicle/article/responsibility-protect>
- Unterseher, L. (2023). *Krieg in der Ukraine: Hintergründe und Abgründe*. Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-42071-0>
- Van Dijk, T. A. (2013). Ideology and Discourse. In M. Freeden & M. Stears (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Ideologies* (S. 175–196). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199585977.013.007>
- Vates, D. (2021, Mai 26). *Jürgen Trittin zu Habeck-Vorstoß: Waffenexporte in Ukraine widersprechen unserem Grundsatz*. <https://www.rnd.de/politik/juergen-trittin-zu-habeck-vorstoss-waffenexporte-in-ukraine-widersprechen-unserem-grundsatz-4E7CI6EBN5EDRJBOP66QPFOE34.html>
- Vereinte Nationen. (o. J.). *UN-Charta*. Vereinte Nationen - Regionales Informationszentrum für Westeuropa. Abgerufen 16. Oktober 2024, von <https://unric.org/de/charta/>
- Wagener, R. (2021). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 09.12.2021 | Aktuelle Stunde—Truppenkonzentration russischer Streitkräfte an der Staatsgrenze der Ukraine | Open Parliament

- TV. *Plenarprotokoll 20/06*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200006073?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Wagener, R. (2022a). Niklas Wagener, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040069?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Wagener, R. (2022b). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 17.02.2022 | Haltung des Westens zur Politik Russlands | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/17*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200017035?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Wagener, R. (2022c). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 22.06.2022 | Regierungserklärung EU Rat, G7-Gipfel, NATO-Gipfel | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/43*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200043029?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- Wagener, R. (2022d). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 27.01.2022 | Vereinbarte Debatte Frieden in Europa sichern – Territoriale Integrität der Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/14*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200014012?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>
- welt.de. (2022, Februar 24). *Robert Habeck: „Wir werden keine Waffen an die Ukraine liefern“ - WELT*. DIE WELT. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237124841/Robert-Habeck-Wir-werden-keine-Waffen-an-die-Ukraine-liefern.html>
- Wodak, R. (2021). Critical discourse studies. In K. Hyland, B. Paltridge, & L. Wong (Hrsg.), *The Bloomsbury Handbook of Discourse Analysis* (S. 35–50). Bloomsbury Publishing Plc. <http://ebookcentral.proquest.com/lib/augsburg/detail.action?docID=6640464>
- Wünsch, B. (2024, April 3). *Zwei Jahre nach Massaker von Butsch: Erinnerung und Schmerz*. ZDFheute. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/butsch-massaker-erinnerung-ukraine-100.html>
- Yalcin, E. (2024, Oktober 10). *Von wegen isoliert*. ipg-journal.de. https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/von-wegen-isoliert-7829/?utm_campaign=de_40_20241010&utm_medium=email&utm_source=newsletter
- youtube.com (Regisseur). (2022, Februar 28). *Die Zeitenwende-Rede von Kanzler Scholz: Das freie Europa verteidigen* [Video recording]. <https://www.youtube.com/watch?v=e1ny1nf55k>
- Zeit Online, Z. (2015, März 11). Ukraine-Krieg: USA liefern Drohnen und Humvees an Ukraine. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/ukraine-krieg-usa-militaerhilfen-drohnen-fahrzeuge>

8 Anlagen

Anlage 1: Verzeichnis Analysematerial vor dem 24.02.2022

Baerbock, A. (2020). Annalena Baerbock, DIE GRÜNEN | 18.09.2020 | Nord Stream 2 | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/177*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190177075?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Bannas, G. (2007, April 11). „*Friedensinitiative*“: *Grünen-Pazifisten gründen Flügel*. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/politik/friedensinitiative-gruenen-pazifisten-gruenden-fluegel-1433692.html>

Beck, M. (2014). Marieluise Beck, DIE GRÜNEN | 13.11.2014 | Sanktionen gegen Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/66*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180066122?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brantner, F. (2016). Franziska Brantner, DIE GRÜNEN | 13.01.2016 | Aktuelle Stunde Lage im Nahen und Mittleren Osten | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/148*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180148049?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brantner, F. (2019). Franziska Brantner, DIE GRÜNEN | 20.03.2019 | Deutsch-französisches Parlamentsabkommen | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190088008?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2017). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 29.06.2017 | Abrüstungspolitik | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/243*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180243026?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2019). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 16.05.2019 | Gemeinsame Außen- u. Sicherheitspolitik der EU | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/101*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190101130?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2020). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 11.09.2020 | Aktuelle Stunde zum Fall Nawalny | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/174*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190174118?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2022a). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 14.01.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/12*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200012045?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2022b). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 17.02.2022 | Haltung des Westens zur Politik Russlands | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/17*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200017026?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Bündnis 90/Die Grünen. (2013). *Zeit für den grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*. <https://cms.gruene.de/uploads/assets/BUENDNIS-90-DIE-GRUENEN-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf>

Bündnis 90/Die Grünen. (2014). *Europa. Mitentscheiden. Erneuern. Zusammenhalten. Europawahlprogramm 2014 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*. <https://www.gruene-hessen.de/partei/files/2018/08/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf>

Bündnis 90/Die Grünen. (2016a, 13.11). *Beschluss: Neues Wettrüsten verhindern – Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben*. 40. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, Münster. https://cms.gruene.de/uploads/assets/V-01_Neues_Wettruesten_verhindern.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2016b, 13.11). *Keine Waffen in Kriegsgebiet—Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien*. 40. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, Münster. https://cms.gruene.de/uploads/assets/V-49_Keine_Waffen_in_Kriegsgebiet.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2017). *Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2019). *Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/B90GRUENE_Europawahlprogramm_2019_barrierefrei.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2020a). *Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021*. <https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>

Bündnis 90/Die Grünen. (2020b, November 22). „... *Zu achten und zu schützen...*“. *Veränderung schafft Halt*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20200125_Grundsatzprogramm.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2021a). *Das Wahlprogramm kurz & knapp*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/Wahlprogramm_kurz_und_knapp_DIE_GR%C3%9CNEN.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2021b). *Wahlplakat: Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete*. <https://www.facebook.com/photo/?fbid=10161105035593219&set=a.103764373218>

Bündnis 90/Die Grünen. (2024). *Kurzwahlprogramm zur Europawahl*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/Europawahl-2024_Kurzwahlprogramm_Flyer.pdf

Caspari, L., & Lau, M. (2014, Oktober 24). Katrin Göring-Eckardt: „Die Grünen waren nie eine pazifistische Partei“. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-10/die-gruenen-katrin-goering-eckardt-syrien>

Decker, M. (2015, Dezember 21). Interview mit Anton Hofreiter: „Krieg führen ohne Strategie ist keine Lösung“. *Mitteldeutsche Zeitung*. <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/politik/interview-mit-anton-hofreiter-krieg-fuehren-ohne-strategie-ist-keine-losung-3089708>

Dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen Beitreten, Drucksache 19/25811, Deutscher Bundestag (2021). <https://dserver.bundestag.de/btd/19/258/1925811.pdf>

Deutsch-französisches Abkommen im Rüstungsbereich – Einschränkungen in der deutschen Exportkontrolle verhindern, Drucksache 19/15077, Deutscher Bundestag (2019). <https://dserver.bundestag.de/btd/19/150/1915077.pdf>

Die Genehmigung Für U-Boote an Die Türkei Widerrufen, Drucksache 19/23732, Deutscher Bundestag (2020). <https://dserver.bundestag.de/btd/19/237/1923732.pdf>

Eckpunkte für ein Rüstungsexportkontrollgesetz, Drucksache 18/4940, Deutscher Bundestag (2015). <https://dserver.bundestag.de/btd/18/049/1804940.pdf>

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. (2017, Juni 21). Rüstungsexporte endlich reduzieren – Frieden, Sicherheit und Menschenrechte bei den Entscheidungen stärken. *Deutscher Bundestag, Drucksache: 18/12825*. <https://dserver.bundestag.de/btd/18/128/1812825.pdf>

Gasversorgung konsequent europäisch denken, statt mit Projekten wie Nord Stream 2 fossile Abhängigkeiten manifestieren, Drucksache 18/8401 (2016). <https://dserver.bundestag.de/btd/18/084/1808401.pdf>

Gehring, K. (2018). Kai Gehring, DIE GRÜNEN | 17.05.2018 | Bildung und Forschung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/33*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190033091?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Grüne Friedensinitiative. (2007). *Das friedenspolitische Erbe der GRÜNEN bewahren! Bündnisgrüne Friedenspolitik erneuern!* <https://gruene-friedensinitiative.de/gruendungserklaerung.html>

Hausding, G. (2021). *Deutscher Bundestag—Anträge der Linken und Grünen zu Waffenexporten abgelehnt*. Deutscher Bundestag. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-de-waffenexporte-stoppen-843430>

Hofreiter, A. (2014). Anton Hofreiter, DIE GRÜNEN | 08.10.2014 | Aktuelle Stunde zum Rüstungsbericht und Beschaffungswesen der Bundeswehr | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/56*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180056035?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Hofreiter, A. (2016). Anton Hofreiter, DIE GRÜNEN | 07.07.2016 | Regierungserklärung zum NATO-Gipfel | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/183*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180183006?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Keine Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr, Drucksache 19/25293, Deutscher Bundestag (2020). <https://dserver.bundestag.de/btd/19/252/1925293.pdf>

Keul, K. (2018). Katja Keul, DIE GRÜNEN | 12.09.2018 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/48*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190048066?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Keul, K. (2019). Katja Keul, DIE GRÜNEN | 21.02.2019 | Aktuelle Stunde zu einem vermeintlichen Abkommen mit Frankreich im Verteidigungsbereich | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/83*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190083076?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Keul, K. (2021). Katja Keul, DIE GRÜNEN | 29.01.2021 | Aktuelle Stunde – Beitritt zum UN-Verbot von Atomwaffen | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/207*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190207110?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Kindler, S.-C. (2016). Sven-Christian Kindler, DIE GRÜNEN | 22.11.2016 | Finanzen, Bundesrechnungshof | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/201*.

<https://de.openparliament.tv/media/DE-0180201009?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Kindler, S.-C. (2018). Sven-Christian Kindler, DIE GRÜNEN | 15.05.2018 | Allgemeine Finanzdebatte | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/31*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190031012?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Krischer, O. (2020). Oliver Krischer, DIE GRÜNEN | 19.11.2020 | Nord-Stream 2 | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/192*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190192096?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lehmann, S. (2019). Sven Lehmann, DIE GRÜNEN | 15.02.2019 | Aktuelle Stunde zum Sozialstaatskonzept der SPD | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/81*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190081086?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lindner, T. (2014). Tobias Lindner, DIE GRÜNEN | 26.11.2014 | Bundesministerium der Verteidigung Epl 14 | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/69*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180069042?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lindner, T. (2015). Tobias Lindner, DIE GRÜNEN | 25.11.2015 | Einzelplan Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/139*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180139039?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lindner, T. (2016a). Tobias Lindner, DIE GRÜNEN | 07.09.2016 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/186*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180186040?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lindner, T. (2016b). Tobias Lindner, DIE GRÜNEN | 23.11.2016 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/202*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180202039?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lindner, T. (2018). Tobias Lindner, DIE GRÜNEN | 16.05.2018 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/32*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190032052?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lindner, T. (2019). Tobias Lindner, DIE GRÜNEN | 11.09.2019 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/111*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190111051?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Marschall, J. D., Birgit. (2020, November 18). *Interview Katrin Göring-Eckardt: „Wir Grünen können Kanzlerin oder Kanzler“*. RP ONLINE. https://rp-online.de/politik/deutschland/wir-gruenen-koennen-kanzlerin-oder-kanzler_aid-54675747

May, P. (2021, Mai 26). *Habeck (Grüne) zu Waffenlieferungen an Ukraine—“Die Ukraine fühlt sich sicherheitspolitisch alleingelassen”*. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/habeck-gruene-zu-waffenlieferungen-an-ukraine-die-ukraine-100.html>

Mutlu, Ö. (2017). Özcan Mutlu, DIE GRÜNEN | 22.06.2017 | Inklusive Bildung für alle | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/240*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180240082?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nouripour, O. (2022). Omid Nouripour, DIE GRÜNEN | 27.01.2022 | Deutsche G7-Präsidentschaft | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/14*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200014042?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nukleare Teilhabe beenden – Atomwaffen aus Deutschland abziehen, Drucksache 19/20065, Deutscher Bundestag (2020). <https://dserver.bundestag.de/btd/19/200/1920065.pdf>

Roth, C., Nachtwei, W., Beer, A., Bell, A., Bendiek, A., Brantner, F., Fischer, M., Fücks, R., Gäth, B., Hermann, W., Hippler, J., Kuhn, F., Müller, K., Pahl, F., Schmidt, F., Trittin, J., & Worschech, S. (2008). *Abschlussbericht der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*.

Sarrazin, M. (2020). Manuel Sarrazin, DIE GRÜNEN | 29.10.2020 | Aktuelle Stunde—Friedenslösung für Bergkarabach | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/186*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190186080?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Sarrazin, M. (2021a). Manuel Sarrazin, DIE GRÜNEN | 09.06.2021 | 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/232*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190232015?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Sarrazin, M. (2021b). Manuel Sarrazin, DIE GRÜNEN | 10.02.2021 | Aktuelle Stunde zu den jüngsten Entwicklungen in Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/208*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190208016?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Sarrazin, M. (2021c). Manuel Sarrazin, DIE GRÜNEN | 19.05.2021 | Russlandpolitik | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/229*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190229065?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Sarrazin, M. (2021d). Manuel Sarrazin, DIE GRÜNEN | 22.04.2021 | Aktuelle Stunde—Wachsende Gefahr einer Eskalation in der Ostukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/224*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190224088?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2017). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 19.01.2017 | Aktuelle Stunde zu den US-Truppenverlegungen nach Osteuropa | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/212*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180212038?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2018a). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 08.11.2018 | Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/61*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190061055?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2018b). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 23.02.2018 | Atomwaffenverbotsvertrag | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/15*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190015044?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2020a). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 12.02.2020 | Bundeswehrebeteiligung an NATO-Battlegroup | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/145*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190145058?page=13&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2020b). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 13.02.2020 | Abzug von US-Soldaten aus Deutschland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 19/146*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190146149?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2021a). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 09.12.2021 | Aktuelle Stunde—Truppenkonzentration russischer Streitkräfte an der Staatsgrenze der Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/6*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200006068?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2021b). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 15.12.2021 | Regierungserklärung durch den Bundeskanzler | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/8*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200008015?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Vates, D. (2021, Mai 26). *Jürgen Trittin zu Habeck-Vorstoß: Waffenexporte in Ukraine widersprechen unserem Grundsatz*. <https://www.rnd.de/politik/juergen-trittin-zu-habeck-vorstoss-waffenexporte-in-ukraine-widersprechen-unserem-grundsatz-4E7CI6EBN5EDRJBOP66QPFOE34.html>

Wagener, R. (2021). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 09.12.2021 | Aktuelle Stunde—Truppenkonzentration russischer Streitkräfte an der Staatsgrenze der Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/06*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200006073?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022a). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 17.02.2022 | Haltung des Westens zur Politik Russlands | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/17*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200017035?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022b). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 27.01.2022 | Vereinbarte Debatte Frieden in Europa sichern – Territoriale Integrität der Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/14*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200014012?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagner, D. (2016). Doris Wagner, DIE GRÜNEN | 28.04.2016 | Jahresbericht 2015 des Wehrbeauftragten | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/167*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180167067?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagner, D. (2017). Doris Wagner, DIE GRÜNEN | 20.01.2017 | Jahresbericht 2015 des Wehrbeauftragten | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/213*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180213045?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Anlage 2: Verzeichnis Analysematerial ab dem 24.02.2022

am Orde, S., & Schulze, T. (2024, Februar 29). Hofreiter über Scholz' Ukraine-Politik: „Eine schwere Fehleinschätzung“. *Die Tageszeitung: taz*. <https://taz.de/!5995425/>

Annalena Baerbock | *Rede auf dem Parteitag in Bonn* | #BDK22. (2022, Oktober 15). [Video recording]. <https://www.youtube.com/watch?v=c-LwcHWo1s4>

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Zehn Jahre russischer Krieg gegen die Ukraine – Die Ukraine und Europa entschlossen verteidigen, Drucksache 20/10375 (2024). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/103/2010375.pdf>

Audretsch, A. (2022a). Andreas Audretsch, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt, Unabhängiger Kontrollrat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040017?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Audretsch, A. (2022b). Andreas Audretsch, DIE GRÜNEN | 07.09.2022 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/50*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200050013?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Augstein, J. (2023, Februar 9). Anton Hofreiter im Freitag-Salon: „Grüner Pazifismus ist nicht gewaltfrei“. *Der Freitag*. <https://www.freitag.de/autoren/jaugstein/anton-hofreiter-im-gespraech-gruener-pazifismus-ist-nicht-gewaltfrei>

Baerbock, A. (2022a). Annalena Baerbock, | 27.02.2022 | Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/19*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200019005?q=Grundfesten&dateFrom=2022-02-25&dateTo=2022-03-02>

Baerbock, A. (2022b, Februar 24). *Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock*,. Die Bundesregierung informiert | Startseite. <https://www.bundesregierung.de/bregde/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-der-bundesministerin-des-auswaertigen-annalena-baerbock--2007934>

Baerbock, A. (2022c, Mai 27). *Rede von Außenministerin Annalena Baerbock anlässlich der Verleihung des internationalen Karlspreises zu Aachen an Maria Kolesnikowa, Weronika Zepkalo und Svetlana Tichanowskaja*. Deutsche Botschaft Minsk. <https://minsk.diplo.de/by-de/themen/politik/humanitaere-zusammenarbeit-de/2533026-2533026>

Baerbock, A. (2022d, Juni 3). *Rede von Außenministerin Annalena Baerbock im Deutschen Bundestag zum Sondervermögen*. Auswärtiges Amt. <https://www.auswaertigesamt.de/de/newsroom/sondervermoegen-2535176>

Banaszak, F. (2022a). Felix Banaszak, DIE GRÜNEN | 07.07.2022 | Aktuelle Stunde—Gas-krise verhindern—Nordstream II in Betrieb nehmen | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/47*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200047092?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Banaszak, F. (2022b). Felix Banaszak, DIE GRÜNEN | 23.03.2022 | Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/24*.

<https://de.openparliament.tv/media/DE-0200024073?page=11&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Bender, J. (2022, April 23). Interview mit Anton Hofreiter: „Der Stil von Scholz passt nicht“. *FAZ.NET*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/interview-mit-anton-hofreiter-der-stil-von-scholz-passt-nicht-17976069.html>

Braun, K. (2022, Mai 6). *Grüne-Waffenwende: „Kriegspartei wird man nicht durch Lieferungen“*. <https://www.merkur.de/politik/ukraine-gruene-deutschland-waffen-lieferung-krieg-interview-schaefer-jamila-zr-91526549.html>

Brugger, A. (2022a). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 08.07.2022 | Gesetzentwurf NATO-Beitritt Finnland und Schweden | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/48*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200048010?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2022b). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 10.11.2022 | Aktuelle Stunde—Deutschlands strategische Souveränität—Neue Chinastrategie | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/66*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200066105?page=7&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2022c). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 23.03.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/24*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200024056?page=11&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2022d). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 28.04.2022 | Umfassende Unterstützung für die Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/31*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200031009?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2023). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 19.01.2023 | Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/79*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200079027?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Bubrowski, H. (2022, März 1). *Waffen für die Ukraine: Mihalic erklärt Grünen-Kehrtwende*. *FAZ.NET*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/waffen-fuer-die-ukraine-mihalic-erklart-gruenen-kehrtwende-17841243.html>

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. (2024, Februar 21). *Unterstützung für die Ukraine steigern*. Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. <https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/unterstuetzung-fuer-die-ukraine-steigern>

Bündnis 90/Die Grünen. (2022a, Juni 3). *Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit*. <https://www.gruene-bundestag.de/unsere-politik/fachtexte/staerkung-der-buendnis-und-verteidigungsfahigkeit/>

Bündnis 90/Die Grünen. (2022b, Oktober 15). *Parteitag: Grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende*. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. <https://www.gruene.de/artikel/parteitag-gruene-friedens-und-sicherheitspolitik-in-der-zeitenwende>

Bündnis 90/Die Grünen. (2022c, Oktober 15). *Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: Grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende*. 48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Bonn, 14. 16. Oktober 2022, Bonn. https://cms.gruene.de/uploads/assets/Beschluss_FS-12_Wertegeleitet_multilateral_handlungsf%C3%A4hig_gr%C3%BCne_Friedens-_und_Sicherheitspolitik_in_der_Zeitenwen.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2024a). *Kurzwahlprogramm zur Europawahl*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/Europawahl-2024_Kurzwahlprogramm_Flyer.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2024b). *Was uns schützt. Europawahlprogramm 2024*. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2024c, Dezember 17). *Zusammen wachsen. Regierungsprogramm 2025. Entwurf des Bundesvorstandes*. <https://www.gruene.de/artikel/zusammen-wachsen>

Claudia Roth im Interview: „Die Grünen waren nie eine pazifistische Partei“. (2022, Mai 28). <https://www.fr.de/politik/claudia-roth-im-interview-die-gruenen-waren-nie-eine-pazifistische-partei-91575880.html>

Cordsen, K. (2022, Mai 2). *Olaf Müller: „Hört doch einfach mal den Militärs zu!“* BR24. <https://www.br.de/nachrichten/kultur/olaf-mueller-hoert-doch-einfach-mal-den-militaers-zu,TKo0cTs>

Dröge, K. (2022a). Katharina Dröge, DIE GRÜNEN | 14.12.2022 | Regierungserklärung zum EU-ASEAN-Gipfel und EU-Rat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/75*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200075005?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Dröge, K. (2022b). Katharina Dröge, DIE GRÜNEN | 19.05.2022 | Regierungserklärung zum Außerordentlichen Europäischen Rat am 30./31. Mai 2022 | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/37*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200037005?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Dröge, K. (2022c). Katharina Dröge, DIE GRÜNEN | 22.06.2022 | Regierungserklärung EU Rat, G7-Gipfel, NATO-Gipfel | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/43*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200043018?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Dröge, K. (2022d). Katharina Dröge, DIE GRÜNEN | 23.11.2022 | Bundeskanzleramt und Unabhängiger Kontrollrat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/69*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200069006?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Dröge, K. (2023a). Katharina Dröge, DIE GRÜNEN | 08.02.2023 | Regierungserklärung zum außerordentlichen EU-Rat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/84*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200084007?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Dröge, K. (2023b). Katharina Dröge, DIE GRÜNEN | 16.03.2023 | Regierungserklärung zum Europäischen Rat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/91*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200091005?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Düring, D. (2023). Deborah Düring, DIE GRÜNEN | 25.01.2023 | Aktuelle Stunde—Leopard-Blockade der Bundesregierung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/81*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200081031?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Eckert, L. (2022). Leon Eckert, DIE GRÜNEN | 06.07.2022 | Bevölkerungsschutz | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/46*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200046054?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Emmerich, M. (2022). Marcel Emmerich, DIE GRÜNEN | 19.05.2022 | Sanktionsdurchsetzungsgesetz | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/37*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200037162?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Fieber, M. (2022, Mai 3). Anton Hofreiter: „Es ist eine linke Position, die Ukraine stark zu unterstützen!“ WEB.DE News. <https://web.de/magazine/politik/anton-hofreiter-linke-position-ukraine-stark-unterstuetzen-36830146>

Gelbhaar, S. (2022). Stefan Gelbhaar, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt, Unabhängiger Kontrollrat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040029?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Grimm, C., & Lange, S. (2024, März 23). Warum meutern Sie so heftig gegen den Kanzler, Herr Hofreiter? *Augsburger Allgemeine*. <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/hofreiter-kritisiert-scholz-aeusserungen-das-gefaehrdet-unsere-sicherheit-id70228351.html>

Grützmacher, S. (2022). Sabine Grützmacher, DIE GRÜNEN | 19.05.2022 | Sanktionsdurchsetzungsgesetz | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/37*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200037158?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Habeck, R. (2022). Robert Habeck, | 27.02.2022 | Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/19*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200019011?a=media&id=DE-0200019011&sessionID=DE-0200019&sort=topic-asc&lang=en>

Haßelmann, B. (2022a). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt, Unabhängiger Kontrollrat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040006?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Haßelmann, B. (2022b). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 06.04.2022 | Aktuelle Stunde—Massaker der russischen Truppen an ukrainischen Zivilisten in Butscha | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/27*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200027028?page=11&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Haßelmann, B. (2022c). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 07.09.2022 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/50*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200050007?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Haßelmann, B. (2022d). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 20.10.2022 | Regierungserklärung zum Europäischen Rat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/63*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200063007?page=7&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Haßelmann, B. (2022e). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 27.02.2022 | Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/19*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200019016?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Haßelmann, B. (2022f). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 28.04.2022 | Umfassende Unterstützung für die Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/31*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200031003?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Haßelmann, B. (2023). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Regierungserklärung—Ein Jahr Zeitenwende | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088008?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Hensel, J., & Machowecz, M. (2022, Mai 4). Robert Habeck: „Wir treffen höchst bedrückende Entscheidungen“. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/2022/19/robert-habeck-waffenlieferung-ukraine-pazifismus-habermas>

Hofreiter, A. (2022a). Anton Hofreiter, DIE GRÜNEN | 20.10.2022 | Regierungserklärung zum Europäischen Rat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/63*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200063018?page=7&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Hofreiter, A. (2022b, April 23). *Die Ukraine unterstützen – auch mit schweren Waffen*. toni-hofreiter.de. <https://toni-hofreiter.de/die-ukraine-unterstuetzen-auch-mit-schweren-waffen/>

Hofreiter, A. (2023). Anton Hofreiter, DIE GRÜNEN | 08.02.2023 | Regierungserklärung zum außerordentlichen EU-Rat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/84*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200084013?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Hofreiter, A., & Prieto Peral, T. (2024, Juni 18). Politiker Hofreiter und Regionalbischof Prieto Peral über Frieden zwischen Gewaltfreiheit und rechtem Krieg | Sonntags. *Sonntagsblatt*. <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/debatte/politiker-anton-hofreiter-und-bischof-thomas-prieto-peral-ueber-den-frieden>

Hönel, B. (2022). Bruno Hönel, DIE GRÜNEN | 22.03.2022 | Allgemeine Finanzdebatte | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/23*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200023019?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Kindler, S.-C. (2022). Sven-Christian Kindler, DIE GRÜNEN | 08.09.2022 | Finanzen | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/51*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200051091?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Krämer, P. (2022a). Philip Krämer, DIE GRÜNEN | 07.09.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/50*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200050063?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Krämer, P. (2022b). Philip Krämer, DIE GRÜNEN | 08.07.2022 | Bundeswehreinsatz in Bosnien und Herzegowina (EUFOR ALTHEA) | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/48*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200048071?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lange, S. (2022, April 21). Anton Hofreiter: „Ein Flächenbrand droht“. *Fränkischer Tag*. <https://www.fraenkischertag.de/ueberregional/politik/anton-hofreiter-erklaert-warum-er-fuer-waffen-fuer-die-ukraine-ist-und-er-kritisiert-kanzler-scholz-art-140431>

Limberg, H. (2022a). Helge Limburg, DIE GRÜNEN | 10.11.2022 | Reaktion auf russischen Angriffskrieg—Sondertribunal | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/66*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200066223?page=7&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Limberg, H. (2022b). Helge Limburg, DIE GRÜNEN | 12.05.2022 | Reaktion des Rechtsstaats auf den Angriffskrieg Russlands | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/34*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200034118?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Limberg, H. (2023a). Helge Limburg, DIE GRÜNEN | 01.03.2023 | Reaktion auf den russischen Angriffskrieg—Sondertribunal | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/87*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200087051?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Limberg, H. (2023b). Helge Limburg, DIE GRÜNEN | 29.03.2023 | Aktuelle Stunde: Ein Jahr nach Bucha - für Gedenken und strafrechtliche Aufarbeitung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/93*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200093027?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lucks, M. (2022). Max Lucks, DIE GRÜNEN | 23.11.2022 | Auswärtiges Amt | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/69*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200069046?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Mijatović, B. (2023a). Boris Mijatović, DIE GRÜNEN | 01.03.2023 | Reaktion auf den russischen Angriffskrieg—Sondertribunal | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/87*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200087045?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Mijatović, B. (2023b). Boris Mijatović, DIE GRÜNEN | 29.03.2023 | Aktuelle Stunde: Ein Jahr nach Bucha - für Gedenken und strafrechtliche Aufarbeitung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/93*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200093023?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Mijatović, B. (2023c, März 18). „Wir Sind Nach Wie Vor Friedenspartei“ / HNA-INTERVIEW Vom 18.03.2023: Grünen-Politiker Boris Mijatovic über Waffenlieferungen Und Pazifismus - Boris Mijatovic. <https://www.boris-mijatovic.de/2023/03/18/wir-sind-nach-wie-vor-friedenspartei-hna-interview-vom-18-03-2023-gruenen-politiker-boris-mijatovic-ueber-waffenlieferungen-und-pazifismus/>

Mijatović, B. (2022). Boris Mijatović, DIE GRÜNEN | 22.06.2022 | Bundeswehreinsatz in Kosovo (KFOR) | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/43*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200043050?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nanni, S. (2022a). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040073?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nanni, S. (2022b). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 07.07.2022 | Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/47*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200047187?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nanni, S. (2022c). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 07.09.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/50*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200050069?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nanni, S. (2022d). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 23.03.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/24*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200024067?page=11&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Nanni, S. (2022e). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 23.03.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/24*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200024067?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nanni, S. (2022f). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 23.11.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/69*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200069067?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nanni, S. (2022g). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 28.09.2022 | Entschließungsantrag zur Regierungserklärung vom 22. Juni 2022 | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/56*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200056050?page=7&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nanni, S. (2024). Sara Nanni, DIE GRÜNEN | 19.01.2024 | Intensivierung der Unterstützung für die Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/148*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200148065?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Nouripour, O. (2022). Omid Nouripour, DIE GRÜNEN | 22.09.2022 | Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/54*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200054113?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Pahlke, J. (2022a). Julian Pahlke, DIE GRÜNEN | 07.04.2022 | Unterstützung der Republik Moldau | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/28*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200028131?page=11&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Pahlke, J. (2022b). Julian Pahlke, DIE GRÜNEN | 29.09.2022 | Schutz für russische Deserteure und Reservisten | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/57*.

<https://de.openparliament.tv/media/DE-0200057205?page=7&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Piechotta, P. (2022). Paula Piechotta, DIE GRÜNEN | 07.09.2022 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/50*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200050027?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Robin Wagener. (2023). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Regierungserklärung—Ein Jahr Zeitenwende | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088018?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, J. (2022a). Jamila Schäfer, DIE GRÜNEN | 07.09.2022 | Auswärtiges Amt | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/50*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200050042?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, J. (2022b). Jamila Schäfer, DIE GRÜNEN | 23.11.2022 | Auswärtiges Amt | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/69*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200069035?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, J. (2023a). Jamila Schäfer, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Verhandlungsinitiative zur Beendigung des Ukraine-Krieges | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088051?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, J. (2023b). Jamila Schäfer, DIE GRÜNEN | 09.02.2023 | Friedensplan mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/85*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200085077?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, S. (2022a). Sebastian Schäfer, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040059?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, S. (2022b). Sebastian Schäfer, DIE GRÜNEN | 03.06.2022 | Bundeswehrsondervermögensgesetz | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/42*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200042073?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, S. (2022c). Sebastian Schäfer, DIE GRÜNEN | 07.09.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/50*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200050057?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, S. (2022d). Sebastian Schäfer, DIE GRÜNEN | 23.11.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/69*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200069057?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, S. (2024). Sebastian Schäfer, DIE GRÜNEN | 14.06.2024 | Rüstungsexportpolitik | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/176*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200176066?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schwietering, C., & Ziedler, C. (2023, Dezember 17). Hofreiter kritisiert deutsche Ukraine-Politik: „Die Aussagen des Kanzlers passen nicht immer zu seinem Handeln“. *Der*

Tagesspiegel Online. <https://www.tagesspiegel.de/politik/anton-hofreiter-kritisiert-ukrainepolitik-die-worte-des-kanzlers-passen-nicht-zu-seinem-handeln-10931857.html>

Spallek, A.-M. (2022). Anne-Monika Spallek, DIE GRÜNEN | 19.05.2022 | Ukrainehilfe, Nahrungsmittelversorgung weltweit | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/37*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200037113?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Spellerberg, M. (2022a). Merle Spellerberg, DIE GRÜNEN | 13.05.2022 | Nationale sicherheitspolitische Gesamtstrategie | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/35*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200035059?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Spellerberg, M. (2022b). Merle Spellerberg, DIE GRÜNEN | 14.12.2022 | Unterstützung des EU-Beitrittskandidaten Moldau | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/75*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200075052?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Spellerberg, M. (2022c). Merle Spellerberg, DIE GRÜNEN | 29.04.2022 | Jahresbericht 2021 der Wehrbeauftragten | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/32*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200032006?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Spellerberg, M. (2023). Merle Spellerberg, DIE GRÜNEN | 10.02.2023 | Perspektive für den MINUSMA-Einsatz—Strategie für die Sahel-Zone | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/86*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200086055?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2022a). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Auswärtiges Amt | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040047?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2022b). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 06.04.2022 | Aktuelle Stunde—Massaker der russischen Truppen an ukrainischen Zivilisten in Butscha | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/27*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200027036?page=11&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2022c). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 07.09.2022 | Auswärtiges Amt | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/50*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200050047?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2022d). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 12.05.2022 | Ukraine-Krieg—Keine Ausbildung an schweren Waffen in Deutschland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/34*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200034159?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2022e). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 22.06.2022 | Regierungserklärung EU Rat, G7-Gipfel, NATO-Gipfel | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/43*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200043024?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2023a). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Regierungserklärung—Ein Jahr Zeitenwende | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*.

<https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088014?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2023b). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Verhandlungsinitiative zur Beendigung des Ukraine-Krieges | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088046?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2023c). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 03.03.2023 | Russlands Einfluss in Afrika | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/89*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200089081?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2023d). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 09.02.2023 | Friedensplan mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/85*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200085066?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2023e). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 25.01.2023 | Aktuelle Stunde—Leopard-Blockade der Bundesregierung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/81*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200081026?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, N. (2022). Niklas Wagener, DIE GRÜNEN | 23.11.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/69*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200069063?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022a). Niklas Wagener, DIE GRÜNEN | 01.06.2022 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/40*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200040069?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022b). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 16.03.2022 | Aktuelle Stunde—Lage in der Ukraine angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/20*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200020037?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022c). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 19.05.2022 | Regierungserklärung zum Außerordentlichen Europäischen Rat am 30./31. Mai 2022 | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/37*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200037011?page=10&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022d). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 22.06.2022 | Regierungserklärung EU Rat, G7-Gipfel, NATO-Gipfel | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/43*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200043029?page=9&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022e). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 28.09.2022 | Entschließungsantrag zur Regierungserklärung vom 22. Juni 2022 | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/56*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200056044?page=7&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022f). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 30.11.2022 | Holodomor in der Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/72*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200072057?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2023a). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 08.02.2023 | Regierungserklärung zum außerordentlichen EU-Rat | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/84*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200084017?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2023b). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 19.01.2023 | Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/79*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200079033?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Willeke, S. (2023, September 7). Anton Hofreiter: „Panzer-Toni ist kein schöner Spitzname“. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/2023/38/anton-hofreiter-ukraine-panzer-pazifismus>

Winfried Kretschmann zur verlogene Seite des Pazifismus bei den Grünen. (2022, Mai 7). FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/politik/winfried-kretschmann-zur-verlogene-seite-des-pazifismus-bei-den-gruenen-18011115.html>

Anlage 3: Verzeichnis Analysematerial Feinanalyse vor dem 24.02.2022

Beck, M. (2014). Marieluise Beck, DIE GRÜNEN | 13.11.2014 | Sanktionen gegen Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/66*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180066122?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2017). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 29.06.2017 | Abrüstungspolitik | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/243*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180243026?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Brugger, A. (2022). Agnieszka Brugger, DIE GRÜNEN | 17.02.2022 | Haltung des Westens zur Politik Russlands | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/17*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200017026?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Hofreiter, A. (2016). Anton Hofreiter, DIE GRÜNEN | 07.07.2016 | Regierungserklärung zum NATO-Gipfel | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/183*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180183006?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Lindner, T. (2016). Tobias Lindner, DIE GRÜNEN | 07.09.2016 | Verteidigung | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 18/186*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0180186040?q=R%C3%BCstung&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2022). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 27.01.2022 | Vereinbarte Debatte Frieden in Europa sichern – Territoriale Integrität der Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/14*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200014012?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Anlage 4: Verzeichnis Analysematerial Feinanalyse nach dem 24.02.2022

Baerbock, A. (2022a). Annalena Baerbock, | 27.02.2022 | Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/19*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200019005?q=Grundfesten&dateFrom=2022-02-25&dateTo=2022-03-02>

Baerbock, A. (2022b, Februar 24). *Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock*. Die Bundesregierung informiert | Startseite. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-der-bundesministerin-des-auswaertigen-annalena-baerbock--2007934>

Baerbock, A. (2022c, Juni 3). *Rede von Außenministerin Annalena Baerbock im Deutschen Bundestag zum Sondervermögen*. Auswärtiges Amt. <https://www.auswaertigesamt.de/de/newsroom/sondervermoegen-2535176>

Bündnis 90/Die Grünen. (2022, Oktober 15). *Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: Grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende*. 48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Bonn, 14. 16. Oktober 2022, Bonn. https://cms.gruene.de/uploads/assets/Beschluss_FS-12_Wertegeleitet_multilateral_handlungsf%C3%A4hig_gr%C3%BCne_Friedens-_und_Sicherheitspolitik_in_der_Zeitenwen.pdf

Habeck, R. (2022). Robert Habeck, | 27.02.2022 | Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/19*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200019011?a=media&id=DE-0200019011&sessionID=DE-0200019&sort=topic-asc&lang=en>

Haßelmann, B. (2022). Britta Haßelmann, DIE GRÜNEN | 27.02.2022 | Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen Lage | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/19*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200019016?page=12&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&dateFrom=2022-01-31&sort=topic-desc>

Nouripour, O. (2022). Omid Nouripour, DIE GRÜNEN | 22.09.2022 | Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/54*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200054113?page=8&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, J. (2023a). Jamila Schäfer, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Verhandlungsinitiative zur Beendigung des Ukraine-Krieges | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088051?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Schäfer, J. (2023b). Jamila Schäfer, DIE GRÜNEN | 09.02.2023 | Friedensplan mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/85*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200085077?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2023a). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 02.03.2023 | Verhandlungsinitiative zur Beendigung des Ukraine-Krieges | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/88*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200088046?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Trittin, J. (2023b). Jürgen Trittin, DIE GRÜNEN | 09.02.2023 | Friedensplan mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/85*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200085066?page=5&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Wagener, R. (2023). Robin Wagener, DIE GRÜNEN | 19.01.2023 | Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine | Open Parliament TV. *Plenarprotokoll 20/79*. <https://de.openparliament.tv/media/DE-0200079033?page=6&q=Ukraine&factionID%5B%5D=Q1007353&sort=topic-desc>

Anlage 5: Leitfaden für die Feinanalyse

1. Institutioneller Rahmen: Kontext

- Begründung der Auswahl
- Autor (Funktion und Gewicht innerhalb der Partei, Spezialgebiete usw.)
- Anlass

2. Text-,Oberfläche'

- Grafische Gestaltung inkl. Bebilderung und Grafiken
- Überschriften, Zwischenüberschriften
- Gliederung in Sinneinheiten
- Angesprochene Themen (ihre Berührungen, Überlappungen)

3. Sprachlich-rhetorische Mittel

- Art und Form der Argumentation, Argumentationsstrategien
- Logik und Komposition
- Implikate und Anspielungen
- Kollektivsymbolik bzw. Bildlichkeit: Symbolik, Metaphorik usw.
- Redewendungen, Sprichwörter
- Wortschatz und Stil
- Akteure (Personen, Pronominalstruktur)
- Referenzbezüge: Berufung auf die Wissenschaft(en) o.ä.

4. Inhaltlich-ideologische Aussagen

- Identität
 - Wer sind wir?
 - Wer gehört zu uns?
 - Wer ist Mitglied und wer kann uns beitreten?
- Aktivitäten
 - Was tun wir?
 - Was müssen wir tun?
 - Was ist unsere Rolle in der Gesellschaft?
- Ziele
 - Was sind die Ziele unserer Aktivitäten?
- Normen und Werte
 - Was sind die Normen unserer Aktivitäten?
 - Was ist gut und was ist schlecht für uns?
- Gruppenbeziehungen
 - Wer sind unsere Freunde und unsere Feinde?
- Ressourcen
 - Welche materiellen oder symbolischen Ressourcen sind die Basis unserer Macht (oder unseres Mangels an Macht) und unserer Position in der Gesellschaft?

5. Zusammenfassung

- Sonstige Auffälligkeiten
- Das ‚Argument‘, die Kernaussage des gesamten Artikels; seine allgemeine ‚Botschaft‘ oder ‚Message‘
- Was wäre alternativ sagbar gewesen? Was wäre nicht sagbar gewesen, weshalb nicht?
- Zusammenfassung und Verortung im Diskursstrang

Angepasster Leitfaden zur Feinanalyse insbesondere durch Ergänzung des Ideologie-Schemas nach Van Dijk (2013, S. 178).